

politicum

Josef Krainer Haus
Schriften

Genossenschaften:
Grüne Selbsthilfe ?

19

MITARBEITER DIESER NUMMER

ÖR Simon KOINER
Landesobmann des Steirischen
Bauernbundes

Univ.-Prof. Dr. Wilhelm WEBER
Leiter des Institutes für
Genossenschaftswesen an der
Universität Wien

Dkfm. Hans ZEBINGER
Direktor des Raiffeisenverbandes
Steiermark

Univ.-Prof. Dr. Eberhard DÜLFER
Institut für Genossenschaftswesen an
der Philipps-Universität
Marburg/Lahn, BRD

Erich LEMLER
Obmann der Sektion Handel in der
Handelskammer

Dipl.-Ing. Josef RIEGLER
Landesrat, Agrarsprecher der ÖVP

Franz HIRSCHMUGL
Bauer, Obmann des Weinbauringes
Leibnitz

August JOST
Bauer, Obmann der Styriabried

Dipl.-Ing. Josef PICHLER
Generaldirektor der Agrosserta

NRAbg. Dr. Alois PUNTIGAM
Direktor des Steirischen
Bauernbundes

Dir. Reinhart RAUSCH
Geschäftsleiter der Raiffeisen-
Zentralkasse

Rudolf SCHRIEBL
Bauer, Obmann des Verbandes Steir.
Maschinenringe

Fred STROHMEIER
Chefredakteur des Neuen Landes

Josef TROPPER
Bauer und Selbstvermarkter

Dipl.-Ing. Dr. Erwin WALASEK
Generaldirektor des Steir.
Landwirteverbandes

INHALT:

Alois Puntigam
(K)ein „heißes Eisen“

Simon Koiner
Zur Eröffnung

Wilhelm Weber
Genossenschaft:
Idee und Entwicklung

Hans Zebinger
Die Genossenschaften unter
dem Giebelkreuz

Im Spiegel der Medien

Im Kreuzfeuer

Eberhard Dülfer
Mitgliederinteresse und
Geschäftserfolg

Anregungen — Vorschläge

Neue Wege an Beispielen

Die grüne Vielfalt

Erwin Walasek
Möglichkeiten und Grenzen aus
genossenschaftlicher Sicht

Österreichischer
Raiffeisenverband

Erich Lemler
Handel und Genossenschaft —
Konkurrenz oder notwendige
Ergänzung?

Josef Riegler
Die Stellung der
Genossenschaften in der modernen
Agrarpolitik

Peter Rosegger: Pionier der
Genossenschaftsidee

Liebe Genossenschafter!

Wünsche der Landjugend

Fred Strohmeier
Von innen her wachsen

politicum

1 Josef-Krainer-Haus-Schriften

2

3

6

10

11

April 1984 / 5. Jahrgang

Noch erhältliche Nummern:

Heft 8 „Kunst und Politik“
Heft 9 „Familie und Politik“

Heft 10 „Sport und Politik“
Heft 12 „Hat die österreichische Wirtschaft
eine Zukunft?“

Heft 13 „Österreich: Die Zweite Republik im
Wandel“
Heft 14 „Landwirtschaft und Ökologie“

Heft 16 „Neue Arbeit“

Heft 17 „Umwelt“

Heft 18 „Wie nahe ist 1984?“

Herausgeber: Josef-Krainer-Haus,
Bildungszentrum der ÖVP Steiermark.

Medieninhaber: ÖVP Steiermark

Ständige Redaktion: Hervig Hösele, Ludwig
Kapfer, Dr. Manfred Prisching

Redaktion und Gestaltung dieser Nummer:
Ing. Franz Großschädl und Fred Strohmeier

Hersteller:

Fotosatz + Offsetdruck Klampfer OHG., Weiz
Bestellungen an Josef-Krainer-Haus,
Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

31 Für den Vertrieb verantwortlich:
Ing. Karl Robausch und Helmut Wolf

**Mitglieder des Wissenschaft-
lichen Beirates**

38 Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER,
Univ.-Ass. Dr. Wolfgang BENEDEK,

Univ.-Prof. Dr. Christian BRÜNNER,
Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY,

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MÄNTL,

Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER,

Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN,

Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER,

Univ.-Prof. Dr. Gerald SCHÖPFER,

Univ.-Prof. DDr. Wilfried SKREINER,

Univ.-Prof. Dr. Kurt WEINKE

Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER.

Das vorliegende „politicum“ stellt eine Dokumentation der „Agrarpolitischen Tage 1984“ dar. Der Großteil der Beiträge sind Bandmitschnitte. Der Referatstil wurde beibehalten.

Für die „Agrarpolitischen Tage“ und für die Umfrage über das Genossenschaftswesen fotografierte STEFAN AMSÜSS.

Weitere Fotos sind von: A. M. BEGSTEIGER, SPANRING-FORSTER, Foto STEFFEN, ANTON STOCK.

Karikatur von Franz QUINZ.

Offenlegung der Richtung im Sinne des Präsegesetzes:
„Agrarpolitik“ versteht sich als Plattform der Diskussion im Ge-
iste jener größtmöglichen Offenheit und der tragenden Prin-
zipien, wie sie im „Modell Steiermark“ vorgegeben sind.

(K)EIN „HEISSES EISEN“

Schon bei der Titelwahl für die Agrarpolitischen Tage '84 „Genossenschaften: Neue Abhängigkeit oder Grüne Selbsthilfe?“ haben die Veranstalter (Bauernbund und Krainer-Haus) ihren Standpunkt klargestellt: Für sie ist kein Eisen zu heiß, und sie wollen eine offene Diskussion, auch oder gerade über heikle Themen.

In einer Zeit des harten wirtschaftlichen Wettbewerbes wird man mit Genossenschaften „der ersten Stunde“ nicht mehr das Auslangen finden, mag der Pioniergeist noch so groß und die kommerzielle Improvisation nahezu perfekt sein. Das ist die eine Seite. Die andere aber ist, ob damit der Geschäftspolitik „mehr ist besser“ und „größer heißt billiger“ Tür und Tor geöffnet werden muß. Gerade die vor kurzem vorgenommene „Einverleibung“ der Gengroßgruppe durch Konsum Österreich hat diese Frage wieder in den Vordergrund gerückt und damit den Agrarpolitischen Tagen ungewollt besondere Aktualität verliehen. Wenn ein einzelnes Unternehmen mit 46 Produktionsbetrieben und über 1000 Verkaufseinheiten, darunter 220 Großmärkte, eine ganze Kaufhauskette aufkauft, dann stellt sich die Frage der Grenze nach „oben“ ganz von selbst. Auch muß das Unbehagen dabei einfach größer werden.

Von der Konzeption her und nach dem ersten Programmenvorschlag hätte diese Genossenschaftsdiskussion eine umfassende werden sollen. Daß sie dann letztlich weitestgehend auf die grünen Genossenschaften beschränkt geblieben ist, liegt daran, daß nur ihre Vertreter bereit gewesen sind, sich dieser Diskussion zu stellen. Der Kritik mit Information zu begegnen, war das Motto der Genossenschaftsfunktionäre und ihrer Manager, und sie haben damit den einzigen richtigen Weg eingeschlagen.

Die in den Titel mithineingeckte Provokation „Abhängigkeit oder Selbsthilfe“ ist im Grunde nichts anderes als eine Kurzformel für jene Diskussionen, wie sie am Wirtschaftstisch und anderswo oft mit großem Eifer, aber ohne viel Sachkenntnis geführt werden. Um Information, von den Anfängen bis zur Gegenwart, ging es daher im 1. Teil, in dem Wissenschaftler und Praktiker gleichermaßen zu Wort gekommen sind. Diese Bestandsaufnahme mit dem historischen Rückblick bis Friedrich Wilhelm Raiffeisen sollte ein solides Fundament für das daran anschließende offene Gespräch sein. Die Podiumsdiskussion gerade mit solchen

Journalisten, die gerne mit „explosivem Zündstoff“ hantieren, hat deutlich gemacht, daß offene Kritik nicht nur erlaubt ist, sondern gewissermaßen sogar erwartet wird. Die Journalisten haben diese Herausforderung auch so angenommen, wie sie gedacht war. Sie agierten hart, blieben dabei aber sachlich. Ein Stil, an den sich bei ihren Antworten auch die Genossenschaften hielten.

Information und Diskussion sind wichtig, allein aber zuwenig. Der zweite Tag ist deshalb als Arbeitstag ausgelegt worden. Nicht belehrender Frontalunterricht stand am Programm, sondern Gruppenarbeit. Mit den Themen Genossenschaftsdemokratie, Aufgaben, Anforderungen und Erwartungen sowie neue Aufgabenbereiche wurde eine direkte Verbindung zu jenen „neuen Wegen der Selbsthilfe“ hergestellt, um die es bei diesen Agrarpolitischen Tagen auch ging. Analyse und Reform, beides ist notwendig, sonst reduziert sich eine solche Veranstaltung zu einer Nabelbeschau, die schon deshalb nichts bringen kann, weil man dabei seinen Blick nach unten und hinten richten muß und nicht nach vorne.

Um den Ausblick ging es dann am dritten und letzten Tag. Vorher aber mußte noch der Handel zu Wort kommen, der in den Genossenschaften heute zwar nicht unbedingt nur seine Feinde sieht, sie aber auch (noch) nicht als gleichwertige Partner bzw. notwendige Ergänzung anerkennt. Das wichtigste Ergebnis: Eine Tür soll aufgestoßen werden. Das ist dann auch geschehen. In der Verantwortung und am Geschick beider wird es liegen, was sie gemeinsam daraus machen.

Die Agrarpolitischen Tage '84 hatten ein Ziel: Sich mit dem Genossenschaftswesen kritisch auseinanderzusetzen und auch die brennenden Fragen offen zu diskutieren. Auf sachliche Kritik, vor allem wenn sie von innen kommt, ist nicht mit Ausreden, sondern mit Konsequenzen zu reagieren. Wo die Wurzel der Kritik aber lediglich im Informationsmangel liegt, sind der Informationsfluß und die Aufklärung zu verbessern. Diese Tagung sollte Impulse in beide Richtungen geben, und wie es scheint, ist sie dieser Anforderung auch durchaus gerecht geworden. Auch ein „heißes Eisen“ ist oft gar nicht so heiß wie es ausschaut. Man muß aber den Mut haben und es mit den eigenen Händen anfassen, sonst wird man nie draufkommen.



Gutes Gesprächsklima prägte die Agrarpolitischen Tage: Josef Riegler, Erich Lemler, Simon Koiner

ZUR ERÖFFNUNG

Das Thema ist etwas provozierend gewählt, aber die Wahl und auch die Formulierung, hat mehrere Gründe.

Die Entwicklung der Genossenschaften hat bei den Bauern Beachtung und Staunen auf der einen Seite, aber auch Mißtrauen, Mißgunst und in gewissen Bereichen auch Neid ausgelöst. Daher ist dieses Thema ein Thema geworden, daß eigentlich großes öffentliches Interesse erweckt.

Wer die zeitliche Entwicklung des Genossenschaftswesens und auch der einzelnen Sparten innerhalb dieser Genossenschaften verfolgt, wird nicht um die Feststellung herumkommen, daß diese Entwicklung und ihr Tempo sich nach den jeweiligen zeitlichen Bedürfnissen gerichtet haben. Wenn sie etwa die Geldsparte betrachten, die sich in der Zeit nach der Bauernbefreiung, um den Zeiten des wachsenden Geldbedarfes in der Landwirtschaft und in der Bauernschaft, aber auch des Zinswuchers entwickelt hat. Der Entschluß, sich selbst zu helfen, ist ja eigentlich Sinngebung und Aufgabe dieser Genossenschaften. Was man als Bedrohung damals empfunden hat, ich mei-

2 ne jetzt die Geldsparte, war das auslösende Moment dieser Entwicklung und nie, auch damals nicht, etwa der Wunsch, eine Einrichtung zu schaffen, die andere in Abhängigkeit bringt. Die Entwicklung der Sparte Ware und Verwertung hängt ganz wesentlich vom Wandel in den landwirtschaftlichen Betrieben und von der Entwicklung auf dem Markt ab. Diese Entwicklung sowie die Mechanisierung unserer Betriebe, haben im verstärkten Ausmaß auch den Wunsch wach werden lassen nach Instrumentarien, um auf diesen Markt Einfluß zu haben und jenen Teil der Arbeit, der infolge Mechanisierung und Abwanderung von Arbeitskräften nicht mehr, oder nicht mehr zweckmäßig auf dem eigenen Hof erledigt werden konnte, nach Möglichkeit im eigenen Einflußbereich zu sehen. Darin liegen letztendlich die Ursachen für die rasche Entwicklung des Genossenschaftswesens. Ich möchte fast dazusagen, wäre nicht auch hier der Wunsch der Basis, der Betriebe, so groß gewesen, wäre diese schnelle Entwicklung gar nicht denkbar gewesen.

Wir haben im Raiffeisen-Genossenschaftswesens eine Reihe von Genossenschaften, die wir als klein bezeichnen können, aber wir haben auch einen beträchtlichen Stand an Mittelbetrieben und wir haben einige, die den Stand von Großbetrieben erreicht haben. Bei dem nunmehr erreichten Stand wird die Identifikation ebenso wie die Informa-

tion des Mitgliedes, das ja Mitbesitzer dieser Genossenschaft ist, mit und über seinem Betrieb schwieriger. Ebenso wird es schwieriger, die objektive Entscheidung, was von dem Erwirtschafteten, dem gemeinsamen Eigentum, sprich der Genossenschaft und was dem einzelnen Mitglied, sprich Mitbesitzer, zukommen soll. Wobei nach meiner Erfahrung und nach meiner Kenntnis der Bauer immer zuerst Bauer bleiben wird und dann erst Genossenschafter sein wird. Ich meine, daß das so gut ist, weil es zur Wesensart des Bauern gehört, aber ebenso auch zur Wesensart der Genossenschaft in der Beziehung Hilfsmittel, Hilfsinstrument zu sein, für die Gesamtheit der Mitglieder. Es wird also in diesem wichtigen und aktuellen Punkt um eine Optimierung der Identifikation und der Information gehen, weil ansonsten natürlich Gefahr erkennbar wird, in den eigenen Genossenschaften nicht mehr seinen eigenen Hilfsbetrieb zu sehen, sondern ein Monstrum, von dem man sich abhängig fühlt, in dem man doch nichts mitzubestimmen hat. Diese Dinge werden ja immer wieder am Wirtshaustisch, aber auch in den entsprechenden Medien zum Ausdruck gebracht.

Nun die Optimierung dieser Möglichkeit der Identifikation und der Information, das wissen alle, die in Genossenschaften tätig sind, ist ein sehr arbeitsreicher Weg. Ein wirklich arbeitsreicher Weg, weil er vor allem bei den größeren Einheiten nicht oder zumindest nicht im genügenden Ausmaß in den Generalversammlungen und auch nicht über Papiere, noch so guter Papiere, erreichbar ist. Dennoch muß er gegangen werden und er wird ja Gott sei Dank auch gegangen. Ich darf das mit Befriedigung feststellen. Weil die Rückentwicklung, etwa auch die Selbstvermarktung, da und dort ein reich aktuelles Thema, durchaus ein gangbarer Weg sein kann. Ich will das gar nicht bestreiten. Aber, und das möchte ich mit aller Klarheit feststellen und zwar als Bauer feststellen, aber völlig außerstande ist, die Marktprobleme einer modernen Landwirtschaft, wie sie etwa in Österreich heute erreicht sind, in irgendeiner Form zu lösen. Darüber müssen wir uns im klaren sein. Und weil wir als Bauern in keiner anderen Betriebsform und in keinem anderen Instrumentarium, das wir brauchen, um die Dinge am Markt überhaupt bewältigen zu können, soviel mitzubestimmen haben, als in der Betriebsform der Genossenschaft. Wenn wir das wollen und wenn die Bauern das wollen, so wird dieses

Wollen letzten Endes auch in Tun umgesetzt werden. Das ist ein entscheidender Faktor, der auch bei dieser Tagung sicherlich in den Diskussionen und in den Arbeitskreisen herauskommen wird. Ich halte sie für einen entscheidenden Faktor. Ich glaube, wir sollten uns auch bemühen, wer immer in diesem Genossenschaftswesen tätig ist, den Mitgliedern sogar Mut zu machen, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Der Ablauf einer Generalversammlung ist an und für sich angefüllt und der ist sicherlich einmal schon vom zeitlichen Rahmen wenig geeignet, all diese Fragen, diese Informationswünsche zu befriedigen. Viele Bauern haben dabei auch etwas das Gefühl, na ja, gescheiter wir fragen nicht, zum Schluß kommt es heraus, wir fragen nicht gar so was Gescheites. Das ist auch in den Aufsichtsräten heute festzustellen. Wo berechtigte Fragen nicht gestellt wurden, weil man sich nicht der Gefahr aussetzen kann, daß irgendwer sagt, der hat ja überhaupt keine Ahnung. Man geht so quasi darüber hinweg und sagt: Sage ich nichts, dann können alle meinen, ich versteh das, und da passieren dann auch in anderen Institutionen und auch in anderen Genossenschaftsbereichen durchaus dann Dinge, die nicht passieren müssen.

Es ist schon möglich, daß in unseren Genossenschaften da und dort Leute sitzen, die sagen, wir sind so gescheit, wir brauchen nichts mehr, aber die Regel ist es durchaus nicht. Ich glaube, wir sind auf einem Weg, auf diesem Weg sind Wahrnehmungen gemacht worden, die durchaus dazu angetan sind, um sich auch selber Gedanken zu machen, ob man nicht etwas besser machen kann. Ich halte das für äußerst wichtig, weil wir ja überall sehen, wo Institutionen eine negative Einstellung zur Kritik haben, verkalken sie. Es geht über in ein System, das dann nicht mehr attraktiv ist und dann keine Weiterentwicklung hat. Das können wir sicherlich im Genossenschaftswesen nicht brauchen, wir brauchen den anderen Weg. Die Genossenschaften werden jene Entwicklung nehmen, wie die Basis zu diesen Dingen steht, darüber muß man sich im klaren sein, das ist der allerentscheidende Faktor. Funktionäre, hauptamtliche Mitarbeiter machen sicher einen entscheidenden Teil bei der Entwicklung, das ist mir völlig klar, aber die eigentliche Stärke, die eigentliche große Möglichkeit auch der Weiterentwicklung wird davon abhängen, wie weit wir in der Lage sind, Identifikation und Information zur Basis, zum Betrieb zu erreichen. Ich hoffe, daß uns das auch in der Zukunft gelingt.

GENOSSENSCHAFT: IDEE UND ENTWICKLUNG



Wie geht man daran, die Entstehung der Genossenschaften historisch zu betrachten?"

Ich werde zunächst als Einstieg kurz auf den Begriff der Geschichtlichkeit überhaupt eingehen, also auf die Frage: „Wie kann man sich mit dem Vergangenen wissenschaftlich auseinandersetzen?"

Einen — wie ich hoffe noch zeigen zu können — sehr interessanter Weg zeigt uns die Geschichtsschreibung als die Anwendung von Generalisierungen der Sozialwissenschaften auf besondere Situationen der Vergangenheit.

Nun werden Sie aber mit Recht behaupten, daß innerhalb der Sozialwissenschaften wiederum eine Vielzahl von unterschiedlichen Blickwinkeln zu differenzieren sind, wenn Sie sich nur die Spannbreite zwischen Ökonomie und Soziologie vor Augen halten. Ich möchte deshalb hier sofort gegen eine Reduktion der Geschichte auf eine Kooperationstheorie, die ihren Ausgangspunkt in den Interessen der einzelnen Mitglieder der Genossenschaften und in dem ökologischen Verhalten dieser Individuen, anreden.

Eine geschichtliche Darstellung sollte mehr, als das bisher geschieht, aus den geschichtlichen Quellen schöpfen, wie sie z. B. in den gesammelten genossenschaftlichen Reden und Schriften Schulze-Delitzschs oder in Raiffeisens Buch über die Darlehenskassenvereine vorliegen.

Sie sollte die Zielansätze des Verhaltens, die Beweggründe und deren handlungsleitenden Einfluß jener Persönlichkeiten in den Mittelpunkt der Untersuchung rücken, die maßgebend an der Entstehung der Genossenschaften beteiligt waren.

„Was hat die Genossenschaftspioniere zu ihren Handlungen, den Genossenschaftsgründungen, veranlaßt?"

Schulze-Delitzsch (1808 — 1883) stellte den Strömungen seiner Zeit, d. h. dem Prinzip der staatlichen Versorgung und dem Prinzip sozialistischer Gestaltung, dem Prinzip der Hilfeleistung im Wege der Wohltätigkeit eine liberale Alternative gegenüber: die Genossenschaften. Er erblickte in einem durch die liberalen Ideen geprägten industriellen Fortschritt einen Kulturfortschritt, den es zu erhalten und zu fördern galt, und hielt die Herstellung einer allgemeinen Harmonie im Wirtschaftsleben durch die Beteiligung aller Wirtschaftssubjekte an den Errungenschaften des technischen Fortschritts für möglich.

Durch die Erkenntnis einer sich entwickelnden Übermacht des Kapitals suchte er nach einer Möglichkeit der Nutzbarmachung des wirtschaftlichen Liberalismus auch für die arbeitende Schicht insgesamt. Er sah dabei die ihm aus eigener Anschauung bekannten Werte des Handwerks als typisch für die sozio-ökonomische Situation der Mitglieder der gesamten arbeitenden Klasse, vor allem bei der Versorgung mit Krediten. Die Aufbrechung der Polarität der Selbsteinhaltung des Individuums und des Anspruches der Gesamtheit gegenüber diesen fand Schulze-Delitzsch in der Erkenntnis, daß zwischen Selbsthilfe und Kooperationsbereitschaft ein enger Zusammenhang besteht.

Die Lösung für das gegenseitige „Verschaffen" bestand darin, daß die Mitglieder für die im engeren Kreis vergebenen Darlehen sämtlich mit ihrem gesamten privaten Vermögen voll hafteten. Die Beteiligung der Mitglieder am marktwirtschaftlichen System war durch die Integration solcher Selbsthilfeorganisation in dieses gewährleistet. Die Entstehung der Rochdaler Genossenschaft (1844) war nicht von einem einzelnen, herausragenden Genossenschafter geprägt, sondern bereits in ihrer Gründung solidarisch von einer Gruppe von Pionieren initiiert. Die Beweggründe, die im folgenden kurz aufgeführt werden, beziehen sich auf die Gesamtheit der Pioniere. Diese sahen in der Konzeption der Genossenschaft ihr Ziel, die Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern, verwirklicht. Die Genossenschaft wurde als eine Möglichkeit angesehen, die Emanzipationsbewegung des Arbeiters nicht in einer schlagartigen, allumfassenden Änderung der Lebensverhältnisse, sondern in einem langfristigen, praktikablen, schrittweisen Vorgehen einzuleiten.

Folgende Schritte waren vorgesehen: Nahrungsmittelversorgung,

Wohnungs- und Arbeitsbeschaffung, landwirtschaftliche Arbeitskolonne und eine umfassende produktionsgenossenschaftliche Siedlung.

Eine allumfassende Sinnbestimmung in Richtung nichtentfremder Arbeit durch Schaffung einer sich selbst erhaltenden genossenschaftlichen Wirtschaftskolone stand im Vordergrund. Dieser gesellschaftskritischen Betrachtungsweise lag, im Gegensatz zu einer Vorstellung der Gesellschaft als einer sich selbst genügenden harmonischen Natürlichkeit, ein diesseits bezogenes Tatchristentum zugrunde.

Dieses war geprägt durch christliches Verantwortungsbewußtsein, und man sah seine Verwirklichung in einer sozialorganisatorischen Konzeption — aufbauend auf dem Konsumgenossenschaftsgedanken. Man könne den Anforderungen der Zeit nur dann gerecht werden, wenn man solidarisch-demokratisch die Nöte anderer teilt und sich für sie einsetzt. Zur Erreichung der Berufung des Menschen, über sich selbst hinauszuwachsen, sollte auf den Gedanken der solidarischen Selbsthilfe mittels demokratischer Grundzüge aufgebaut werden.

Die Pioniere gingen von der Überzeugung aus, daß es die Bestimmung des Menschen ist, zu einer eigenständigen Persönlichkeit heranzureifen. Die Gemeinschaft sollte in einer Begegnung freier Individuen möglich werden.

F. W. Raiffeisen (1818—1888) gilt als Begründer der ländlichen Genossenschaften, und mit diesem Wort „ländlich" sind seine Beweggründe bereits durch zwei Aspekte abgegrenzt:

- Er beurteilte den Prozeß des sozialen Wandels seiner Zeit aus der landwirtschaftlichen Perspektive. Für Raiffeisen waren das Bauerntum und die Landwirtschaft der Kern der Gesellschaft und damit sein Ansatzpunkt zur Veränderung der Gesellschaft.
- Er sah die Ursache des drückenden sozio-ökonomischen Situation der Bevölkerung in einer zunehmenden Entchristlichung der Zeit, in der die Selbstsucht dominiere.

Durch eine Verbesserung der materiellen Lage der Landbevölkerung sollte die Möglichkeit geschaffen werden, das eigentliche Anliegen Raiffeisens einer geistlich sittlichen Förderung zu verwirklichen.

Aus dieser Doppelstrategie sind alle weiteren Merkmale seiner Genossenschaft ableitbar:

- Genossenschaften sollten als eine Schule der Vervollkommenung durch solidarische Verhaltensweisen dienen.
- Die Erziehung der Armen zu Fleiß und Sparsamkeit stand im Vordergrund. So durften nur solchen Mitgliedern Darlehen gewährt werden, die sich als würdig erwiesen hatten.
- Für die Mitglieder der wohlhabenden Schichten war der Beitritt zur Genossenschaft mit keinem wirtschaftlichen Vorteil verbunden. Sie sollten der Genossenschaft unentgeltlich zur Verfügung stehen und mit ihrem Vermö-

gen solidarisch haften. Raiffeisen legte besonderes Gewicht auf die Auswahl seiner Mitarbeiter.

● Es wurde bei aller Beachtung kaufmännischer Erfordernisse das Sittliche in den Vordergrund gestellt. Raiffeisens gesamte Handlungsanweisungen sind aus seiner tiefen religiösen Gesinnung zu erkennen. Er verstand seine christliche Weltanschauung nicht als Passivität und ausschließliche Jenseitsbesinnung, sondern als eine aktive Gestaltung der Welt im Sinne christlicher Nächstenliebe. Der lebendige Glaube im Christentum sollte in der Organisation eines brüderlich-christlichen Gemeinschaftslebens verwirklicht werden.

„Welche Entwicklungen der Genossenschaften sind der Genossenschaftswissenschaft als so wichtig erschienen, daß sie sich damit auseinandergesetzt hat?“ Ein Forum, das Entwicklungen der Genossenschaften stets in internationaler Sicht zur Diskussion gestellt hat — Entwicklungen, die das gesamte Genossenschaftswesen in allen seinen Ausprägungen angehen.

Ich spreche hier von der deutschsprachigen Arbeitsgemeinschaft Genossenschaftswissenschaftlicher Institute (AGI) und ihrer durchgeföhrten Genossenschaftswissenschaftlichen Tagungen.

1954 wollte man sich der Rolle von Genossenschaften im Rahmen moderner Wirtschaftspolitik in Zeiten gesamt-wirtschaftlicher Strukturverschiebungen — denken Sie nur an den zunehmenden Einbau sozialer Bauelemente — im Sinne einer sogenannten „Sozialen Marktwirtschaft“ bewußt werden. Wo konnte hier eine Selbsthilfeorganisation ihren Platz finden? Man hat damals den Genossenschaften eine marktordnerische Funktion von einer Abwehrkraft gegen Monopoltendenzen — es wurde von Gewährung einer notwendigen genossenschaftlichen Aktionsfreiheit gesprochen, damit die Genossenschaften in den Selbstregulierungsprozeß der Wirtschaft mit vollem Kraftaufwand eingreifen können — bis zur erzieherischen Bedeutung — durch Einbeziehung aller Mitglieder in die Führung der Genossenschaft, um damit sich Rechenschaft zu geben über Probleme, mit denen sie sich sonst nie beschäftigt hätten — zugeordnet.

1957 stand das Verhältnis Genossenschaft und Unternehmung (Geschäft oder Ideologie) im Mittelpunkt der Diskussion. Als eine prinzipiell andere, gegenüber konkurrenzender Unternehmer, wurde die Genossenschaft als Sozialgebilde, also eine Personenvereinigung bezeichnet; mit den Konsequenzen, daß einerseits nur in einer überdisziplinären Zusammenarbeit zwischen Nationalökonomie, Betriebswirtschaftslehre, Jurisprudenz und Soziologie, eine wissenschaftliche Durchdringung des Genossenschaftswesens möglich sei und andererseits ein Eingehen auf die jeweiligen besonderen kulturellen, sozialen und politischen Verhältnisse der einzelnen Länder wichtig

ist. Nur so wäre es möglich, die Genossenschaft als ein Instrument zur Förderung der Kunst menschlichen Zusammenlebens zu erfassen.

1960 waren die Aufgaben der Genossenschaften im Rahmen der Wirtschaftsintegration (EFTA, EWG), d. h. in einem Freihandel innerhalb Europas, festzulegen. Welchen Beitrag konnten die Genossenschaften zu einer Anpassung an einen größeren Markt leisten?

Man sprach sich damals für eine Genossenschaft aus, die für ihre Mitgliederbetriebe einen großbetrieblichen Effekt erzielt. Die Schaffung gleichgewichtiger Marktmächte angesichts eines einheitlichen Marktwirtschaftsraumes trotz regionaler Verschiedenheit und die Idee der Selbsthilfe im Sinne einer Steigerung der eigenen Fähigkeiten sah man im wesentlichen nur genossenschaftlich erreichbar.

1963 wurde die Thematik über die Beziehungen der genossenschaftlichen Organisationen zum Staat gewählt. Neue wirtschaftspolitische Ansätze (Keynesianismus) hatten zu einer Verdichtung der Berührungspunkte zwischen staatlichen und genossenschaftlichen Aktivitäten geführt. Dazu einige Beispiele:

- Strukturpolitische Stärkung selbständiger Kleinbetriebe in der Landwirtschaft, im Handel und im Gewerbe
- Hilfe für eine angestrebte Investitionspolitik
- Schutz kleinerer Betriebe gegen konjunkturelle Schwankungen
- Preispolitische Effekte durch den Einfluß landwirtschaftlicher und gewerblicher Genossenschaften auf die Ein- und Verkaufspreise ihrer Mitglieder
- Förderung des demokratischen Elements in der Wirtschaft
- Gegenüberstellung von staatlicher Gemeinwirtschaft und genossenschaftlicher Wirtschaft.

Wurden durch die eben erwähnten Rahmenbedingungen die Genossenschaften größer, autonomer und dadurch den Markt- und Gesellschaftsrisiken mehr ausgeliefert, so war damit ein Zwang zur Vorausschau, ein Zwang, den Blick und das Denken immer mehr nach vorne, in die Zukunft zu richten, verbunden.

Eine Thematik, die unter dem Titel „Planung im Genossenschaftswesen“ 1966 in Hamburg diskutiert wurde, ist auch heute aktuell. Es wurden die Schwierigkeiten von Planungs-Handicaps — denken Sie nur an den Planungskonflikt kurzfristiger statischer Förderung der Mitglieder (Tageserfolg) und langfristiger dynamischer Förderung — bis zur Legitimität mehrerer nebeneinander existierender Planträger in einer Genossenschaft (Konkurrenz zwischen mehreren sich anbietenden Planungsträgern) besprochen.

Die Tagung 1969 in Gießen stand im Zeichen des Bewußtseins eines außergewöhnlich raschen technologischen,

wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels. Eine Entwicklung, die besonders bei dem ambivalenten Wesen einer Genossenschaft, in der Spannung zwischen Wirtschaftsunternehmung und Personenvereinigung, sorgfältig zu behandeln war. Doch es wurde gerade in dieser Doppelnatür der Genossenschaften eine Stärke und damit eine Plattform für ein innovatives Potential, zur Durchführung eines rasch möglichen Funktionswandels der Genossenschaften gesehen. Waren nicht gerade eine wiederentdeckte Schutzfunktion der Genossenschaften für wirtschaftlich Schwache — die Vereinigung der Anstrengung zahlreicher Einzelpersonen ergibt im Ergebnis mehr als die Summe der Einzelanstrennungen — und eine Lehrfunktion — als Reaktion auf ein Gefühl der Vereinsamung des einzelnen selbständigen Wirtschaftenden, der sich einem immer komplizierteren und damit unverstümmelnden Wirtschaftssystem gegenübersteht — als entscheidende Motive der Genossenschaftsgründungen zu nennen?!

1972 wurde man sich des innerorganisatorischen Problems von Großgenossenschaften, die von Managern geleitet werden, bewußt.

Mit den Fragen:

Wie kann der in einem notwendigen Entscheidungsspielraum des genossenschaftlichen Managements anzustrebende Markterfolg zugunsten der Mitglieder verwendet werden? Wie kann man diese zusätzlichen Anforderungen sicherstellen? Wie kontrolliert man das Management daraufhin?

Wie wurde ein Konflikt innerhalb der Organisation Genossenschaft, in der verschiedene und divergierende Interessen zusammentreffen, analysiert: potentiell und aktuell?

Die Funktionsfähigkeit genossenschaftlicher Demokratie wurde als abhängig von der entsprechenden Gesinnung des Managements und dem sich daraus ergebenden Verhalten den Mitgliedern gegenüber gesehen.

Die Konsequenzen einer allgemeinen Tendenz zur Konzentration in Wirtschaft und Gesellschaft für die Behauptung der Leistungsfähigkeit der Genossenschaft, d. h. als Unternehmen mit der Aufgabe der Mitgliederförderung wurden als Tagungsthema 1975 in Darmstadt angesetzt.

Welche Entwicklungen aus genossenschaftsspezifischer Sicht müssen dabei berücksichtigt werden?

Führt Konzentration zu einem Gegen- satz von betriebswirtschaftlicher Notwendigkeit und organisatorischer Effizienz, zu einem Gegensatz zwischen einer Technostruktur (Herausbildung von Funktionärsunternehmen) und einer demokratischen Kontrolle?

Es wurde den Genossenschaften ein bildungspolitisches Potential zugesprochen: Genossenschaften können die Mitglieder dazu befähigen, die Handlungen des Managements zu verstehen.

1978 wurde gemeinsam zwischen Wissenschaft und Praxis der Versuch unternommen, den gesetzlichen Grundauftrag der Genossenschaft: die Förderung der Mitglieder, über den ungenügenden Erfolgsmaßstab eines Genossenschaftsgewinnes hinaus in präzise Ziele umzudefinieren und daraus eindeutige Handlungsstrategien abzuleiten.

Ein Anspruch, der genossenschaftsspezifisch nur unter Mitwirkung der Mitglieder, soweit als möglich, an der Setzung der Ziele und an der Kontrolle der Zielerreichung gesehen wurde. Unter dem Projekttitle „Förderbilanz“ wird zur Zeit vom FOG eine Umsetzung des Anspruches in die Praxis, im speziellen an einer Kreditgenossenschaft, versucht.

Waren die Genossenschaften im letzten Jahrzehnt den wesentlichen Veränderungen, wie

- Ökonomisierung der Mitgliederinteressen
- fortschreitende Bürokratisierung
- wachsender Einfluß hauptberuflich tätiger Experten
- mehrstufige betriebliche Organisation (Verbundbildung)

ausgesetzt, so wurde die Situation der Genossenschaften in den 80er Jahren durch das generelle Tagungsthema 1981 zu Recht als „Die Genossenschaften zwischen Mitgliederpartizipation, Verbundbildung und Bürokratisierung“ charakterisiert.

Es galt, einen Ausweg aus dem Dilemma zwischen dem Wunsch nach Mitgliederpartizipation, der Notwendigkeit der Verbundbildung und vor einer die Problemlösung gefährdenden Bürokratietendenz zu finden.

Sie werden sich nun sicher fragen, welcher Problemkreis betreffend Genossenschaften bis jetzt noch nicht angesprochen worden ist und damit eine Thematik für die kommende Tagung 1985 sein könnte.

Deshalb abschließend noch einige Worte in die Zukunft gerichtet.

1985 wird die Genossenschaft als eine europäische Herausforderung betrachtet. Die Spannweite wird von einer möglichen Anpassung der Rechtsgrundlagen für die europäischen Genossenschaften bis zur ordnungspolitischen Stellung der Genossenschaften in Westeuropa reichen.

Die überschaubare Welt wird kleiner und die Genossenschaftsidee integrativer — ein hoffnungsvoller Ausblick!



Raiffeisen — was ist das?

Mit dem Namen Friedrich Wilhelm Raiffeisen können wahrscheinlich viele Zeitgenossen nur wenig anfangen. Das hat auch eine Umfrage gezeigt, aus der wir auf Seite 9 einige Auszüge bringen. Am bekanntesten ist sicher die Tatsache, daß Raiffeisen etwas mit Sparen, Geld und Bank zu tun hat.

Damit sind wir allerdings bei den Wurzeln. Als in der Mitte des vorigen Jahrhunderts großes Elend herrschte, organisierte der junge Bürgermeister F. W. Raiffeisen (27) in Weyerbusch (Deutschland) vorerst eine „Winterhilfe“. Damit konnte er seine Landsleute im Hungerjahr 1846 zumindest d'rüberretten.

Das agile Gemeindeoberhaupt sah jedoch bald, daß mehr geschehen muß, zumal Geldleute die Lage armer Bauern und Gewerbetreibender ausnützten und sie durch Wucherzinsen von über 20 Prozent um Hab und Gut brachten. Raiffeisen gründete vorerst einen



Wohltätigkeitsverein, der Darlehen zu 4 bis 5 Prozent bewilligte und rasch die Entschuldung erreichte.

1864 schuf Raiffeisen den ersten Spar- und Darlehensverein, den Vorläufer des heute weit verbreiteten Raiffeisen-Geldwesens. Als der Sozialpionier (1818 — 1888) starb, überzog bereits ein Netz von Kassen die deutschen Länder, für die Verbreitung der Idee hatten sich vor allem Lehrer und Priester eingesetzt.

In der Steiermark des vorigen Jahrhunderts z. B. gab es in den Neunzigerjahren soviele Gründungen, daß Dr. Paul Freiherr von Störk schon im Jahre 1900 ganze 202 Kassen im Raiffeisenverband zusammenschließen konnte. Heute sind im ländlichen Genossenschaftswesen die großen Sparten Geld — Ware — Verwertung vereint — und Raiffeisen ist ein Weltbegriff.

DIE GENOSSEN-SCHAFTEN UNTER DEM GIEBELKREUZ

Wenn man manche Äußerungen über das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen hört, oder Pamphlete liest, kriegt man eine Gänsehaut, vor allem, weil man nicht weiß, aus welchem Grund bestimmte Menschen über Dinge, die sie sicher verstehen oder auch nicht, so leichtfertig urteilen, die ohne Hemmungen die in diesen Genossenschaften tätigen Menschen abqualifizieren und eine in weit mehr als hundert Jahren bestehende, gewachsene und unzähligen Menschen immer noch vorzüglich dienende wirtschaftliche Einrichtung verteuften, verunglimpfen und manchmal auch mit einem beängstigenden Haß verfolgen.

Wenn es mir mit meinen Ausführungen gelänge, zumindest bei jenen Tagungsteilnehmern Vorurteile abzubauen, die aus Mangel an Information oder wegen unliebsamer Erlebnisse mit der einen oder anderen Genossenschaft oder mit einem ihrer Repräsentanten, zurückhaltend oder mißtrauisch sind, wäre ich schon sehr glücklich.

Es ist mir ohnehin klar, daß ich bei jenen Zuhörern auf Granit beißen werde, die etwa mit folgender Grundeinstellung hierhergekommen sind: „Ich werde mir alles völlig unbefangen, vorurteilslos, küh und verstandesmäßig anhören, obwohl ich schon jetzt weiß, daß das ganze ein höherer Blödsinn ist.“

Eine kurze Darstellung der Organisation der Raiffeisen-Genossenschaften, zumindest in der Steiermark, scheint mir deshalb nicht zu umgehen zu sein, weil auch hier schon manche Mißverständnisse ihren Ursprung haben.

Wir haben in unserem Lande 280 Genossenschaften nach dem System Raiffeisen, die jede einzelne für sich autonom ist, das heißt, sie sind eigene Rechtspersonen, die durch die von den Mitgliedern gewählten Amtsträger geleitet werden. Diese sind für alle ihre Handlungen oder Unterlassungen nach den Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes, der Satzungen und etwaiger anderer einschlägiger Gesetze, wie z.B. dem Kreditwesengesetz für die Raiffeisenkassen, verantwortlich. Da diese Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder in den Genossenschaften nahezu ausschließlich ehrenamtlich tätig sind, also daneben ihren bürgerlichen Beruf ausüben, bedienen sie sich

hauptberuflicher Mitarbeiter, wenn der Umfang der Tätigkeit der Genossenschaft dies erfordert. Viehzucht- und Weidegenossenschaften haben z.B. in der Regel keine hauptberuflichen Mitarbeiter, während Raiffeisenkassen, Molkereigenossenschaften oder Warenegenossenschaften ohne fachlich versierte, hauptberufliche Mitarbeiter nicht auskommen werden. Die ehrenamtlichen Funktionäre werden für ihre Tätigkeit nicht entlohnt, sondern sie erhalten zum Teil Aufwandsentschädigungen, die sie mit dem Einkommen aus ihrem Beruf gemeinsam zu versteuern haben, oder sie erhalten einen Ersatz für Auslagen, wie z.B. Reisekosten und Taggelder.

Die hauptberuflichen Mitarbeiter werden nach den zuständigen Kollektivverträgen entlohnt.

Nur damit Sie ungefähr einen Überblick bekommen, sollten Sie wissen, daß unter den genannten 280 Genossenschaften 103 Raiffeisenkassen, 13 landwirtschaftliche Genossenschaften, 15 Molkereien, 109 Viehzucht- und Weidegenossenschaften sowie 40 sonstige Verwertungs- und Nutzungsgenossenschaften subsumiert sind.

Alle diese Genossenschaften haben als Rechtsgrundlage das Gesetz über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften aus dem Jahre 1873, sie haben sich selbst, also in der Gründungsversammlung, Satzungen gegeben, die immer dann geändert werden, wenn es wirtschaftliche oder gesetzliche Umstände erforderlich machen.

Auch Änderungen der Satzungen oder Statuten, wie sie auch genannt werden, sind ausschließlich der Beschußfassung durch die Generalversammlung, also der Gemeinsamkeit aller Mitglieder vorbehalten.

Die Generalversammlung ist das höchste Organ in einer Genossenschaft, sie wählt aus ihrer Mitte einen Vorstand und einen Aufsichtsrat auf eine bestimmte Zeit. Vorstand und Aufsichtsrat haben in jährlich abzuhaltenen Generalversammlungen den Mitgliedern über die Tätigkeit, sowie den Vermögenstand zu berichten und sie vor allem darüber zu informieren, ob und wie der Genossenschaftszweck, nämlich die Wirtschaft der Mitglieder zu fördern, erfüllt wurde.

Die Raiffeisen-Genossenschaften sind nach einem Drei-Stufen-Aufbau orga-

nisiert, das heißt, die Primärgenossenschaften, Raiffeisenkassen, Molkereigenossenschaften oder Warenegenossenschaften haben auf Landesebene Verbände gegründet, die subsidiär dann einzuspringen haben, wenn die einzelne Genossenschaft diese Aufgabe nicht mehr erfüllen kann.

Es ist dies eine logische Folgerung aus der den Genossenschaften eigentümlichen Organisationsform.

Sowie sich die einzelnen Mitglieder in Genossenschaften zusammenfinden, um wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen, zu deren ein Mitglied allein nicht fähig wäre, so bilden die Genossenschaften auf Landesebene einen Verband, zum Beispiel die Raiffeisenkassen eine Raiffeisen-Zentralkasse, die Lagerhausgenossenschaften einen Warenverband, in der Steiermark heißt dieser „Steirischer Landwirteverband“, die Molkereigenossenschaften einen Molkereiverband, in der Steiermark ist das der Agrarverwertungsverband, besser bekannt unter dem Reizwort „Agrosserta“, der nur deshalb den Firmenwortlaut „Molkereiverband“ abgegeben hat, weil er sich nun auch mit der Verwertung anderer landwirtschaftlicher Produkte befaßt.

Die Verbundbildung wird durch die Länder auf Bundesebene fortgesetzt, womit der genannte Drei-Stufen-Aufbau abgeschlossen ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hoffe, Sie nehmen es mir nicht übel, daß ich sozusagen auf Schleichwegen einen Trockenkurs — wahrscheinlich im wahrsten Sinne des Wortes — über die Raiffeisen-Genossenschaften, deren Aufbau und Organisation, in aller Kürze eingebracht habe, aber das war nötig, weil ich damit viele Stichworte für meine weiteren Ausführungen in zusammenhängenden Sätzen sagen konnte, die nötig sind, um zu untersuchen, ob die Raiffeisen-Genossenschaften wirklich neue Abhängigkeiten schaffen oder ob sie nicht auch jetzt noch jene wirtschaftlichen Selbsthilfeinrichtungen darstellen, als die sie gegründet wurden.

Wenn die Kritik an unseren Genossenschaften zum Teil den ideologischen Bereich, zum Teil die geschäftliche Gestaltung und teilweise auch den Grad der Fähigkeit unserer gewählten Amtsträger oder hauptberuflichen Mitarbeiter zum Inhalt hat, ist es nicht leicht, organisch zu replizieren.

Bei der Aufstellung einer Punktation läuft man Gefahr, den Vorwurf zu bekommen, etwas vorsätzlich ausgelassen zu haben, weil man darauf keine Antwort wüßte.

Die bäuerlichen Selbsthilfeinrichtungen waren oftmals im Kreuzfeuer der Kritik und das wird sich auch in der Zukunft nicht ändern.

Eine private Wirtschaftsorganisation, wie sie die Raiffeisen-Genossenschaften darstellen, bietet zwangsläufig eine

Vielzahl von Angriffsflächen. Wir sind weit davon entfernt, Kritik an unserer Arbeit auf die leichte Schulter zu nehmen oder sie gar als Äußerung einiger „Spinner“ abzutun.

Freilich muß man wissen, daß abfällige Meinungen über unsere Genossenschaften nicht immer einer lauterer Gesinnung entspringen oder gar als konstruktive Kritik anzusehen sind, die mithelfen soll, die Dinge zu verbessern.

Manchmal verbirgt sich hinter einer negativen Beurteilung eine erschreckende Zielstrebigkeit zur Vernichtung, die entweder konkurrenzbedingten oder (gesellschafts-) politischen Motiven entspringt.

Scheinheilig wird hier von der guten alten Zeit gesprochen, in der die Genossenschaften noch überschaubar waren, wo jedes Mitglied das andere kannte, wo noch keine machtbesessenen Politfunktionäre und Manager den Ton angaben.

Hämisch wird verglichen, daß die Mitglieder in ihrer Genossenschaft genauso viel Mitbestimmung hätten, wie die Bürger an ihren verstaatlichten Unternehmungen.

Und überhaupt drehe sich Friedrich Wilhelm Raiffeisen im Grabe um, wüßte er, wie sehr die Genossenschaften von seinem Lebenswerk abgewichen sind.

Mit diesen Angriffen müssen wir leben und wir müssen uns darüber auch klar sein, daß Genossenschaftsmitglieder, insbesondere dann, wenn sie verärgert sind, solche Sprüche gerne übernehmen.

Es ist aber nicht die Verunglimpfung von außen her, die uns zu schaffen macht, sondern die Kritik aus den eigenen Reihen, von bürgerlichen Menschen, denen man die Sorge um ihre Genossenschaft auch glauben kann. Sicher ist es richtig, daß auch Raiffeisen-Genossenschaften durch die wirtschaftliche Entwicklung und die Notwendigkeit zur Rationalisierung Betriebsgrößen erreicht haben, bei denen die Überschaubarkeit durch das einzelne Mitglied wirklich schon schwierig ist. Da muß die Aufklärung, die ständige Information der Mitglieder über alle getroffenen Maßnahmen in einem noch viel stärkeren Umfang einsetzen, als das bisher schon der Fall ist.

Wir dürfen diese Arbeit nicht scheuen, wenn wir ein gewisses Unbehagen bei den Genossenschaftsmitgliedern damit ausräumen können. Keineswegs bin ich jedoch der Auffassung, daß die Mitglieder keine Mitbestimmung hätten, daß sie systematisch mundtot gemacht würden und daß sie sozusagen dem „Monopol Genossenschaft“ machtmäßig und ratlos ausgeliefert wären. Es gibt keine wirtschaftliche Rechtsform, außer der genossenschaftlichen, in der der das demokratische Mitspracherecht so deutlich wird, wie bei den Genossenschaften.

Daraus läßt sich ableiten, daß die Mehrheit der Mitglieder selbstverständlich eine Änderung herbeiführen kann, wenn sie mit der Tätigkeit der von ihnen gewählten Funktionäre nicht zufrieden sind. Diese Rechte übt das Genossenschaftsmitglied in der Generalversammlung aus, in der alljährlich über die Tätigkeit, die Entwicklung und den Stand der Genossenschaft ausführlich berichtet werden muß, wie ich dies schon erwähnt habe. Man kann das Rad der Zeit nicht mehr zurückdrehen und es wäre anachronistisch, von den Genossenschaften zu verlangen, sie sollten noch im gleichen Stil arbeiten, wie zu ihrer Gründerzeit, während sich ihre Mitglieder und Kunden sowohl in ihrem Wirtschaften, als auch in ihrem privaten Leben dem 20. Jahrhundert angepaßt haben.

Die „Zurück-zur-Natur“-Parole entspringt einer gewissen Nostalgie, aber vor allem dem Umstand, daß die Wohltaten des hoch technisierten Zeitalters auch viele unerwünschte Nebenwirkungen brachten.

Genauso ist es mit der Entwicklung der Genossenschaften, bei denen wir uns heute aller möglichen technischen Errungenschaften bedienen, wie dies auch der Bauer auf seinem Hof tut.

Es wäre unrealistisch, wollte man Unzufriedenheit oder ein zuvielen auftretendes Mißtrauen der Mitglieder gegen ihre Genossenschaft dadurch bekämpfen, in dem man ein natürliches Wachstum der Genossenschaften verhindert oder sie auf irgendeine Art in ihren ursprünglichen Zustand zurückversetzt.

Nicht die Größe eines Unternehmens macht es unüberschaubar, sondern die mangelnde Information schafft das Gefühl beim Mitglied, es habe mit seiner Genossenschaft nichts mehr gemein und sie entferne sich von ihm mit jeder dazugewonnenen Umsatzmillion. Das persönliche Gespräch bei jeder sich bietenden Gelegenheit, das Genossenschaftsfunktionäre und die Mitarbeiter mit den Mitgliedern führen müssen, soll mithelfen, die Mitglieder davon zu überzeugen, daß sie es sind, die den genossenschaftlichen Unternehmungen erst den Atem zum Leben einhauchen, daß sie keine Karteileichen sind und daß es eine Genossenschaft ohne Mitglieder nicht gibt.

Es ist mir klar, daß es unmöglich ist, nur zufriedene Mitglieder zu haben, aber Funktionäre und hauptberufliche Mitarbeiter müssen bei allen ihren Handlungen das Gefühl von bestem Wollen vermitteln. Ihre Redlichkeit darf nie in Frage gestellt sein und bei allem nötigen kaufmännischen Denken muß das Mitglied mit seinen Nöten und Sorgen an der Spitze aller Überlegungen stehen.

Wenn unsere Genossenschaften schlecht gemacht werden sollen, oder ihnen das Odium des alles vernichtenden wirtschaftlichen Ungeheuers angehängt wird, muß man mit Geduld und

Zähigkeit aufklären, Beweise liefern und nicht müde werden, Vorurteile abzubauen zu helfen, wenn es, laut Einstein, auch einfacher sein soll, ein Atom zu zertrümmern.

Herr OLR Dipl.-Ing. Pieber, der Präsident der Landes-Landwirtschaftskammer, hat einmal bei einer Veranstaltung die Landjugend beschworen: „Haben Sie keine Scheu vor Wiederholungen! Es ist erwiesen, daß es einer bis zu sechsfachen Wiederholung bedarf, bis das gesprochene Wort im angesprochenen Menschen eine dauernde geistige Verankerung erfährt.“

Nun, bei den schnellen Brütern hier im Saal, wird das nicht sooft notwendig sein, aber bei manchen unterbelichteten Berufsnörglern wird wahrscheinlich ein dutzendmal nicht reichen.

Nehmen wir einmal das so gerne gebrauchte Wort „Grüner Riese“. Die Autonomie der einzelnen Genossenschaften ist kein leeres Schlagwort, auch wenn mitunter von einem Grünen Riesen gesprochen wird, der auf Knopfdruck agiere, sind die Genossenschaften keine Empfehlungsempfänger irgendeiner Zentrale. Selbst im Jahre 1984 gibt es keinen Orwell'schen großen Bruder, der etwa die 280 Raiffeisen-Genossenschaften in der Steiermark beherrscht oder gar die 2.440 in ganz Österreich. Kein Mensch spannt bei irgendeiner autonomen Genossenschaft den Schirm auf, wenn es in Graz oder in Wien regnet.

Wenn wir alle das Giebelkreuz als Markenzeichen unserer Genossenschaften tragen, so ist das wohl ein Hinweis auf unsere Zusammengehörigkeit innerhalb der Raiffeisen-Organisation, beibeile aber nicht ein Ausdruck dafür, daß alle an dieses Kreuz genagelt sind, ob sie es wollen oder nicht.

Die Sparkassen, ob das nun Vereinssparkassen oder Gemeindesparkassen sind, haben als ihr Zeichen das „S“ mit dem Punkt darüber gewählt und keinem Menschen ist es je eingefallen, die Autonomie jeder dieser einzelnen Sparkassen zu bezweifeln.

Wahrscheinlich sind wir auch ein wenig selbst schuld daran, daß wir als „Grüner Riese“ bezeichnet werden, weil wir es mitunter nicht lassen können, zum Beispiel Einlagen und Ausleihungen verschiedener einzelner autonomer Raiffeisenkassen zu addieren oder die Umsätze verschiedener einzelner, autonomer Warenengenossenschaften zusammenzuzählen, wenn wir einen Bericht über die Entwicklung unserer Gesamtorganisation abgeben.

Sie können es mir als Geschäftsführer eines Revisions- und Anwaltschaftsverbandes glauben, daß es viel bequemer wäre, einen „Grünen Riesen“ zu dirigieren, als es in der Tat schwierig ist, eine Vielzahl von autonomer Genossenschaften mit ausgeprägten Individualisten als Amtsträger unter einen Hut zu bringen, wenn es nur um die Vereinheitlichung von Formularen geht.

Fazit ist, es gibt keinen „Grünen Riesen“, der monopolistische Bestrebungen hat, wie dies stereotyp und stur behauptet wird. Aber auch Sturheit hat ihre guten Seiten. Sture Leute wissen wenigstens immer, was sie morgen denken werden.

Die Genossenschaften sind eine Vereinigung von Mitgliedern, bei denen der Beitritt und der Austritt von niemand anderem bestimmt wird, als von der Person selbst, die beitreten oder austreten will. Es gibt also keine Zwangsmitgliedschaft und keine neue Abhängigkeit und der Vergleich unserer Genossenschaft mit den Kolchosen im Osten, wie er manchmal versucht wird, ist einfach albern.

Die Raiffeisen-Genossenschaften als grünen Kommunismus zu bezeichnen ist genauso töricht, als würde man in jedem Sandalenträger einen Apostel sehen.

Im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft ist es immer wieder ein Angriffspunkt, daß die Raiffeisen-Genossenschaften die von den Mitgliedern eingezahlten Geschäftsanteile nicht verzinsen.

Wir wissen selbst, daß eine angemessene Verzinsung der Geschäftsanteile einen Anreiz zur Mehrzeichnung von Anteilen böte; leider ist die derzeitige Gesetzeslage so, daß von einer Verzinsung mehr in den Sack des Finanzministers fließt, als den Mitgliedern zugute kommt.

8 Kapitalgesellschaften können eine ermäßigte Körperschaftsteuer beanspruchen, wenn sie Dividenden ausschütten, Genossenschaften jedoch nicht, wenn sie die Geschäftsanteile der Mitglieder verzinsen. Es sage jetzt bloß niemand, das glaube ich nicht. Ich müßte sonst, wie es der k.u.k. Generalfeldmarschall Galgoczy bei einer mehrmals abgelehnten, zu wenig detaillierten Rechnung, getan hat, hinzuschreiben: Wer's nicht glaubt, ist ein Esel. Das wäre sogar keine kühne Tat, wenn ich wüßte, daß der Herr Finanzminister auf dieselbe Art, wie weiland der alte Kaiser Franz Josef, reagierte und auch sagte: „Ich glaub's“, deshalb schaffe ich diese Diskriminierung der Raiffeisen-Genossenschaften ab“.

Da wir steigende Mitgliederzahlen nachweisen können, kann es doch nicht wahr sein, daß die Genossenschaften allesamt Halsabschneider sind, die von wehrlosen, unterjochten Mitgliedern leben. Man muß unsere Bauern schon für sehr dumm oder masochistisch halten, wenn man ihnen zumeutet, daß sie sich freiwillig der Willkürmachthungriger Funktionäre aussetzen.

Die Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der einzelnen Genossenschaften ist ein wesentlicher Teil genossenschaftlicher Grundsätze.

Wenn es gut geführte und weniger gut geführte Genossenschaften gibt, beweist dies mir, daß es auf die Menschen ankommt, die eben da tüchtiger und dort weniger tüchtig sind. Auch

dieser Umstand entkräftet die Mär vom Genossenschaftsmonolithen.

Die Selbstverwaltung und Selbstverantwortung haben im Jahre 1903 dazu geführt, daß der Gesetzgeber über Betreibende dieser Genossenschaften ein Gesetz schuf, nach welchem die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in bestimmten Zeitabständen von unabhängigen, fachlich versierten, Revisoren geprüft werden müssen.

Auch die Revision wird manchmal kritisiert. Allerdings nur von Leuten, deren Ideenreichtum leicht auf einer Kaugummipackung unterzubringen ist.

Ich will mich hier nicht weiter über die gesetzliche Revision der Genossenschaften verbreiten. Sie ist bei uns unbestritten; auch bei jenen, die unter ihrer Last stöhnen. Es ist heute die Regel, daß Revisionsverbände in der Rechtsform eines Vereins oder einer Genossenschaft durch ihre Revisoren die Genossenschaften prüfen.

Der Gesetzgeber hat im wohlverstandenen Interesse der Genossenschaftsmitglieder das Revisionsgesetz durch eine Verordnung ergänzt, wonach sich die Revisoren auch davon zu überzeugen haben, ob die Tätigkeit der Genossenschaft den Zwecken und Zielen der Satzungen entspricht, das heißt, ob der Förderungsauftrag erfüllt wurde. Revision und Beratung sind nicht unvereinbar, wenn man den genossenschaftlichen Revisoren nicht gesetzwidriges Verhalten a priori unterstellt. Ich habe auch noch nie gehört, daß Wirtschaftsprüfer nicht auch gleichzeitig Steuerberater sein können. Sie sind es ja auch, ohne daß hier eine Unvereinbarkeit konstruiert wird.

In der Sucht, den landwirtschaftlichen Genossenschaften eines auszuwischen und die Genossenschaftsrevision als wirkungslos, wenn nicht gerade als inzüchterisch zu qualifizieren, wurde die Idee außerlich geführt, einen Bauernnawalt einzusetzen, der kontrollieren sollte, ob die Kontrollore auch richtig kontrollieren. Erlassen Sie es mir bitte, darauf näher einzugehen, weil doch zu hoffen ist, daß diese Idee gemeinsam mit ihrem Schöpfer gegangen ist.

Ein beliebtes Thema ist es neuerdings, die gewählten Funktionäre zu beschimpfen, weil sie nicht dafür sorgten, daß alle Vorteile aus den Genossenschaften ihren Mitgliedern zugämen.

Da die Funktionäre in der Genossenschaft ihre Berufskollegen und daher auch sich selbst zu vertreten haben, muß man schon eine ausgefallene Phantasie haben, wenn man ihren Lauterkeit abspricht. Es widerspricht auch der Erfahrung, daß die gewählten Funktionäre in jenem Maß an Intelligenz und Bildung abnehmen, wie bei den sogenannten Managern das Ausmaß an Schläue, Gerissenheit und Abgefeimtheit zunehmen sollen.

Das ganze Gefasel, daß die Entscheidungsgewalt bei den Genossenschaften wieder in die Hand der Funktionäre

oder der Bauern zurückkommen müsse, setzt ja voraus, daß sie ihnen abgenommen werden wäre. Das ist blander Unsinn, denn Sie sollten einmal sehen, mit welchem Eifer und mit welcher Intensität die ehrenamtlichen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder Schulungen absolvieren, um ihre Aufgaben so gut als nur möglich zu erfüllen.

Unsere Funktionäre wissen längst, daß sich der liebe Gott nicht mehr darum kümmern kann, Verstand an jene zu verteilen, die ein Amt übernommen haben.

Wir alle könnten glücklich sein, wenn wir uns darauf verlassen könnten, daß manche Funktionäre in anderen Bereichen nicht doch noch gläubig auf die göttliche Eingabe warten, weil dies halt bequemer ist, als durch den Besuch von Seminaren und Lernen den Bildungshorizont, zumindest auf Sonnenauftgangsniveau zu bringen.

Nun noch ein Wort über die Genossenschaftsmanager. Zunächst sei festgestellt, daß die Geschäftsführer unserer Genossenschaften in der Regel ihr Metier gut beherrschen. Sie bemühen sich, gemeinsam mit den gewählten Funktionären, genossenschaftliche Zielsetzungen und kommerzielle Erfordernisse zu koordinieren, was eine überaus schwierige Aufgabe ist.

Ich glaube, daß jene Genossenschaft am besten ihre Förderungsaufgaben erfüllt, bei der die Verantwortlichen exakt die Grenze finden, wo der größte Nutzen für die Mitglieder und das geringste Risiko für die Existenz der Genossenschaft zusammentreffen.

Simpel ausgedrückt, kann eine Genossenschaft wirtschaftliche Erfolge nicht stets zu Gänze an ihre Mitglieder weitergeben, da ihr dann kein Kapital verbleibt, um nötige Neuinvestitionen durchzuführen zu können, oder Risiken, die jeder wirtschaftlichen Tätigkeit innewohnen, abzufangen.

Gibt sie von ihren Geschäftserfolgen an die Mitglieder gar nichts weiter, mißachtet sie den Förderungsauftrag, denn dann haben die Mitglieder von ihrer Genossenschaft gar nichts.

Es ist einfältig, anzunehmen, daß wirtschaftliche Cleverneß zwangsläufig genossenschaftlichen Grundsätzen widerspricht.

Ich halte übrigens das Wort „Manager“ nicht für ein Schimpfwort, wenn manche Menschen es auch so aussprechen, als seien Manager Teufel, die nur darüber brüten, wie sie ihre Wirtschaftspartner hereinlegen könnten. Das Wort kommt aus dem Englischen und hat unsere Bezeichnung „Geschäftsführer“ abgelöst. Es gibt eine große Anzahl von Definitionen für die Bezeichnung Manager, lassen Sie mich nur zwei, allerdings ganz widersprüchliche, zitieren.

Manfred Kronlechner meint, Manager delegierten zu viel und seien am Ende so entmündigt, daß sie nicht einmal mehr wüßten, was eine Briefmarke kostet. Auf unsere Genossenschaftsgeschäftsführer trifft dies wohl nicht zu,

denn sie stehen mit beiden Beinen im Geschehen und um sie zu charakterisieren, spricht mir Clarence F. Randall aus der Seele, der sagt: „Führung, wie alles Wichtige im Leben, hat ihre Quelle im Verstehen. Um sich heute der Führungsverantwortung in der Wirtschaft würdig zu erweisen, muß jemand das menschliche Herz kennen; denn wenn er nicht einen Sinn für menschliche Fragen hat, ein Gefühl für die Hoffnungen und Wünsche derer, die er führt und eine Fähigkeit zum Erkennen der Gefühlskräfte, die sie antrieben, dann wird er die ihm anvertrauten Aufgaben nicht bewältigen — gleichgültig wie oft er die Löhne erhöht.“

Gemeinsam mit den gewählten Funktionären haben unsere Genossenschafts-Geschäftsführer in der Regel so gearbeitet, daß ihre Unternehmungen keinen Schaden erlitten haben. Die wenigen schwarzen Schafe fallen dabei gar nicht ins Gewicht. Jedenfalls haben wir vom Bund noch nie Beihilfen zur Erhaltung der Existenz einzelner Genossenschaften begehrts; wir hätten sie auch nicht erhalten, obwohl auch wir eine ganz beträchtliche Anzahl von Arbeitsplätzen zu schützen haben. Die übrige Wirtschaft könnte froh sein, Manager nach unserer Art zu haben, die viel und hart arbeiten, aber sicher ein geringeres Einkommen haben.

Unsere sogenannten Schreibtischbauern, wie die Geschäftsführer, aber auch Politiker, manchmal abschätzig genannt werden, halten einen Vergleich mit den Schreibtischstahlarbeitern jedenfalls leicht aus.

Seit langer Zeit schon quält mich der Gedanke, wieso wir von allem möglichen und unmöglichen Leuten auf's Korn genommen werden, deshalb lassen Sie mich am Ende meiner Betrachtungen über die Genossenschaften unter dem Giebelkreuz fragen: Mit welchem Recht mischen sich Leute in unsere Angelegenheiten, obgleich sie mit uns nichts zu tun haben? Wir bekommen weder Gelder aus öffentlichen Mitteln, noch betrügen wir Bund, Land oder Gemeinden um Steuern. Wieso interessiert es irgendwelche Außenstehenden, ob wir ein Lagerhaus in Mooslandl errichten, wenn wir uns dies selbst bezahlen?

Wer, außer den Genossenschaftsmitgliedern, hat das Recht, unsere Gestión zu kritisieren, wenn er das bei allen anderen privatwirtschaftlichen Unternehmen auch nicht tut?

Vieelleicht ist dies die Antwort:

„Wenn wir immer wieder, trotz unserer Redlichkeit, trotz der unbestrittenen Unabhängigkeit von der öffentlichen Hand und trotz unserer anerkannten Leistungen so in der Auslage und im kritischen Blickpunkt der Bevölkerung stehen, vielleicht sind wir doch etwas Besonderes!!!“



Meinungen

Was sagt Ihnen das Wort Genossenschaft? Welches Bild hat die heutige Jugend von der Genossenschaft?

Diese Fragen stellte der Direktionssekretär des Steirischen Bauernbundes, Ing. Franz Großschädl, vor Konsum-Geschäften, vor der Zentrale der Agrosserta in Raaba und vor dem Raiffeisenhof. Hier einige typische Antworten:

Genossenschaft? Das ist eine gewisse Vereinigung gleichgesinnter Leute...

Wenn ich Genossenschaft höre, denke ich an die Anfänge. Der Konsum paßt genau dazu. Da haben sich eben früher einmal die Arbeiter zusammengeschlossen, damit sie günstiger einkaufen können...

Ja, Raiffeisen ist eine Sparkasse — zum Beispiel — und in der Landwirtschaft gibt es auch irgend etwas mit Raiffeisen...

Welches Bild die heutige Jugend von den Genossenschaften hat? Ich glaube, sie sind zu groß geworden und daher schon unüberschaubar...

Für mich ist eine Genossenschaft ein Betrieb wie jeder andere, mit dem Unterschied, daß wir Bauern eine Möglichkeit haben, dort ein wenig Einfluß zu nehmen...

Daß die Bäuerinnen in den Genossenschaften noch so wenig vertreten sind, liegt einfach daran, daß man glaubt, dieses Gebiet sei eben Männerache. So kommt die frauliche Seite — auch zum Schaden der Genossenschaften — oft zu kurz...

Wir brauchen diese starke Interessengemeinschaft — und wir als künftige Hofübernehmer müssen uns fragen, was wir dazu beitragen können, damit die Genossenschaften das sind und werden, was wir von ihnen erwarten...

Für die Zukunft des ländlichen Genossenschaftswesens stehen uns ganz wichtige Aufgaben bevor. Erstens müssen wir uns als junge Menschen für die Arbeit in diesen wichtigen Bereichen interessieren und dann müssen wir das Gefühl wecken oder verstärken, daß den Mitgliedern die Genossenschaft gehört...



IM SPIEGEL DER MEDIEN

NEUES LAND

Wochenzeitung des Steirischen Bauernbundes

Nr.7 / 44. Jahrgang

Sonntag, 12. Februar 1984

Ein an sich konfliktträchtiges Thema schließlich auch am letzten Tag: „Handel — Genossenschaften: Konkurrenz oder notwendige Ergänzung?“ Der Obmann der Sektion Handel in der Handelskammer, Erich Lemler, richtete natürlich einige gewichtige, wenn auch schon bekannte Merksätze an die Adresse der Raiffeisen-Genossenschaften (schließlich saßen mehrere bedeutende Gewerbetreibende im Publikum): „Will uns unser Gesinsfreund umbringen?“ — „Ich bitte Sie um eine bewußte Selbstbeschränkung!“ — „Im Interesse der Nahversorgung ist bei uns der Greifler das, was bei euch der Bergbauer für den Landschaftsschutz ist.“ Insgesamt gab's viel Konsens und viel gemeinsame Front gegen die Wirtschaftsgiganten Konsum, Billa und Hofer, die dem Privathandel nicht Partner, sondern nur Konkurrenz sind. Lemler sah in dieser Tagung eine Einladung dazu, eine Tür aufzumachen, „und da kann man nicht mit der Mistgabel einfahren“. So fand auch Agroserta-Pichler, daß „Trennendes begraben ist, wir können emotionslos miteinander reden“. Koiner regte schließlich an, „daß wir uns künftig bei anstehenden Problemen zusammensetzen“.

Wenn es auch das Hauptanliegen dieser Agrarpolitischen Tage war, „heile Eisen mit eigenen Händen anzufassen“, wie es Bauernbunddirektor NRAbg. Dr. Alois Puntigam als Tagungsleiter zwischendurch einmal formuliert hatte, so gab es abschließend doch ein umifverständliches Bekenntnis zur Wichtigkeit der Genossenschaften unterm Giebelkreuz.

Süd-Ost Tagespost

Die Tageszeitung der Steiermark

„In diesen drei Tagen kann jeder Bauer und jeder Genossenschaftsfunktionär offene Kritik anbringen“, erklärte Bauernbunddirektor Alois Puntigam. Am Beispiel Raiffeisen wurde von Direktor Hans Zebinger der Status quo

analysiert: „Wir sind kein ‚grüner Riese‘. Wenn jede Genossenschaft als Kolchose gilt, dann muß sich auch hinter jedem Sandalenträger ein Apostel verbergen. Bei uns kann jedes Mitglied seine Stimme erheben“, stellte Direktor Zebinger mit Entschiedenheit fest. In der Diskussion mit Vertretern der Medien kamen Themen wie das „Entstehen einer neuen privilegierten Schicht im Agrarbereich in Formen der Genossenschaften“ zur Sprache.

★★★

Eine immer stärker gewordene Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte durch die Genossenschaften bedrohte zur Zeit ohne Zweifel manche Teile des Handels, warnte gestern dessen Sektionsobmann Erich Lemler am Schlusstag der heurigen „Agrar-politischen Tage“.

In seiner Ausführung zu diesem Reizthema „Handel und Genossenschaften — Konkurrenz oder Ergänzung“, sprach sich Lemler für ein Umdenken aller Beteiligten aus; jeder sollte sich mehr auf seine ursprünglichen Aufgaben zurückziehen.

Die Diskussion brachte positive Aspekte in Richtung einer notwendigen Ergänzung zwischen den Beteiligten. Lemler betonte dabei insbesondere die Krisenvorsorge der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Dieser Teil einer umfassenden Landesverteidigung, zu der Österreich laut Verfassung verpflichtet ist, stecke im Vergleich zum Ausland derzeit leider noch immer in den Kinderschuhen. Mit diesem Zukunftsvorprojekt werde man das Ziel einer sinnvollen Ergänzung erreichen, betonten dazu alle Beteiligten.

Kurt Fröhlich

KLEINE ZEITUNG

Für ein Höchstmaß an Diskussion und Mitbestimmung im agrarischen Genossenschaftswesen trat Verbandsobmann Simon Koiner bei der Eröffnung der „Agrarpolitischen Tage“ des Bauernbundes ein. NRAbg. Alois Puntigam betonte, diese Reihe greife immer wieder brisante Themen auf: Solidarität, Jugend, Ökologie — und jetzt die Genossenschaftsfrage.

Koiner sagte u. a., die rasante Entwicklung der Raiffeisengenossenschaften im Zuge der Marktwirtschaft und der Mechanisierung habe Interesse und Staunen, aber auch Mißgunst und

Neid ausgelöst. Der demokratische Aufbau gestatte jedoch ein Höchstmaß an Mitbestimmung, wenn die Mitglieder wollen und ihre Chancen nützen. Der Obmann bedauerte, daß bei Generalversammlungen und auch in Aufsichtsräten berechtigte Fragen nicht gestellt werden, weil es die Angst vor der Blamage gibt.

★★★

„Im Kreuzfeuer der Öffentlichkeit“ nennt sich ein Videofilm, den Ing. Franz Großschädl vom Steirischen Bauernbund zu den brisanten Themen des agrarischen Genossenschaftswesens gedreht hat.

Der Streifen fand auch in der großen Debatte Experten — Journalisten ein gutes Echo. Diskussionsleiter Helmut Pieber: „Auf die offene Diskussion über die heißen Eisen des Genossenschaftswesens dürfen wir stolz sein.“ Trotz aller Kritik an Gigantomanie, Unüberschaubarkeit und Bürokratie kamen die Vertreter der „Familie Raiffeisen“ recht gut weg. Dennoch werden sich die Spitzenleute um die Erarbeitung einer neuen „Programmatik“ kümmern müssen, soll die Unsicherheit, die weite Kreise erfaßte, einem festen Blick in die Zukunft weichen.

Max Mayr



Mit Anerkennung sei vermerkt, daß sich das Landestudio Steiermark des ORF um eine ausführliche Berichterstattung über die „Agrarpolitischen Tage“ bzw. über die Probleme des ländlichen Genossenschaftswesens angenommen hat.

Steirerkrone

Bauern: Unbehagen an grünen Riesen

Mit der zunehmenden Gigantomanie, Unüberschaubarkeit und Bürokratie der Genossenschaften beschäftigte sich ein Seminar des Steirischen Bauernbundes. Wichtige Aussagen: Es müsse zu einer Neuformulierung des Förderungsauftrages kommen, einer verstärkten Information der Mitglieder über die wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Zum Durchsetzen auf internationalen Märkten seien aber gewisse Betriebsgrößen erforderlich.

IM KREUZFEUER



Obere Reihe. Von l. n. r.: Helmut Grieß, Gerfried Sperl, Jürgen Lehner, Max Mayr und Klaus Edlinger.
Untere Reihe: Simon Koiner, Reinhart Rausch, Helmut Pieber und Josef Pichler.

Bei der Journalistendiskussion erklärte Chefredakteurstellvertreter Helmut Grieß, man habe im Film die sehr schöne Formulierung gehört, daß im Genossenschaftswesen Geld, Ware und Verwertung in einer Hand sind. Man könnte auch der Meinung sein, daß aus der einstigen Selbsthilfeorganisation inzwischen ein Superkombinat geworden ist, das eine Aufgabe nach der anderen an sich zieht. Klaus Edlinger vom ORF-Landesstudio Steiermark stellte die Frage, ob die Genossenschaften noch immer — und im nötigen Ausmaß — Bauernparlamente im kleinen sind. Er fragte weiter, ob nicht manche Genossenschaft einen neuen Funktionärtyp erzielt. Spezialisten sind zwar gefragt, doch stellt sich auch das Problem, wie weit sich die Bauern einer „Herrschaft der Wissenden“ ausliefern sollen.

Auf den geplanten Kauf des Grazer Schlachthofes durch die Agrosserta verwies Max Mayr von der „Kleinen Zeitung“. Er erklärte, es sei eine Diskrepanz, auf der einen Seite den „Grünen Riesen“ zu kritisieren und dann jeweils nach dem Riesen zu rufen, wenn gerade eine kleinere Genossenschaft „kracht“ oder jemand im einem Dilemma steckt. Ein typisches Beispiel:

Die Stadt Graz ist in solchen Finanznöten, daß sie ihren Schlachthof weder betreiben noch modernisieren kann — als Käufer oder Pächter soll daher die „Agrosserta“ einspringen.

Zur Bauernkritik an manchen Genossenschaften sagte Max Mayr, sie hänge wohl auch damit zusammen, daß die Angestellten, die Arbeiter und die Manager im Raiffeisenbereich bisher die Chance hatten, an der gesamten Aufwärtsentwicklung (Löhne, Gehälter, Sozialleistungen) zu partizipieren, der Bauer hingegen träge nach wie vor das gesamte Risiko und hat keine dynamisierten Agrarpreise.

Zur Debatte über importierte Traktoren erklärte Mayr, man sollte bei allen möglichen Gütern ein volles „Ja zu A“ sagen — das muß vom Traktor bis zum Staubsauger reichen...

Dr. Jürgen Lehner, Chefredakteurstellvertreter der „Kronenzeitung“ beschäftigte sich scherhaft mit der Tatsache, daß 24 Männer und keine einzige Frau auf der Rednerliste stehen: „Ein Teil der Familie muß ja arbeiten.“ Zum Käseexport sagte er, es habe sehr wohl eine Übereinstimmung zwischen Rechnungshof, Landwirtschaftsministerium und den Exportfirmen über die Prüfungsmodalitäten ge-

geben. Generaldirektor Pichler antwortete, wenn die Vorgangsweise für den Käseexport mit dem Landwirtschaftsminister akkordiert ist und Rechnungshof sowie Nationalbank Bescheid wissen, dann sollte das genügend moralische Absicherung für alle in Österreich sein.

Auf den scharfen Konkurrenzkampf in der Saatmaiserzeugung verwies der Chefredakteur der „Süd-Ost-Tagespost“, Dr. Gerfried Sperl. Er berichtete von der Belgradreise mit Bundeskanzler Sinowatz, bei der der Generaldirektor einer großen amerikanischen Firma — nebenbei — über den Vormarsch von US-Saatmais plauderte. Da gibt es 60 Prozent Marktanteile in Frankreich, hohe Anteile in Ungarn und auch bei uns. Die Schlußfolgerung Sperls: Kann man daraus nicht die Angst ableiten, daß es unseren Genossenschaften so geht wie den Kleinbauern — daß man also eine bestimmte Betriebsgröße haben muß, um sich auf dem Markt zu behaupten.

Obmann Ök.-Rat Simon Koiner meinte zu dieser Einengung von Möglichkeiten, daß es leider nicht nur um den Saatmais geht, auch die Soja-Lobby und die Margarinehersteller üben entsprechende Macht aus.



MITGLIEDERINTERESSE UND GESCHÄFTSERFOLG



12 **D**ie ländlichen Genossenschaften in Österreich sind nach Anzahl, Mitgliederbestand, Geschäftsvolumen und Marktanteil ein ganz wesentlicher Faktor der gesamten Wirtschaft. Wenn wir noch einmal den Bericht von Anwalt Dr. Klaufs auf dem letzten Raiffeisentag einsehen, dann finden wir dort, daß in Österreich 2.240 private Einzelgenossenschaften tätig sind mit 2 Mio Mitgliedern; d.h. z.B., daß jeder zweite Österreicher bei Raiffeisen spart. Wir wissen ferner, daß die Raiffeisen-Lagerhäuser zwei Drittel der gesamten Getreideernte abnehmen und daß die Molkereien und Käsereien in Ihrem schönen Lande fast 90% der angelieferten Milch verarbeiten.

Im Kreditgewerbe, das nach der Umstellung und in Auswirkung des Gesetzes von 1979 seine neue Struktur gefunden hat, haben die Raiffeisenbanken eine hervorragende Position: die Bilanzsumme hat sich im vergangenen Jahr um 13,3% erhöht, der Anteil am Gesamtvolumen des gesamten österreichischen Kreditapparates ist mit 18,6% angegeben, die Einlagen sind stärker gestiegen als im durchschnittlichen Bankwesen, der Geldsektor hat mit 21,3% einen erheblichen Marktanteil am Gesamteinlagenbestand; die Bauspareinlagen weisen einen Marktanteil von 35%, das Kreditvolumen einen solchen von 17% auf. Wenn Sie nach den Finanzierungen fragen, finden Sie Raiffeisen an der Finanzierung der Landwirtschaft und der Forstwirt-

schaft mit 67,2% beteiligt, am Fremdenverkehr mit rd. 30% und an der gewerblichen Wirtschaft mit 28,9%. Von der Getreideernte, die 1982 ganz besonders großartig war, — glücklicherweise, nachdem sich das Realeinkommen der Bauern in den letzten 6 Jahren viermal vermindert hat, — wurde ein Drittel durch Raiffeisen vermarktet. Am Weinexport bei einer hervorragenden Weinernte (36% höher als im Vorjahr) haben die Raiffeisengenossenschaften 25% Anteil. Die Arbeitsplätze haben sich um über 1.200 erhöht bei etwa 48.000 im ganzen (vor allen Dingen auch in strukturschwachen Gebieten Österreichs) und mit 4 Milliarden Schilling Investitionsvolumen waren die Genossenschaften einer der größten Auftraggeber der gewerblichen Wirtschaft Österreichs.

Meine Damen und Herren, diese Zahlen beweisen zur Genüge, daß der Geschäftserfolg vorhanden ist. Ich brauche ihn nicht weiter zu erläutern. Wie steht es aber mit der Frage, ob dieser Geschäftserfolg auch die Mitgliederinteressen widerspiegelt? In der Bundesrepublik Deutschland haben die Raiffeisengenossenschaften ähnlich positive Zahlen aufzuweisen und doch finden wir eine z.T. sehr pointiert vorgetragene Kritik, auch in Zeitschriften und Veröffentlichungen, die besagt, die Genossenschaften, die ursprünglich Kinder der Not waren und sich auch als solche verstanden, hätten sich zu einem mächtigen Konzern entwickelt, der sich in einer ordnungspolitisch bedenklichen Weise in der Wirtschaft betätige, und bei dem die einzelnen Genossenschaften, die angeblich auf Selbsthilfe beruhen, von oben gesteuert würden. Der Gesamtapparat sei, so sagen die Kritiker, nur noch auf Markterfolg und auf Gewinnerzielung bzw. Ertragserzielung ausgerichtet, von der Förderung der Mitglieder sei zwar noch die Rede, aber man müsse das sehr bezweifeln.

Konsequenzen der Größenentwicklung

Gegenüber solchen Aussagen müssen wir fragen, wie steht es damit? Ist da etwas Wahres dran? Die angesprochenen Probleme resultieren offensichtlich aus dem Wachstum und dem bedeutenden Entwicklungsstand der ländlichen Genossenschaften in modernen Industrieländern, so auch in

Österreich, sowie aus den Rückwirkungen auf ihre, wie wir das heute nennen „Unternehmensphilosophie“, auf ihr Selbstverständnis. Ein alter Volkspruch besagt: „Wer hoch steigt, kann tief fallen!“ Das gilt auch für die Genossenschaftsorganisation. Wachstum und Unternehmensgröße verursachen zunehmend erhöhte Risiken. Diese Risiken ergeben sich aus dem nationalen und internationalen Wettbewerb. Wettbewerb bedeutet immer auch Anpassung; Anpassung an das, was läuft, was andere tun, was Größere tun. Und zwar Anpassung in den Leistungsarten, in der Qualität dessen, was geboten wird, wie auch in den Konditionen. Das gilt nun natürlich in erster Linie auf der Ebene der zentralen Geschäftsanstalten und Verbundunternehmen. Aber es gilt auch — aufgrund der Integration des gesamten Raiffeisenverbundes — bis hinunter zu den Primärgenossenschaften. Die Frage muß sich also stellen — wie können die Genossenschaften den veränderten Anforderungen in ihrer ökonomischen Umwelt, in der gesamtwirtschaftlichen Einordnung, in der sie stehen, gerecht werden. Da geht es nicht nur um den Nachfrageverbund, um „gegengewichtige“ Positionsbildungen am Markt oder um Bildung von ausreichendem Kapital- und Finanzvolumen; es geht ganz besonders und in erster Linie um die Qualität der Leitung, der Geschäftsführung. Insofern haben in der Tat die betriebsfunktionalen Entwicklungen bei derartigen Wachstumserscheinungen ihre ganz deutlichen Konsequenzen in der Struktur des Verbundes und insbesondere im Personalbereich.

Die Genossenschaften brauchen Leute, die nicht nur ihr Handwerk verstehen als gute Kaufleute, sondern die auch Experten sind in Fragen der Markteroberung, im Überleben im Wettbewerb. Damit resultiert aus dieser positiven Wachstumsentwicklung ein neues Element in der genossenschaftlichen Wirtschaft, ein neues Element im personellen Bereich, das oft auch schlagwortig angesprochen wird, es ist der „Genossenschaftsmanager“. Im Bankenbereich spricht man auch vom „Volksbanker“ (in einer eigentümlichen Kombination des Wortes Volksbank mit dem englischen „banker“!). Auch dieser „Genossenschaftsmanager“ muß ja nach dem Gesetz Mitglied sein; aber dennoch hat er eine etwas andere Qualität als der sonst einfach aus dem Kreise der Mitglieder gewählte Vorstand.

Der Genossenschaftsmanager ist eben ein „Professional“. Er ist jemand, der eine bestimmte Technik beherrscht, der Führungsverhalten erlernt hat, egal ob theoretisch oder praktisch, und der es mit seinesgleichen zu tun hat, wenn er im Wettbewerb die Genossenschaft behaupten will. Hier in diesem Wettbe-

werb, in dieser ökonomischen Umwelt, erlebt er seine Belastungen und hat er infolgedessen auch seine Erfolgsleb- nisse; und diese Erfolgsleb- nisse werden gemessen an Resultaten des Marktprozesses, d.h. solchen, die auch seinen nichtgenossenschaftlichen Wettbewerben verständlich sind. So ergibt sich eine eigentümliche Erschei- nung, daß nämlich aus dem Wettbe- werb der verschiedenen Unterneh- mungsarten, darunter auch den Genos- senschaften, ein persönlicher Wettbe- werb der Führungskräfte wird. Das ist soweit ganz in Ordnung; es ist sogar notwendig, denn es motiviert, es stimuliert und es sorgt dafür, daß die richtigen Leute — auch bei den Genos- senschaften — am richtigen Platze sind. Aber es kann daraus natürlich auch jene ganz ausschließliche Markt- orientierung entstehen, die in der wis- senschaftlichen Literatur (z.B. von Erik Boettcher u.a.) als die typische Managermentalität, das „Managerver- halten“ im Genossenschaftsbereich, kritisiert wird. Hier zeigt sich in der Tat die Gefahr, daß der Geschäftser- folg, von dem ich oben sprach, von den Mitgliederinteressen weggeführt, daß er zu einer einseitigen Marktorientierung der Geschäftsführung, auch in den Genossenschaften, drängt. Da sage- gen allerdings wieder andere, muß man nicht den Geschäftserfolg eigentlich auch als den besten Maßstab für den Erfolg im Sinne der Mitglieder ansehen, die ja an diesen Geschäften parti- zipieren? Ist nicht der Geschäftserfolg, so fragen sie, der beste Maßstab auch für die Förderung der Mitglieder mit- tels dieser Geschäftstätigkeit, also für die Erfüllung des „Förderungsauftra- ges“?

Was bedeutet der Förderungs- auftrag?

Meine Damen und Herren, diesen Punkt müssen wir etwas genauer be- trachten; dazu müssen wir zunächst die Frage stellen: „Wie steht es eigentlich mit dem sogenannten Förderungsauf- trag bei den Genossenschaften?“ In der wissenschaftlichen Welt gibt es durchaus kritische Stimmen, die sagen, der Förderungsauftrag sei eine „Leer- formel“, er könne garnichts Konkretes besagen. Wenn das so wäre, dann wäre der Förderungsauftrag sozusagen nur ein Public-Relations-Merkmal, ein Schlagwort, das nichts anderes besagt, als daß die Führungskräfte auch in den Genossenschaften die Aufgabe hätten, den marktmäßigen Geschäftserfolg zu maximieren. Das sei dann „Förde- rungsauftrag“.

Nun, meine Damen und Herren, im Falle einer solchen Fragestellung sollte man sich immer erst an den Quellen orientieren. Und die wichtigste Quelle ist natürlich das Genossenschaftsge-

setz. Im österreichischen Genos- senschaftsgesetz vom 9. 4. 1873 (in der Fassung vom 23. 1. 1974) heißt es:

„Dieses Gesetz gilt für Vereine von nicht geschlossener Mitgliederzahl, die im wesentlichen der Förderung des Er- werbs oder der Wirtschaft ihrer Mit- glieder dienen (Genossenschaften)“.

Wichtig ist die Formulierung „...im wesentlichen der Förderung... dienen“. Im deutschen Genos- senschaftsgesetz heißt es noch präziser: „Gesellschaften von nicht geschlos- sener Mitgliederzahl, die die Förderung der Wirtschaft und des Erwerbs ihrer Mitglieder bezeichnen...“. Dies als alleinige und eindeutige Aufgabenstel- lung. Das ist jedoch kein großer Unter- schied.

Wenn wir uns nun fragen, was damit gemeint ist, dann ist interessant, daß wir hier noch zusätzlich lesen, auch Be- teiligungen werden als Mittel der Förde- rung anerkannt, sobald sie „...der Erfüllung des satzungsmäßigen Zwecks der Genossenschaft und nicht überwiegend der Erzielung von Erträg- nissen der Einlage dienen“. Hier ist al- so noch etwas stärker deutlich ge- macht, daß es sich bei der Förderung der Mitglieder um etwas ganz Spezifi- sches handeln soll. In der Auseinander- setzung darüber, ob dieser Förde- rungsauftrag nun nur ein normaler Auftrag zu erfolgreicher Geschäftsführ-ung im Marktgeschehen sei oder ob er darüber hinausgehe, wird vielfach von den Vorständen der verschiedenen Genossenschaften die Auffassung vertre- ten, der Förderungsauftrag sei zwar ein weitergehender Auftrag, aber wie weit er gehe, das könne nur der Exper- te entscheiden. Man meint, der Gesetz- geber gebe hier sozusagen dem Vor- stand in seiner Expertenposition den Auftrag, nach seinem Dafürhalten maxi- mal die Mitglieder zu fördern. Das ist die herkömmliche Auslegung des sogenannten „gesetzlichen“ Förde- rungsauftrages.

Meine Damen und Herren, das klingt zunächst ganz plausibel. Aber wenn man ganz genau hinschaut, würde das bedeuten, daß der Vorstand der Genossenschaft beispielsweise auch dann, wenn er anderer Meinung ist als die Mitglieder, sich auf seine Sachkenntnis berufen und sagen könnte: „Ich weiß besser als ihr, was der Gesetzgeber mir mit diesem Förderungsauftrag aufge- geben hat.“ Diese Interpretation ist nun sicherlich nicht zutreffend, denn dieses Gesetz gilt für „Vereine“ von nicht geschlossener Mitgliederzahl. Und „Gesellschaft“ ist in der Rechts- sprache nicht die Firma oder Betriebs- komplex, sondern „Gesellschaft“ ist nur die Gesamtheit der Gesellschafter, der Personen, die die Gesellschaft bilden. Somit wird ganz deutlich, was der Gesetzgeber meint, nämlich: Wenn ei- ne Personennehrheit sich dazu zusam- menfindet, um die eigenen Mitglieder

durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern, dann liegt die Vor- aussetzung vor, daß sie den Rechtstyp der „eingetragenen Genosschen- den“ benutzen darf. Leute mit anderen Absichten müssen die GmbH wählen, oder die AG oder eine andere Gesell- schaftsform, aber nicht die eingetra- gene Genossenschaft.

Damit wird nun ganz deutlich, daß es einen Förderungsauftrag im Sinne ei- nes vom Gesetzgeber **inhaltlich** for- mulierten Auftrages nicht gibt; es gibt vielmehr nur einen gesetzlich festge- schriebenen Förderungsauftrag der **Mitgliedergruppen** selbst an den Ge- nossenschaftsbetrieb, die einzelnen Mitglieder zu fördern. Jetzt sehen Sie den feinen Unterschied, und daraus er- gibt sich folgendes:

Es zeigen sich zwei Situationen: Die erste betrifft den Fall, daß die Mitglieder in der Tat sagen, wir wollen jeder von uns gefördert werden durch den ge- meinschaftlichen Geschäftsbetrieb; aber wir wissen ganz genau, daß wir in der heutigen Situation bei diesen kom- plizierten Marktverhältnissen (man denke nur an die Europäische Gemein- schaft und deren Auswirkungen auf den Agrarmarkt) garnicht mehr in der Lage sind, selbst die bestmöglichen Operationen zu formulieren. Deswe- gen beauftragen wir den Vorstand, das Beste für uns zu tun, und wir werden beobachten, ob es uns zusagt und was es für uns für Rückwirkungen hat.

Das ist die eine Möglichkeit und meistens beruft man sich auf sie. Aber es gibt auch die andere Möglichkeit, nämlich den Fall, daß die Mitglieder ganz genau merken: hier geschieht et- was, was wir nicht mögen, hier sind Entwicklungen in Gang gekommen, die wir nicht begrüßen; die Preise der Genossenschaften sind ja teurer als bei anderen Marktpartnern oder die Ver- waltung ist zu umständlich geworden. Wenn wir selber eine Sammelbestel- lung machen (Sie kennen das aus dem Bereich der Verwertungsgeos- senschaften der Schweinezüchter usw.), dann können wir das billiger machen und dann können wir das machen, wie wir es wollen.

Hier zeigen sich Konflikte zwischen dem, was die Mitglieder wollen, den Mitgliederinteressen und dem, was der Vorstand, die Genossenschaftsmana- ger, von den Marktgegebenheiten her als die beste Möglichkeit sehen; die be- ste Möglichkeit rein ertragsmäßig oder wirtschaftlichkeitsmäßig. Da stellt sich dann die Frage, was muß nun passie- ren? Kann der Vorstand sich über die Wünsche der Mitglieder hinwegsetzen?

Das genossenschaftliche Förderungsdilemma

Wenn ein solcher Konflikt sich abzeichnet — und dafür gibt es sicher auch bei Ihnen Beispiele, über die wir nachher diskutieren können — dann ist ganz klar, daß der Vorstand sich nicht über die Kritik, die andere Meinung der Mitglieder, hinwegsetzen darf. Daraus resultiert nun ein vierter Punkt, den wir ansprechen wollen, das bekannte „genossenschaftliche **Förderungsdilemma**“. Ein Dilemma insoffern, als es zwei widersprüchliche Tendenzen zusammenbringt, nämlich auf der einen Seite das, was sich vom Markt her empfiehlt in der Anpassung an die Konkurrenz, in der Leistungsart und in der Verfahrensweise, die „Vorstandstendenz“, und auf der anderen Seite die „Mitgliedertendenzen“, die davon möglicherweise abweichen. Dieses Dilemma kann viele Erscheinungsformen haben. Es kann z.B. darauf beruhen, daß für bestimmte Dinge, die die Mitglieder gerne haben möchten und die sie von der Genossenschaft erwarten, die Betriebsgröße zu klein ist. Oder es kann daran liegen, daß die Mitglieder derartig unterschiedliche Erwartungen haben, daß die Diversifikation des Leistungsprogramms zu groß würde.

„Förderungsauftrag“ heißt natürlich, das einzelne Mitglied zu fördern. Aber man kann diese Einzelmitgliedsförderung nicht maximieren, weil dann natürlich eine viel zu große Diffusion in das ganze Leistungsprogramm hineinkäme. Auch dazu gibt es schon sehr interessante neuere Untersuchungen. Es gibt Möglichkeiten der Mitgliedersegmentierung nach der Verfahrensweise der Marktsegmentierung, über die moderne Literatur vorliegt (z.B. ein Buch von Erich Bauer). Diese Verfahrensweise kann man in den Genossenschaften beispielsweise einsetzen, um „Mitgliedersegmente“ zu identifizieren, um also zu einem Kompromiß zu kommen zwischen dem Wunsch der Mitglieder nach höchstmöglicher Individualisierung der Förderungsleistung und auf der anderen Seite dem betriebswirtschaftlich bedingten Wunsch des Managements nach einer Unifizierung der Förderungsleistung.

Ein anderer Ausdruck dieses genossenschaftlichen Förderungsdilemmas ist die Erscheinung, daß die Mitglieder unterschiedlich **intensive** Förderung erwarten, daß es also Mitglieder gibt, die sehr viel von der Genossenschaft haben wollen, die aber trotzdem nicht bereit sind, mehr zu zahlen, mehr beizutragen, mehr mitzuwirken als die anderen, die weniger erwarten. Hier ergeben sich die interessanten Fragen der Differenzierung in der Preispolitik oder auch in der Rückvergütungspolitik, soweit es eine solche gibt. Schon Reinhold Henzler hat sich mit diesen

Fragen beschäftigt. Er sprach von der „Differenzierung“ der Warenrückvergütung nach Bestellgrößen oder auch nach Leistungsarten, wie wir das ja tatsächlich auch bei Raiffeisen haben.

Unterschiedliche Strukturtypen der Genossenschaften

Nun gut, es gibt also die unterschiedlichsten Erscheinungsformen dieses Führungsproblems, und daraus haben sich natürlich auch gewisse typische Entwicklungen ergeben. Man kann geradezu von unterschiedlichen „Strukturtypen“ im Genossenschaftswesen sprechen. Das ist nun eine mehr theoretische Betrachtungsweise, die ich hier nicht allzu sehr vertiefen möchte. Ich will nur soviel sagen, daß es heute, auch in Österreich, im Bereich der ländlichen Genossenschaften ganz typische, unterschiedliche Strukturen gibt. Da ist einmal noch die ganz klassische **Traditionale Genossenschaft**, bei der die Mitglieder praktisch Sammelbestellungen institutionalisiert haben. Interessant ist, daß diese Traditionale Genossenschaft z.T. unter neuen Namen so nebenbei wieder aufkommt, z.B. in den Erzeugergemeinschaften u.ä. Diese sind ja doch im Prinzip nichts anderes als die ursprünglichen Genossenschaften, wie sie zu Raiffeisens Zeiten entstanden.

Eine zweite Erscheinung ist die sogenannte **Marktgenossenschaft**, bei der eben die Marktorientierung, vom Wettbewerb her aufgezwungen, sehr stark ist (z.B. auch im Bankenbereich) und bei der andererseits die Möglichkeit, Nichtmitglieder in die Geschäftspartnerschaft einzubeziehen, es möglich macht, sich von den Wünschen der Mitglieder teilweise zu distanzieren. Das führt natürlich zu einer Lockerung zwischen Geschäftsbetrieb und Mitgliederbetrieben. Wie weit diese Lockerung geht, ist jeweils von Fall zu Fall zu beobachten. Weil hier zwischen dem Mitglied und seinem Genossenschaftsbetrieb praktisch marktmäßige Beziehungen entstehen, spricht man hier von der „Marktgenossenschaft“.

„Abstimmung mit den Füßen“?

Meine Damen und Herren, wie sieht es nun aus, wenn von diesen verschiedenen typischen Entwicklungen her eine Konfliktsituation auftritt. Wir haben festgestellt, daß der Vorstand sich auf keinen Fall unter Berufung auf seine Sachkenntnis über die Mitgliederinteressen hinwegsetzen darf. Es gibt zwar einige Theoretiker, die meinen, daß man dieses Prinzip garnicht zu diskutieren braucht, denn wenn der Fall eintrete, würden natürlich die Mitglieder sofort austreten und somit würde sich die Genossenschaft auflösen. Daher sei das Vorhandensein der Mitglieder der

beste Beweis dafür, daß die Mitglieder alle mit dem Vorstand zufrieden sind. Nicht nur in den Entwicklungsländern, wo die Leute durch soziale Bindungen sowieso stärker im Dorf integriert sind und daher nicht einfach austreten können, sondern auch in unseren Ländern ist es so, daß die Mitglieder in dieser Beziehung recht langsam reagieren. Bis sie austreten, muß schon ziemlich viel passiert sein. In der Regel bleiben sie langfristig dabei, sie werden zwar immer passiver, beklagen sich auch ein bisschen, aber sie treten nicht aus. Die „Abstimmung mit den Füßen“, wie sie in der wissenschaftlichen Literatur beschrieben wird, findet nicht statt. Deswegen kann man sich nicht darauf verlassen; man muß schon andere Indikatoren heranziehen.

Das „Informationsgefälle“

Worum geht es nun praktisch? — Es geht um das „Informationsgefälle“ zwischen den beiden Partnern. Ein guter Vorstand wird sich sagen: „Wenn jene Mitglieder, die im Moment in der Opposition stehen, genauso wie ich die Lage übersähen, würden sie sicherlich zu dem gleichen Ergebnis kommen“. Wenn er so denkt, müßte er eigentlich die Konsequenz ziehen und eben das den Mitgliedern klarmachen. Er muß ihnen also Informationen geben.

In der Wissenschaft sprechen wir deshalb von einem „Informationsgefälle“ zwischen dem sachkundigen, branchekundigen Vorstand und den normalen Mitgliedern, z.B. landwirtschaftlichen Produzenten. Dieses Informationsgefälle muß abgebaut werden. Die Geschäftsleitung muß versuchen, die Mitglieder durch Informationen zu einer aktiven Beteiligung zu motivieren, und sie möglicherweise sogar zu einer Beteiligung an der Entscheidungsbildung heranzuziehen. Die Geschäftsleitung muß die **Partizipation** der Mitglieder suchen.

Das ist für viele ein Modewort, aber es hat in diesem Zusammenhang einen wirklichen Sinn. Die Mitglieder müssen ja am Geschehen teilhaben (partizipieren), und in diesem Sinne muß auch der Vorstand, wenn er noch so gut und sachkundig ist, sich selbst als ein „Treuhaber“ der Mitglieder verstehen.

In der Literatur wird diese Idee von der „Treuhaberhypothese“ teilweise angegriffen. Man sagt, das stimme ja gar nicht, der normale Zustand sei der des Interessenkonfliktes. Das klingt zunächst überraschend. Wenn man aber genau hinschaut, versteht man, was gemeint ist, daß nämlich die individuellen Interessen natürlich unterschiedlich verteilt sind. Das ist sicher zutreffend, aber man darf darüber nicht aus dem Auge verlieren, daß die Genossenschaft nur funktionieren kann, wenn eben diese Unterschiedlichkeit über-

wunden wird, wenn man eben zu einer gemeinsamen Zielsetzung und Zielverwirklichung kommt. Und in diesem Sinne ist die Treuhänderhypothese nicht ein analytisches Theorem der Wissenschaft, sondern ein praktisches Postulat für den täglichen Bedarf. So muß man sie verstehen, so gilt sie auch für die Genossenschaftsleitung.

Abbau des Informationsgefäßes

Von daher stellt sich nun die praktische Frage, wie die Geschäftsleitung das bestehende Informationsgefäß abbauen kann. Dazu ergeben sich eine ganze Menge Möglichkeiten:

Eine erste ist zunächst der persönliche Kontakt mit dem einzelnen Mitglied. Meine Damen und Herren, in der Bundesrepublik hat man vor 15 Jahren, wenn jemand im Kreditgewerbe von Genossenschaft sprach, freundlich lächelnd gesagt: Ach sieh an, ein „Genossenschaftler“. Heute sieht man das anders, denn inzwischen steht der genossenschaftliche Bankenverbund in der Bundesrepublik an der zweiten Stelle im Lande. Jeder macht sich da seine Gedanken; und wenn wir uns fragen: wie konnte das überhaupt geschehen, denn die anderen, z.B. die Großbanken, haben schließlich auch gute Betriebswirte und erfahrene Banker, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß dies ausschließlich der dezentralen Entscheidungsstruktur der Genossenschaften zu verdanken ist. Ich weiß es aus persönlichen Gesprächen, daß mittelständische Unternehmer, die vorher bei anderen Banken Kredite hatten, zu uns gekommen sind, weil sie sagen, hier kann ich jede Einzelfrage mit dem Vorstand selbst besprechen, und ich weiß, was der entscheidet, das gilt. Da braucht er niemand mehr zu fragen. Diese dezentrale Struktur ist von ganz enormem Wert und das bedeutet: der persönliche Kontakt mit dem einzelnen Mitglied ist ein besonderes Aktivum der Genossenschaft.

Ein **zweiter Punkt** beim Abbau des Informationsgefäßes sind die gemeinsamen Sitzungen mit dem Aufsichtsrat. Es ist auch im Genossenschaftsgesetz vorgesehen, daß der Aufsichtsrat mit dem Vorstand zu bestimmten Punkten gemeinsame Sitzungen abhält, über die beide gemeinsam beraten, aber getrennt entscheiden.

Aber auch dazu muß man ein paar Anmerkungen machen: Es gibt immer wieder Aufsichtsräte, die sich garnicht darüber klar sind, was sie eigentlich für eine Aufgabe haben. Das hängt z.T. damit zusammen, daß die Genossenschaftsvorstände in ihrem eigenen Lebensbereich — das muß man ganz unbefangen sehen — natürlich besonders geachtete Leute sind, und wenn jetzt ein normales Mitglied plötzlich aufgefordert wird, sich in den Aufsichtsrat wählen zu lassen, dann fühlt

es sich geradezu geehrt, daß es nun mit diesen einflußreichen Männern an einem Tisch sitzen darf. Es ist dann weit davon entfernt zu sagen: „Was Sie hier vorhaben, das finde ich nicht gut; wir sollten das anders machen, denn ich weiß, daß auch die Mitglieder so denken.“

Meine Damen und Herren, im Gesetz steht eindeutig, der Aufsichtsrat kontrolliert den Vorstand. D.h. nicht, daß man sich streitet; man kann auch befreundet sein. Aber man darf als Aufsichtsrat nicht vergessen, daß man den Vorstand zu kontrollieren hat. Daraus muß sich eine zweiseitige Kommunikation ergeben. Nun, ich sage Ihnen damit nichts Neues, aber dies gerät doch manchmal in Vergessenheit.

Ein **dritter Punkt**: Hier habe ich ein Buch liegen von Dr. Ringle, Universität Hamburg¹⁾. Er hat darin interessante Gedanken darüber entwickelt, daß der Vorstand die sogenannten engagierten Mitglieder unmittelbar ansprechen könne. Durch Befragungen hat man festgestellt, daß sich 3 Arten von Mitgliedern unterscheiden lassen: diejenigen, die ganz engagiert sind, dann diejenigen, die gerade noch mitmachen, aber doch immerhin etwas Genossenschaftswollen, und die, die gar nicht mehr wissen, was eine Genossenschaft ist.

Nehmen wir also die erste Gruppe, die ganz engagierten Mitglieder. Das brauchen nicht die Aufsichtsräte zu sein; es kann durchaus sein, daß gerade die wichtigsten Mitglieder schon allein, weil sie so beschäftigt sind, und weil sie sich um ihren Betrieb kümmern müssen, ja kein Aufsichtsrat werden wollen. Trotzdem ist ihre Meinung von eminenter Bedeutung auch für die Meinung der anderen; sie sind „Opinion-leader“, Meinungsführer. Mit diesen Mitgliedern kann der Vorstand in unmittelbaren Kontakt treten; Ringle macht sogar den Vorschlag, sogenannte „Partizipationsorgane“ zu schaffen, also eine Art Beirat, mit dem bestimmte Projekte besprochen werden. Das braucht nicht sehr institutionalisiert zu werden. Diese Leute werden einfach angesprochen und man kann sie in die Entscheidungsvorbereitung einbeziehen. Ringle spricht von verschiedenen „Partizipationsstufen“. Er sagt, es gibt eine Vorentscheidung, eine Mitentscheidung und es gibt Zustimmung zu Entscheidungen oder Ablehnung. Darüber sollte man nachdenken.

Ein **viertes Instrument** zum Abbau des Informationsgefäßes ist die Befragung selbst. Vor fünf Jahren habe ich in einem Buch über kooperative Organisationen in Entwicklungsländern berichtet, wie wir in verschiedenen Ländern des Vorderen und Mittleren Orients und Afrikas Untersuchungen über die Einstellung der Mitglieder zu ihren Genossenschaften gemacht haben, und

daß man das vielleicht auch für europäische Länder überlegen sollte. Damals fand das wenig Gehör. Inzwischen gibt es hervorragende praktische Beispiele: z.B. Prof. Röhm in Stuttgart hat Befragungen im Kreditgenossenschaftsbereich gemacht und Prof. Weber, der hier anwesend ist, hat mit Dr. Patera im Wiener Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen Befragungen im großen Maßstab mit den technischen Mitteln der empirischen Sozialforschung durchgeführt. D.h. es wurden auf der Grundlage der Stichprobentheorie unter Benutzung entsprechender statistischer Verfahren signifikante Aussagen über Mitgliederinteressen gewonnen.

Man könnte über all diese Dinge noch sehr viel mehr sagen. Festzustellen ist jedenfalls, daß die Vorstände eine aktive Informationspolitik betreiben müssen. Dazu gehört nicht nur, daß sie Mitteilungen, Erläuterungen und Anregungen geben, sondern auch, daß sie ihr eigenes Verhalten den Mitgliedern erklären, daß sie erläutern, warum sie in bestimmter Weise verfahren und warum sie vielleicht auch anders denken als manche Mitglieder.

Der Kooperationserfolg

Was ist das, der Kooperationserfolg? Wie kann man ihn feststellen, messen und darüber berichten? — Nun, der Kooperationserfolg ist der Erfolg der Genossenschaft als kooperativer Institution. Deshalb kann er auch im Grunde nur bei denjenigen Personen oder Wirtschaftseinheiten auftreten und gemessen werden, die kooperieren, also bei den Mitgliedern. Damit kommt man wieder auf die schwierige Aufgabe der Mitgliederbefragung zurück, denn sie ist die beste Möglichkeit, den Kooperationserfolg, so wie er vom einzelnen Mitglied subjektiv empfunden wird, festzustellen.

Nun sagte ich vorher schon, die Förderung kann sich ja nicht nach jedem individuellen Wunsch richten, sondern sie muß in der Gruppe abgestimmt werden, weil das sonst viel zu teuer würde. Daher kann man auch von einem Kooperationserfolg der kooperativen Gruppe, der Genossenschaftsgruppe, sprechen. In dieser Hinsicht kann man sich in Versammlungen oder in Gruppentreffen abstimmen, und man kann es in der Generalversammlung tun.

Und schließlich ist der Kooperationserfolg auch eine Sache des gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes, des Genossenschaftsbetriebes; obwohl es nicht einfach ist, ihn dort zu ermitteln. Zwar weiß jeder kaufmännische Lehrling, daß man den Geschäftserfolg durch die Buchhaltung ermittelt. Die Frage

1) Ringle, Günther: Mitgliederaktivierung und Partizipation im modernen Primärgenossenschaften, Göttingen 1983.

ist nur, ob man auch den Kooperationserfolg — oder aus der Sicht des Genossenschaftsbetriebes: den Förderungserfolg — durch die Buchhaltung feststellen kann. Jeder der ein wenig von Buchhaltung versteht, weiß, daß das eben nicht der Fall sein kann. Denn die Buchhaltung sagt nur aus, was der Handelsgewinn ist; das steht schon im Handelsgesetz von 1861. Da werden Aufwendungen und Erträge gegenübergestellt, und man erfährt, wie das eingelegte Kapital sich verminder oder vermehrt hat. Ohne Zweifel ist das auch für Genossenschaftsbetriebe unentbehrlich. Aber es ist kein sinnvoller Ausweis des Förderungserfolges. Denn es kann ja durchaus sein, daß das monetäre Geschäftsergebnis einer Genossenschaft bewußt niedrig gehalten wird zugunsten einer nicht in der Bilanz erfaßten Förderungswirkung bei den Mitgliedern. Dafür lassen sich leicht Beispiele, auch von den Genossenschaftsbanken, anführen. Es besteht also eine gewisse Schwäche in bezug auf die Vermittlung und Berichterstattung über den Kooperationserfolg oder den Förderungserfolg. Diese Frage beschäftigt die Genossenschaften und ihre Verbände seit einiger Zeit.

Konsequenzen für das Prüfungswesen

16 Diese Überlegungen über eine Erweiterung der periodischen Berichterstattung der Genossenschaft — auch vor dem Hintergrund verstärkter gesetzlicher Anforderungen — muß zwangsläufig auch das Prüfungswesen berühren. In diesem Zusammenhang ist es von Bedeutung, daß die genossenschaftliche Pflichtprüfung, die ja älter ist als die aktienrechtliche Formalprüfung, ausdrücklich als „materielle“ Prüfung vorgeschrieben ist. Es stellt sich daher die Frage, ob und in welcher Weise im Rahmen der materiellen Prüfung auch der Förderungserfolg angesprochen und bewertet werden müsse. Dies auch im Zusammenhang mit der weitergehenden Überlegung, wie der Prüfer eine mangelnde Beurteilung des Förderungserfolges seitens des Aufsichtsrates und der Generalversammlung der einzelnen Genossenschaft bewerten solle.

Hier ergeben sich zahlreiche neue und schwierige Probleme für die genossenschaftliche Abschlußprüfung; und dies ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, in dem von anderer Seite die Autonomie dieser Prüfung in Frage gestellt wird und die Tendenz deutlich ist, die genossenschaftliche Pflichtprüfung mehr oder weniger in der aktienrechtlichen Abschlußprüfung aufzugehen zu lassen. Im Rahmen dieses Beitrages ist es leider nicht möglich, auf Einzelheiten einzugehen. Interessant ist die Beob-

achtung, daß in einzelnen Prüfungsverbänden schon satzungsmäßige Vorschriften hinsichtlich der Stellungnahme zum Förderungserfolg auftreten. Ob auch der Bestätigungsvermerk in diesem Zusammenhang ergänzt werden muß, ist eine Frage, mit der sich möglicherweise zukünftige Prüfungsbüros beschäftigen müssen.

Zusammenfassung

Wenn wir zu unserem Ausgangsthema ein Fazit ziehen wollen, mündet es in die Frage der Mitgliederpartizipation. Über Partizipation wird heute viel geredet; darüber sollte nicht vergessen werden, daß die Genossenschaften schon immer Partizipation hatten, auch wenn sie dieses Wort nie erwähnten. Schon immer ging es darum, daß die Mitglieder im Vordergrund stehend, daß sie an der Zielformulierung beteiligt werden, daß sie bei der Zielverfolgung mitmachen, daß sie schwierige Situationen gemeinsam bewältigen und schließlich auch sich einer organisationsinternen Selbstkontrolle unterwerfen. Diese altbekannten Elemente sollten im Rahmen aktueller Diskussionen in ihrer Bedeutung erkannt werden. Es geht nicht darum, im Rahmen der gegenwärtigen Nostalgiewelle historische Ideen aufzuwärmen; es geht vielmehr darum, das, was zum Erfolg geführt hat, weil es richtig war, in einer

modernen Form weiterzuführen. Über den eindrucksvollen Größenordnungen der heutigen Genossenschaften und ihres Geschäftserfolges darf man nicht den Blick für das Wesentliche verlieren, möglicherweise in der Tendenz, andere nachzuahmen. Es könnte einem dann leicht passieren — was in der Politik häufig vorkommt — daß dieses Wesentliche dann von anderen ganz naiv wieder aufgenommen und als sogenannte „Alternative“ präsentiert wird; das, was man ursprünglich als den Kern der eigenen Idee angesehen hatte.

Wenn so etwas teilweise geschieht, dann ist es offensichtlich Ausdruck des Unmutes von Mitgliedern, die ihre Interessen nicht richtig gewahrt sahen; vielleicht einfach deshalb, weil das Informationsgefälle zu groß war. Deswegen geht es in erster Linie darum, die interne Kommunikation zu verbessern unter Benutzung aller sozialen und technischen Mittel, die uns die Gegenwart bietet. Dazu gehört auch die moderne Datenverarbeitung, über deren Möglichkeiten ein weiteres Referat gehalten werden könnte. Mit diesen modernen Mitteln muß das erhalten und präzisiert werden, was wir „Förderung der Mitglieder“ nennen. Denn, daß die Mitglieder diese Förderung nach wie vor nötig haben, das wird daran deutlich, daß in den letzten 6 Jahren das Realeinkommen der Landwirtschaft in Österreich viermal gesunken ist.



Interessierte Zuhörer: Hans Zebinger, Alois Gölls und Wilhelm Weber

ANREGUNGEN — VORSCHLÄGE

Der zweite Tag brachte eine intensive Diskussion in den Arbeitskreisen, die sich mit „Demokratie in den Genossenschaften“ — „Aufgaben der Mitglieder“ — „Anforderungen und Erwartungen“ und „Neue Aufgabenbereiche“ beschäftigten. In den vier Gruppen spielten die Bildungsfragen und die Hinwendung zur Basis eine Hauptrolle. Hier einige der Anregungen, die wir allen Entscheidungsträgern sehr ans Herz legen.

In den Sprengelversammlungen sollen die Delegierten geheim, also mit Stimmzettel, gewählt werden. Durch solche Urabstimmung ließe sich Midenken und Mitverantworten wohl am besten erreichen. Sie sind das Salz der Demokratie!

Alle zwei Monate ein Funktionärssprechtag. Das könnte eine feste Brücke zwischen Mitglied und Funktionär ergeben: Vertrauen schaffen!

In die Genossenschaften sollten mehr Jugendliche und mehr Frauen gewählt werden. Eine ausgewogene Altersstruktur sichert — auch in anderen Lebensbereichen — den kontinuierlichen Erfolg. Die Altersklausel beträgt 70 Jahre.

Ein wichtiger Grundsatz: Die besten Leute in die richtigen Funktionen!

Es darf weder eine bequeme Geschäftsführung noch eine bequeme Funktionärsschicht geben. Eine angemessene Arbeitsteilung ist umso dringender, je rascher ein Betrieb wächst. Bei größeren Einheiten könnte man z. B. an Bereichsfunktionäre denken — etwa für Obst, Gemüse, Fleisch etc.

Für die leitenden Mitarbeiter im Genossenschaftswesen sind drei „Tugenden“ unerlässlich: Vertrauenswürdig, sachkundig, gesprächsbereit.

Perspektiven für das gute Verhältnis Management — Funktionäre — Mitglieder:

- Wünsche der Basis aufgreifen.
- Vorschläge prüfen und bei Annahme oder Ablehnung eine ordentliche Begründung geben.
- Gegenüber uninformeden (fragenden) Mitgliedern nicht mit überheblich dargebrachtem Wissen brillieren.
- Den sprichwörtlichen österreichischen Charme (auch!) im Genossenschaftswesen pflegen.
- Verantwortung so breit wie nur möglich streuen.
- Einen Bildungspaß für Funktionäre einführen.
- Mitgliederrabatt gewähren oder Vergünstigungen schaffen; beim Konsum gibt es durch eine gesetzliche Sonderregelung eine Gewinnausschüttung von drei Prozent. Deshalb Gleichstellung aller Genossenschaften!
- Bessere Aufklärung der Bauern über größere Projekte von Genossenschaften.
- Stärkeres Einsteigen in die Veredelung und Vermarktung, damit die Landwirtschaft nicht noch weiter zum Rohstoffproduzenten absinkt.
- Mit Weitblick und Klugheit handeln. Wer ständig im Großmarkt einkauft kann nicht verlangen, daß seine Kinder dann bei der Genossenschaft Arbeitsplätze finden...
- Information der gesamten Bevölkerung über das Wirken der Genossenschaften auch über die Arbeitsplatzsicherung durch den Raiffeisenbereich.
- Engere Zusammenarbeit mit dem Kleinhandel — der „Kaufmann um die Ecke“ wird dann eher heimisches Obst und Gemüse anbieten als importierte Ware.



Die Moderatoren der Arbeitskreise. Von l. n.: Herbert Steinwender, Hubert Vorraber, Franz Großschädl und Heiner Herzog. Es kamen viele wertvolle Anregungen und Vorschläge

NEUE WEGE AN BEISPIELEN

Franz Hirschmugl: Am Beispiel Weinbaurung

Bitte erwarten Sie kein ins Detail gehendes Referat über den jungen Weinbaurung, wir sind erst 50 Tage alt und können über unsere Tätigkeit außer einer Vorstandssitzung, Aussendung der Erhebungsformulare für 1984 noch keine direkte Arbeit aufweisen, indirekt werden natürlich alle Möglichkeiten zur Aktivierung und zur Erreichung unserer Ziele aufgegriffen. Außerdem möchte ich vorausschicken, daß ich keine besondere Redegegenheit besitze, sondern mehr mit den Taten vertraut bin.

Trotzdem will ich versuchen, einen Einblick zu geben in unsere Vorstellungen und Zielsetzungen, die damit verbundenen Schwierigkeiten, Sie vertraut machen mit unseren Arbeiten und Aufgaben und auch der Hoffnung Ausdruck zu geben, den damit verbundenen Erfolg zu erreichen.

Dabei darf ich anfangs kurz zurückblenden und Sie mit einigen Zahlen vertraut machen, die sich zwar auf den gesamten österreichischen Weinbau beziehen, aber trotzdem für die Steiermark von großer Bedeutung sind.

18 Erntemenge 1959	727.952 hl
Erntemenge 1960	897.487 hl
	(schwache Jahrgänge)
Erntemenge 1972	2.595.615 hl
Erntemenge 1982	4.905.651 hl
	(starker Jahrgang)

Verbrauch pro Kopf und Jahr	
1958	17,61
1970	35,91
1982	34,91

Gesamtfläche Österreichs 1969:

46.371 ha,
Steiermark 2.300 ha

Gesamtfläche Österreichs 1982:
63.500 ha,
Steiermark 2.600 ha

Sie sehen daraus, daß die Fläche in der Steiermark nur eine Zunahme von ca. 500 ha oder in Prozenten ausgedrückt ca. 22 % beträgt. Im gesamten Österreich hat aber der Weinbau trotz Ländervertrag und Aussetzungsverbot in den letzten 12 Jahren 37% zugenommen. Sie sehen, auch hier sind Lücken im Gesetz.

Nun aber zur Steiermark:
Der Tiefstand der steierm. Rebfläche war 1963 mit einer Fläche von 1.963 ha entstanden, durch Umstellung, schlechte Vermarktungslage usw.

Waren es 1949 11.606 Weinbaubetriebe in der Steiermark mit einer Durchschnittsfläche von 0,22 ha, so sind es 1983 nur mehr 3.942 Weinbaubetriebe mit einer Durchschnittsfläche von 0,66 ha.

Nun zum Bezirk Leibnitz, der Bezirk des südsteirischen Traubenberges:
Das südsteirische Grenzland, geprägt durch den Weinbau, stellt wohl ein einmaliges Bild dar, welches seinesgleichen in Österreich kaum wieder zu finden ist.

Diese Landschaft bildet die Grundlage für den Fremdenverkehr in dieser Region und macht es notwendig, daß sie in ihrer derzeitigen Form erhalten und gepflegt wird.

Um dies aber weiter zu gewährleisten ist es notwendig, den ca. 1.400 Weinbauern, die eine Weingartenfläche von ca. 1.500 ha bearbeiten, ihre Existenz zu sichern.

Ein paar Zahlen zur Betriebsgröße zeigen die Problematik:

48% der Betriebe haben nur eine Fläche bis zu 0,5 ha,

22% der Betriebe haben eine Fläche von 0,5 ha bis 1 ha,
17% der Betriebe bewirtschaften eine Fläche von 1 bis 2 ha und nur 7% der Betriebe haben eine Fläche von 3 bis 10 ha.

Es ist daher von großer Notwendigkeit, und gerade im Grenzraum, den bäuerlichen Familienbetrieb als Arbeitsplatz zu erhalten, um nicht noch mehr Druck auf die Arbeitsplätze in den Ballungszentren auszuüben.

Sie können mir glauben, würde es so weit kommen, daß der Weinbauer seinen Betrieb verlassen müßte, er würde Arbeit finden, denn bei ihm ist die Schwerarbeit zur Tagesordnung geworden und er ist die harte Arbeit gewöhnt und die 40-Stunden-Woche nur ein Märchen.

Der gesamte steirische Weinbau hat heute am österreichischen Weinmarkt einen Anteil von ca. 4,5%, ein sicherlich sehr geringer Prozentsatz, der aber für viele bäuerlichen Familien eine Existenzgrundlage darstellt.

Um diese Grundlagen zu erhalten und zu verbessern, ist es notwendig, neue Wege zu gehen und dieser neue Weg ist eben der südsteirische Weinbaurung. Unter der Führung der Bezirkskammer Leibnitz, der Weinbauabteilung und der Proponenten entschloß man sich zur Gründung des „Südsteirischen Weinbauringes Leibnitz“.

Wie schon gesagt, es geht um den kleinbäuerlichen Familienbetrieb, um den Fremdenverkehr, ja um die ganze Region.

Und gerade der kleinbäuerliche Weinbauer, der gezwungen ist, seine Trauben zu verkaufen, oder seinen Fälfen an den Mann zu bringen, hat unter der Preisentwicklung der letzten Jahre am



Bäuerliche Gemeinschaft kennt viele Formen. Darüber berichteten Rudolf Schriebl, August Jost, Josef Tropper und Franz Hirschmugl. Neue Wege wurden aus der Praxis aufgezeigt und diskutiert.

Trauben- und Weinmarkt, wo die großen anderen weinbautreibenden Bundesländer infolge ihrer Überproduktion Preise gedrückt haben, am meisten gelitten. Es hätte nur mehr eine Frage der Zeit sein können, bis dieser Weinbauer resigniert und seinen Weinbau aufgibt.

Ausgelöst wurde dieser Preisverfall des steirischen Produktes (Trauben oder Wein) durch das Versagen von Weinhandelsbetrieben, durch das Versagen der Genossenschaften, durch einige Selbstvermarkter und leider Gottes auch durch das Versagen oder besser gesagt, der charakterlosen Einstellung einiger Weinbauer, die ihre Zukaufmenge an Trauben billigst im Burgenland usw. kauften und die steirischen Trauben nur dann in Anspruch nahmen, wenn sie billig genug angeboten wurden.

Man muß dazu aber noch mit aller Deutlichkeit sagen, daß der steirische Wein seinesgleichen auf der ganzen Welt nicht findet und daß die Vielfalt der Sorten und die Lebendigkeit, verbunden mit aromatischer Säure und Frische den steirischen Wein prägt. Diese Besonderheit des steirischen Weines hervorzuheben und weiter auszubauen und in der Bewußtseinsbildung des Konsumenten einzuprägen, ist Hauptaufgabe des „Südsteirischen Weinbauringen“.

Warum sollen wir in der Steiermark nicht solche Preise erzielen, z. B. wie in der Wachau, in Gumpoldskirchen oder in Rust. Der steirische Wein ist eine Rarität und Spezialität. Die Qualität wird und soll das Schlüsselwort in der Steiermark sein.

Für uns und vor allem im südsteirischen Weinbauringen soll nur der Preis der Steiermark gelten, der gerechte und kostendeckende Preis. Welche Preise in anderen weinbautreibenden Bundesländern gelten, sollen und müssen für uns ohne Bedeutung sein. Unser Leitsatz soll sein: Rarität und Spezialität müssen einen gerechten Preis erzielen, um überleben zu können.

Für uns gibt es keine Möglichkeit der Rationalisierung mehr, der jetzige Stand der Maschinen-Einsätze am Steilhang kann nicht mehr oder nur kaum mehr verbessert werden. Die Maschinen des Bergweinbaus, soweit sie überhaupt eingesetzt werden können, sind 1. verburden mit hohen Anschaffungskosten und 2. durch den Extreimeinsatz auch sehr anfällig für Reparaturen.

Im Burgenland und im Flachland von Niederösterreich ist die Entwicklung der Erntemaschine nicht mehr aufzuhalten, was einer weiteren Produktionskostensenkung gleichkommt. Entscheidend ist auch die Höhe der Erträge, die in manchen Gebieten und bei manchen Sorten das 4-fache dem der unsrigen Ernte erreichen.

Wir können auf keinen Fall auf eine

Produktionssteigerung ausweichen, weil zum ersten auf unseren Steilhängen und ausgemergelten Böden es nicht möglich ist, mehr Erträge zu erzielen. Wo aber die Möglichkeit bestünde, auf Grund der Bodenvoraussetzung müssen wir bei einigen Sorten da und dort Eingriffe bei Schnitt und Laubarbeit machen, um durch Herabsetzung des Ertrages eine höhere Qualität zu erzielen.

Zurückkommend auf die trockenen, ausgemergelten Steilhänge: Würde hier der Weinbau nicht mehr sein, eine Versteppung, Verkarstung und Verödung die Folge wäre, weil hier wächst kein Wald und auch nichts anderes. Somit würde diese herrliche Gegend zum Tode verurteilt sein.

All diese hier aufgezeigten Erschwerisse und Tatsachen über den steirischen Weinbau haben die Gründung dieses Ringes notwendig gemacht und auch andere steirermärkische Weinbaubezirke werden uns folgen, denn dies ist für die Entwicklung und das Gedeihen unseres Ringes von großer Bedeutung, z. B. Ausweichen des Handels oder Käufers auf andere Gegenden. Nun zu unseren Zielen:

Es ist uns klar, daß in unsere Organisation große Erwartungen gesetzt werden, die zu schaffen auf Anhieb nicht alle gelingen werden, aber wir müssen optimistisch sein.

Maßnahmen dazu:

1. Förderung und Schutz des steir. Weinbaus.
2. Maßnahmen zur Sicherung bzw. Anhebung der Qualität.
3. Betreuung, Beratung, Aufklärung der Mitglieder in allen Fragen der Trauben und Weinproduktion.
4. Erhaltung des südsteirischen Hangweinbaus, Existenzsicherung des Familienbetriebes und des südsteir. Fremdenverkehrs.
5. Organisation der Vermarktung, um eine kontinuierliche Belieferung des Marktes mit steirischen Trauben und steirischem Wein zu gewährleisten.
6. Führung von Verhandlungen mit Absatz- und Verarbeitungseinrichtungen, um die Weinproduktion entsprechend zu lenken und den Absatz und die Verarbeitung der Erzeugnisse sicherzustellen.
7. Wie schon erwähnt, Betreibung der Bewußtseinsbildung beim Konsumenten für den steirischen Wein.
8. Zum Schutze des Konsumenten und zur Sicherheit soll die Führung einer Auszeichnung für die 7/10 I Ware dienen (die Landesweinkost Gold und Silber und für die offene Ware die Marke „Steirischer Wein, kontrollierte Herkunft“). Dies ermöglicht die Menge des Weines zu kontrollieren. Der Konsument soll darin eine Bestätigung finden, daß er bei dieser steirischen Rarität eine Spezialität kauft.
9. Zum letzten möchte ich noch dazu sagen, daß diese Marke der kontrollier-

ten Herkunft von der Weinbauabteilung in Zusammenarbeit mit dem Werbeausschuß erarbeitet wurde und in Kürze unter strengen Auflagen vergeben wird. Dies kommt unseren Gedanken und unserer Entwicklung im Ringe sehr entgegen.

Zurückkommen möchte ich auch auf unseren Punkt 6: Führung von Verhandlungen mit Absatz- und Verarbeitungsbetrieben, sprich Genossenschaften und Handel. Ich möchte sagen, daß wir jederzeit gesprächsbereit sind und wir eine Zusammenarbeit anstreben.

Habe ich den Genossenschaften ein gewisses Versagen vorgeworfen, so stehe ich voll und ganz dazu. Ich weiß auch Bescheid über die Problematik, aber gerade in den Jahren 1982 und 1983 hat der Handel und die Genossenschaft den Weinbauern voll und ganz im Stich gelassen.

Dies soll anders werden, wir bieten uns an und geben auch soweit als möglich eine Garantie für die Menge und auch Qualität. Voraussetzung ist natürlich ein gerechter, kostendeckender Preis. Und bezüglich Preis sind wir schon bei den Schwierigkeiten unseres Ringes und unserer Arbeit.

Man kann nur dann für ein Ausgangsprodukt einen guten Preis zahlen, wenn man für das Endprodukt ebenfalls einen guten Preis bekommt. Das soll und muß unsere vorrangige Arbeit sein: für den steir. Wein einen gerechten Preis zu erzielen, den Konsumenten und den Liebhabern unseres Weines aber die Garantie geben, daß es sich dabei wirklich um steirischen Wein handelt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch die vorbildliche Arbeit in dieser Richtung der Weinbauabteilung aufzeigen und ich bin überzeugt, daß in gemeinsamer Arbeit und durch ein Zusammenstehen unsere Ziele erreicht werden.

Nun noch kurz zu unseren ersten Aktivitäten:

1. Die Erhebung des Traubenangebotes.
2. Die Vermittlung dieses Angebotes und die Anstrebung eines angemessenen Traubenspreises.
3. Erfassung und Vermittlung des Faßweinangebotes.
4. Veranstaltung von Weinkulturseminaren für die Konsumenten.
5. Die organisierte Beschickung des Bauernmarktes in der Weinstadt Leibnitz mit steir. Bauernwein.

Mit diesem Bericht können Sie ersehen, welche Probleme anstehen, welche Ziele der Ring verwirklichen will und wie notwendig es ist, eine Gemeinschaft zu gründen, um den steirischen Wein einen festen Platz am Weinmarkt zu sichern.



DIE

Unsere Steiermark ist ein gutes, gesegnetes Land. Es gibt wahrscheinlich keinen vergleichbaren Landstrich der Erde, der eine solche Vielfalt bietet. Vom Gletscher des Dachsteins bis zu den steilen Rebhängen an der jugoslawischen

Gre...
stei...
der...
nu...
Wi...
wi...





GRÜNE VIELFALT

Grenze, von den Apfelkulturen der Oststeiermark zu den dunklen Wäldern in die Söboth. Diese Bildseiten können nur einen kleinen Ausschnitt jener Wirklichkeit zeigen, in der unsere Landwirte ihr Tagewerk vollbringen. Sie si-

chern eine gesunde Ernährung, pflegen die Landschaft, betreiben den „Arbeitsplatz Bauernhof“ und sorgen über die Genossenschaften für einen überreich gedeckten Tisch. Wenn unsere

grüne Mark auch im Tourismus immer stärker gefragt ist, dann hängt es sicher mit dem vielfältigen Angebot und den in der Steiermark wachsenden „Spezialitäten“ zusammen, aber auch mit einer Jugend, die sich bemüht, die Zukunft zu 21 gewinnen.



Rudolf Schriebl: Am Beispiel Maschinenring:

Im Rahmen dieser agrarpolitischen Tage 1984 ist auch ein Themenkreis „Neue Wege der Selbsthilfe“ dem Maschinen- und Betriebshilferring eingeräumt.

Seit dem Bestehen des Landesverbandes der Steir. Maschinenringes ist es das erste Mal, daß vor Funktionären der Agrarpolitik von der Orts- bis zur Landesebene das Thema der überbetrieblichen Zusammenarbeit im Maschinenring dargestellt und diskutiert werden soll.

In der mir zur Verfügung stehenden kurzen Zeit will ich nun versuchen, einen Situationsbericht über die MR-Tätigkeit in der Steiermark zu bringen. **Was ist ein Maschinenring?** Er ist ein freiwilliger Zusammenschluß tüchtiger und fortschrittl. Bauern, ganz gleich, ob von Voll-, Zu- oder Nebenerwerbsbauer, welche ihre Maschinen überbetrieblich einsetzen, um sie besser auszunützen, um so Maschinenkosten einzusparen. Der Maschinenring besitzt keine Maschinen. Unter der Devise „Jeder kann, keiner muß“ ist die Freiwilligkeit oberstes Gebot im Maschinen- und Betriebshilferring.

Seit der Gründung des ersten MR in der Steiermark, und zwar im Mürztal durch Prof. Weinhandl im Jahr 1963, bis heute, hat sich diese Idee als Grundlage unserer gemeinsamen Arbeit bestens bewährt.

Die 41 Maschinen- und Betriebshilferringe in der Steiermark werden von 30 nebenberuflichen und 11 hauptberuflichen Geschäftsführern betreut.

Der Geschäftsführer wird vom Vorstand ernannt und ist die zentrale Person im Maschinen- und Betriebshilferring. Er hat die Vermittlung aller Tätigkeiten vorzunehmen. Mit ihm steht und fällt der Maschinen- und Betriebshilferring schlechthin.

Die Funkausstattung unterstützt die schnelle Abwicklung. Das Netz der Maschinenringe verteilt sich in der Steiermark so, daß mit wenigen Ausnahmen jeder Bauer die Möglichkeit hat, einem Maschinenring beizutreten. In den einzelnen Gebieten gibt es auch unterschiedliche Strukturen der Maschinenringe. Die kleinsten haben eine Mitgliederzahl von 50 und diese Zahl steigt sich bei hauptberuflich geführten Maschinenringen bis zu 360 Mitgliedern.

Die Tendenz geht zum größeren, hauptberuflich geführten Maschinenring. Bei zwei Neugründungen im Vorjahr war das Interesse der Bauern besonders stark. Bei den Gründungsversammlungen sind überall 100 Bauern dem Maschinenring beigetreten. Das starke Interesse hat sich auch im ersten Jahr ihrer Tätigkeit fortgesetzt. Beide Maschinenringe haben relativ hohe Verrechnungswerte und eine Ver-

doppelung der Mitgliederzahlen verzeichnen können.

Der gesamte Verrechnungswert bei Maschinen in der Steiermark im letzten Jahr war 43,5 Millionen Schilling. Dieser Verrechnungswert ist der Wert der Maschinenverwendung im gegenseitigen Austausch. Dieses Geld ist innerhalb der Mitglieder geblieben und nicht durch Ankauf von Maschinen in andere Bereiche abgeflossen.

Exakte Berechnungen von Betriebswirtschaftlern:

Beispiel:

Stallmiststreuer

Anschaffungswert	S 60.000,-
Fixkosten	7% Abschr. W.
	2% Unterbring. Versich.
	4% Verzinsung
	13%

jährlich S 7.800,—

20 Std. im Einsatz
à Fixkosten S 390,—

Verändert. Kosten S 30,—

Gesamtkosten/Std. S 420,—

Um S 1000,— pro Stunde ist der Einsatz einer Düngerkette möglich. Der tatsächliche Anrechnungswert bzw. die tatsächliche Kosteneinsparung ist aber um das 3-fache höher. Das heißt, wenn sich ein Betrieb des Maschinenringes bedient und S 10.000,— Verrechnungswerte tätigt, S 30.000,— eingespart hat, bzw. in der Eigenmechanisierung hätte ihm der Einsatz der Maschinen S 30.000,— gekostet.

Beispiel:

Gesamtsteirisch haben sich die 6775 Mitglieder im Maschinen- und Betriebshilferring rund S 130.000.000,— an Maschinenkosten eingespart. (292.000 Std. — 36.000 Einsätze) Kurz eingebendet die österr. Zahlen: 226 Maschinenringe mit 34.978 Mitgliedern haben einen Maschinen-Verrechnungswert von 273 Millionen erreicht, somit 819 Millionen eingespart. Gesamt Verrechnungswert: 341,5 Millionen (1982).

Ein wesentlicher Faktor unserer Arbeit im Maschinenring ist auch die Betriebshilfe im sozialen und wirtschaftlichen Bereich.

Die soziale Betriebshilfe und Haushaltshilfe ist eine nicht mehr wegzudenkende Hilfestellung, wenn durch unvorhergesehene Ereignisse wie Unfällen, längere Krankheit oder Todesfallen, Bauer oder Bäuerin ausfallen, dem Betrieb die wichtigsten Arbeitskräfte und Betriebsführer fehlen.

Wenn die erste Hilfe aus dem unmittelbaren nachbarlichen Bereich nachläßt und aussetzt, ist der Maschinenring in der Lage, gut geschulte Betriebshilfearbeiter einzusetzen und somit dem betroffenen Betrieb längere Zeit über das Ärgste hinwegzuhelpen.

Der Verrechnungswert in der sozialen Betriebshilfe war im letzten Jahr bei 4,6 Millionen Schilling = 96.768 Ein-

satzstunden.

In der wirtschaftlichen Betriebshilfe, wie Vertretung im Stall bei Urlaub — Exkursionen, Bauaushilfe, Waldarbeit und dergleichen haben die Betriebshelfer einen Verrechnungswert von ebenfalls 5 Millionen Schilling verzeichnen können.

Erstmalig werden heuer in der Steiermark auch Zivildiener als Betriebshelfer eingesetzt. Die ersten fünf sind bereits seit 1. Feber auf Einschulung in Oberösterreich und werden nach sechs Wochen auf Betrieben eingesetzt, wo besonders lange Einsatzdauer notwendig ist.

Diese Zivildiener als Betriebshelfer sind keineswegs als Konkurrenz für die nachbarschaftliche Betriebshilfe anzusehen. Ebenfalls ab 1. Feber läuft ein Vertrag des Landesverbandes für die Maschinenringe mit der Sozialversicherungsanstalt der Bauern über die Abwicklung der Betriebshilfe im Rahmen des Mutterschaftsgesetzes. Laut Mutterschaftsgesetz hat ja die betroffene Bäuerin die Möglichkeit, zwischen Sach- oder Geldleistung zu wählen.

Die Betriebshilfe wird hauptsächlich von Jungbauern und Fachschulabgängern geleistet. Sicherlich sehr positiv für zukünftige Bauern und Bäuerinnen. Sie können bei Arbeiten auf fremden Betrieben sehr viel Erfahrungen für ihre spätere Tätigkeit am eigenen Hof sammeln und dabei zusätzlich ihr Taschengeld aufbessern.

Den großen finanziellen Vorteilen, die ein Maschinenring tatsächlich bringt, soll man auch die dafür anfallenden Kosten gegenüberstellen.

Diese Zahlen sagen uns, wie wirksam die Gelder als Mitgliedsbeiträge einerseits und die Förderungsmittel vom Bund und den Ländern andererseits letztlich auf das Mitglied im Maschinenring aufgeteilt werden.

10,9 Mill. Förderungsmittel zu 816,0 Mill. Kosteneinsparung.

Es gibt in der Landwirtschaftsförderung kaum ein Beispiel, wo die eingesetzten Mittel einen so hohen Wirkungsgrad haben.

In meinem Referat habe ich versucht, die große Effizienz einer Mitgliedschaft im Maschinenring und die Entwicklung unserer Maschinenringe in der Steiermark darzustellen.

Es drängt sich nun die Frage auf, warum der Zustrom der Mitglieder zum Maschinenring nicht stärker da ist. Tatsächlich sind erst 12% der bäuerlichen Betriebe (21% in der Steiermark (Österreich 14%)) Mitglied beim Maschinenring. Gegenüber 1982 ist wohl eine Steigerung von 2% eingetreten. Der größte Teil der Bauern nützt diese Einrichtung nicht und konnte sich zu einer Mitgliedschaft nicht entschließen.

Mit dieser Frage beschäftigen sich die Funktionäre im Maschinenring sowie

viele Beratungskräfte in den Kammern immer wieder. Dafür gibt es sicher mehrere Gründe, wie Prestigedenken, Abhängigkeit, mangelnde betriebswirtschaftliche Überlegungen und dgl. Es würde den Rahmen und die Zeit meiner Ausführungen sprengen, diese Gründe zu analysieren. Ich möchte vielmehr die Gelegenheit nutzen und Sie, werte Anwesende, Funktionäre von der Orts- bis zur Landesebene, bitten, unsere Bemühungen, die Bauern über die großen Vorteile der überbetrieblichen Zusammenarbeit im Maschinenring aufzuklären, wie bisher vielleicht im Bereich ihrer Möglichkeiten ein bisschen kräftiger zu unterstützen.

Beispieldirkung:

Wir sind Realisten und wissen sehr wohl, daß nie alle Bauern von einer Mitgliedschaft im Maschinenring Gebrauch machen werden, vielleicht auf Grund der extremen Lage des Betriebes gar nicht können. Ein Prozentsatz von 30 bis 40% aller Betriebe wäre aber durchaus im Bereich der Möglichkeiten.

Im Laufe einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes, die allerdings schon älteren Datums ist, sind die Maschinen in der Landwirtschaft nur bis zu 70% ausgenutzt. Würde man diese 30%ige Überkapazität um ein Drittel senken können, was durchaus realistisch und im Maschinenring möglich wäre, so würde das sicher an die 2 Milliarden Schilling an Kosteneinsparung ausmachen.

Zur Untermauerung meiner Annahme über diese Überkapazität der Maschinen, siehe Tabelle.

Diese Zahlen sind bei den anderen Maschinen ähnlich fortzusetzen. In Kürze wird auf hoher politischer Ebene über das neue Marktordnungsgesetz verhandelt werden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird für zwei Jahre die Einkommenssituation in der Landwirtschaft beeinflussen.

Bei realistischer Beurteilung der Gesamtsituation in der Agrarproduktion und dem mangelnden Verständnis der Verhandlungspartner für die Probleme der Bauern, können wir kaum erwarten, daß höhere Richtmengen und bessere Preise für unsere Produkte das Einkommen der Bauern positiv beeinflussen werden.

Wir haben daher nur die einzige Möglichkeit, über eine radikale Kostensenkung unser Einkommen zu verbessern. Wir müssen sie nutzen und das Angebot im Maschinenring voll ausschöpfen.

Mit einem Satz von LKR. ÖR. Sackl in einem Artikel in den Landwirtschaftli-



23

Internationale Solidarität:

Steirische Maschinenringe sind auch Vorbild für Polen. In Zusammenarbeit von landwirtschaftlichen Fachschulen, Lagerhausgenossenschaften, Landjugend und Bauernbund lief 1983 die große Landmaschinenaktion für Polen an. Sie wird heuer weitergeführt und von den dortigen Pfarren organisatorisch betreut.

chen Mitteilungen möchte ich schließen.

Der Maschinenring kann uns helfen, schlechte Jahre zu überbrücken und uns in guten Zeiten zu stärken.

Der Maschinenring hat daher in der Einkommenssicherung der Bauern eine große agrarpolitische Aufgabe zu erfüllen!

Gesamtorganisationsaufwand:

Steiermark 1983

3,6 Mill. — 6,85% vom VW
Eigenm.: 1,6 Mill.
Mitgl.: 1,6 Mill. Ø 300,— Mitgl.
Fördern.: 2 Mill. Ø 350,— Fördern.

Österreich 1982

19,1 Mill. — 5% vom VW
8,2 Mill.
10,9 Mill.

Traktorenbesatz in einigen westeuropäischen Ländern

1978	BRD	auf 100 ha LN	10,8 Traktoren
	Frankreich	auf 100 ha (Ø 23 ha)	4,2 Traktoren
	England	auf 100 ha (Ø 56 ha)	2,6 Traktoren
1983	Steiermark	auf 100 ha LN	14,7 Traktoren
	65566 Traktoren	viele Betriebe Zweittraktoren	
	64487 Betriebe		
		Dabei ist die kleine Betriebsstruktur zu berücksichtigen.	

August Jost: Am Beispiel Erzeugerring

Zum Ersten vielleicht einmal ein wenig zur Entwicklung dieser steirischen Selbsthilfeorganisation.

Es gibt ja diese Erzeugergemeinschaften in den anderen Bundesländern in dieser Form nicht. Es ist sehr interessant dabei, die wirtschaftliche Bedeutung und die wirtschaftlichen Gegebenheiten in den Mittelpunkt dieser Ausführungen zu stellen.

Vielleicht rückblendend in das Jahr 1962. Damals hat diese Entwicklung in der Steiermark begonnen. Interessanterweise damit, daß der ehemalige Landeshauptmann Krainer einen Beamten der Kammer damit beauftragt hat. So wurde im Jahre 1963 der erste steirische Schweineerzeugerring, die erste steirische Selbsthilfeorganisation in dieser Richtung, gegründet. In der Folge ist es zu weiteren Ringgründungen gekommen. Der Schweineerzeugerring Wildon und der Ferkelerzeugerring Hartberg wurden gegründet. Insgesamt aber muß man sagen, sind in den Jahren 1960 in diesem Bereich erste Erfahrungen gesammelt worden.

Besondere Akzente im wirtschaftlichen Bereich sind aber bereits zu Mitte der 60er Jahre erkennbar geworden. Sehr interessant deswegen, weil gerade die kleinstrukturierte Landwirtschaft, vor allem im süd- und oststeirischen Bereich und dann im weststeirischen Bereich für die Bauernschaft, diese Entwicklung von besonderer Bedeutung gewesen ist. Weil ja durch die Kleinheit dieser Betriebe, Betriebsgrößen etwa zwischen 5 und 10 ha, hier echte Er schwernisse und echte Befürchtungen gewesen sind, ob sich diese Betriebe überhaupt in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung halten und weiterentwickeln können. Dazu hat es einige sehr interessante Tendenzen gegeben. Im Bereich der Geflügelwirtschaft ist es zur Entwicklung der Hybridzucht gekommen. Die Geflügelwirtschaft ist aus dem bäuerlichen Bereich herausgekommen, in die Abhängigkeit sogenannter Zuchtkonzerne. In der weiteren Folge ist das Futter aus der bäuerlichen Hand gekommen und von den Unternehmern geliefert worden. Das heißt also, daß Geflügelfutter ist nicht mehr vom Bauern selber gemischt worden, sondern diese Tätigkeit ist vom Mischfutterwerk übernommen worden.

In der weiteren Folge haben sich Konzerne und Kopfbetriebe gegründet, die eine gewisse Gefahr dargestellt haben, da der Einfluß aus dem bäuerlichen Bereich doch verlorengegangen ist. Das gleiche hat sich in der Schweinehaltung deutlich abgezeichnet. In der Schweiz, auch in Deutschland und England haben erste Ansätze der Hybridzucht begonnen. Es war auch in

diesem Bereich nicht abzusehen, ob nicht die Entwicklung auch in der Schweinezucht der Geflügelwirtschaft folgen wird und es auch hier dazu kommt, daß alle entscheidenden Dinge wie Zucht, Genetik, Fütterung und auch Vermarktung aus der bäuerlichen Hand gleiten.

In dieser Zeit und an Beispielen haben wir gesehen, daß es eine Gefahr für die Landwirtschaft bedeutet, wenn der Bauer auf seinem Hof auch nichts mehr anderes als der Lohnarbeiter ist. Wir haben diese Entwicklung in der Schweiz mit besonderem Interesse verfolgt und es war eigentlich sehr bedenklich.

Im weiteren hat es wesentliche Veränderungen in den Konsumgewohnheiten der Menschen gegeben. Beim Schweinefleisch z. B., ist das Fett beim Konsumenten nicht mehr gefragt gewesen. Das rein magere Schweinefleisch, der volle Schinken, das Schnitzel ist die gefragte Ware gewesen und der Züchter hat sich nach diesen Dingen orientieren müssen und letztendlich dem Wunsch des Konsumenten Rechnung tragen müssen.

Im weiteren war ein deutlicher Strukturwandel im Handel mit Fleisch und mit landwirtschaftlichen Produkten ersichtlich. Es ist eine eindeutige Konzentration bemerkbar gewesen. In diese Zeit haben auch die Entwicklungen der Handelsketten hineingespielt. Also für die Landwirtschaft war ersichtlich, daß sie auf kurz oder lang immer wenigeren Abnehmern gegenüber steht und die Gefahr besteht, daß der einzelne Bauer als kleiner Unternehmer in dieser Entwicklung unter die Räder kommt. Diese Zeichen waren doch sehr deutlich und waren durchaus möglich und realistisch.

1970 ist es dann zu intensiven Bestrebungen junger Bauern gekommen, diese Dinge doch in den Griff zu bekommen und mit Hilfe von solchen Gemeinschaften zumindest in der Stärke dem sich konzentrierten Unternehmungen gegenüber behaupten zu können.

Dahinein fällt auch die Gründung der Schweineerzeugergemeinschaft Styrianbrid als Dachorganisation der Schweineerzeugerringe. In diesem Modell wurde erstmals versucht, sowohl die Zucht als auch die Fütterung und den Verkauf in einer Gemeinschaft oder von einer Hand aus durchzuführen. Diese Entwicklung ist rasch vorangeschritten. Die Bauern haben sich interessanterweise sehr stark an dieser Entwicklung beteiligt. Die Schweineerzeugerringe sind von den ursprünglich sechs oder sieben Schweineringen auf 25 angewachsen. Die Intension der Mitglieder in diesem Bereich ist sehr stark gewesen, man hat wirklich versucht, in diesem Bereich alles daranzusetzen, um hier das bäuerliche Mitbestimmungsrecht in all diesen drei entscheidenden Dingen aufrechtzuerhal-

ten. Es ist zur Entwicklung des steirischen Schweinezuchtprogrammes gekommen, das heute europaweit als eines der besten gilt. Es sind die ersten Ansätze der Hybridzucht, die von ausländischen Konzernen hereingekommen sind, von der Steiermark ferngehalten worden. Es ist sicher dem bäuerlichen Widerstand zuzuschreiben, daß dies möglich gewesen ist. Gesamt-österreichisch gesehen hat sich das sehr, sehr positiv entwickelt. Wir haben im Jahre 1970 in der Steiermark, nur um eine Zahl zu nennen, ca. 300.000 gewerbliche Schweineschlachtungen gehabt und wir haben jetzt im Jahre 1983 über eine Million gewerbliche Schweineschlachtungen durchgeführt. Das ist deswegen zustandegekommen, weil wir durch die Erzeugergemeinschaften den Bauern ganz offensichtlich den Wettbewerbsnachteil ihrer kleinen Betriebsstruktur ausgleichen konnten und durch den verhältnismäßig preiswerten Einkauf in diesen Gemeinschaften, aber auch durch die Qualitätsproduktion und den gemeinsamen Verkauf echte Wettbewerbsvorteile am österreichischen Markt erringen konnten.

Daneben ist es noch möglich gewesen, daß etwa 150 Bauern in diesem Bereich eine Nebenerwerbsmöglichkeit vorfinden, als Besamungstechniker, als Klassifizierer in den Schlachthöfen und genauso als Tätowierer und als Funktionäre in den Ringen, wo sie eine Tätigkeit für die Mitgliedsbetriebe ausüben. In die gleiche Zeit hinein fallen auch die Gründungen der Rinderraumstrände, die ebenfalls eine Arbeitsgemeinschaft steirischer Rinderraumstrände bilden, an der neun Mitgliedsringe mit ca. 1000 Mitgliedsbetrieben beteiligt sind.

Daneben gibt es noch den steirischen Geflügelmästerverband, der etwa 190 Mitglieder hat. Die Gründung erfolgte im Jahre 1970. Dieser Verband macht in der Steiermark etwa 90 bis 95 Prozent der Geflügelmast aus.

Als zweites nun zu den **Zielsetzungen der Erzeugerringe!**

Die Zielsetzung der Ringe ist sehr klar und eindeutig. Wir möchten den Mitgliedern eine stärkere Position geben. Wir möchten den Bauern helfen, auf ihrem Betrieb das notwendige Einkommen sicherzustellen und wir möchten alle Dinge, die von Vorteil sind, unseren Mitgliedern zur Verfügung stellen. So ist es in erster Linie wie schon gesagt, die Zucht, die Fütterung und der Verkauf, der von dieser Gemeinschaft gemacht wird, sodaß der einzelne Bauer nicht mehr dem Wettbewerb in der Form ausgeliefert ist, wie das ursprünglich der Fall war. Es kommt auch zu einem intensiven Erfahrungsaustausch und das, glaube ich, ist eines der wesentlichen Punkte der bäuerlichen Information.

Der gleiche Einkaufs- und Verkaufspreis ist eine der Zielsetzungen der stei-

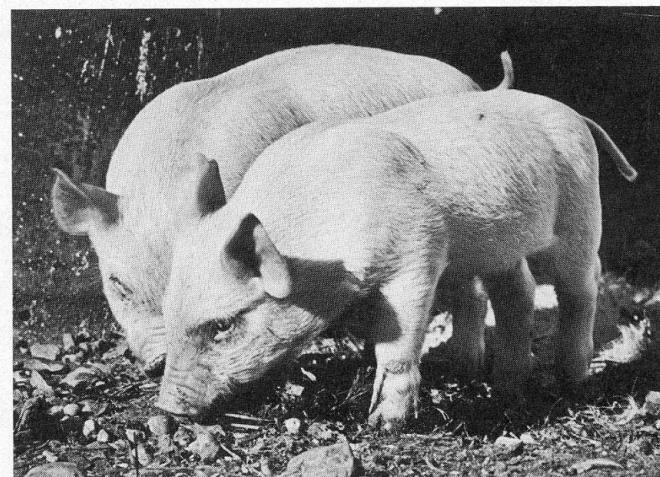
rischen Schweineerzeugergemeinschaften und auch der Rindererzeugergemeinschaft genauso wie des Geflügelmästerverbandes. Es soll jeder Bauer, ganz gleich wo er ist, ob das in der Südsteiermark ist, ob er seinen Hof in der Weststeiermark hat oder ob er seinen Hof in der Oststeiermark hat, es soll jeder für sein Produkt den gleichen Preis bekommen und er soll auch für die Betriebsmittel das gleiche auslegen müssen. Das ist nicht immer leicht, weil da die Erzeugergemeinschaften sehr oft mit den Handelspartnern im Konflikt sind. Der Wille der Erzeugergemeinschaft, den höchsten Verkaufserlös zu erzielen, wird von den Handelspartnern nicht immer akzeptiert, manchmal bestritten. In der Regel einigt man sich auf einen vernünftigen Preis, so daß beide Teile, sowohl der Handel als auch der Bauer, von dieser Entwicklung profitieren.

Es soll also jedem Bauern der gleiche Preis für sein Produkt gegeben werden. Es soll auch dem der gleiche Preis zustehen, der nur zwei oder drei oder vier Einheiten anzubieten hat. Das ist nicht immer selbstverständlich gewesen. Sie wissen ja ganz genau und wir kennen die Situation, wenn vor 15 Jahren jemand im Bezirk Radkersburg Schweine verkauft hat, dann hat er in der Regel um \$ 1,50 weniger bekommen, als im Nahbereich von Graz.

Die Zielsetzung der steirischen Schweineerzeugerringe ist die, daß man jeden Bauern, ganz gleich, wieviel er an Einheiten am Markt anbietet, den gleichen Preis für sein Produkt zahlt. Das ist letztendlich auch einer der wesentlichen Erfolge, die in dieser Gemeinschaft möglich gewesen sind. Daneben hat sich auch ein sehr guter Markt für die Nichtmitglieder entwickelt. Auch jene, die nicht bei diesen Erzeugergemeinschaften sind, kriegen in der Regel den gleichen oder den annähernd gleichen Preis. Es hat sich auch hier ein gewisses Konkurrenzverhältnis entwickelt, das ist ja auch für die Erzeugergemeinschaften nicht schlecht, weil ja jede Organisation, wenn sie nicht den Druck der Konkurrenz verspürt, sich ruhig in den Sessel setzt und sich nicht soviel Sorgen macht.

Als drittes zu den rechtlichen Dingen eines Schweineerzeugerrings oder Rindererzeugerrings. Alle diese Ringe sind als Vereine gegründet, sie sind nicht auf Gewinn ausgerichtet. Sie sind also keine Unternehmungen die einen Gewinn erwirtschaften wollen, sondern die letztendlich ihren Mitgliedern eine Dienstbarkeit anbieten. In diesen Vereinen ist es üblich nach dem Vereinsstatut, daß die Mitgliederversammlung die Entscheidungsposition hat, daß es dann den Vorstand gibt, die Rechnungsprüfer und das Schiedsgericht.

Welche Zielsetzungen und welche Aspekte eröffnen sich für die bäuerlichen Erzeugergemeinschaften für die



Zukunft?

Wir haben feststellen können, daß es gelungen ist, unabhängig von der Betriebsgröße, unabhängig vom Angebot eines Betriebes, dem Bauern, der Mitglied einer solchen Erzeugergemeinschaft ist, den gleichen Einkaufs- und den gleichen Verkaufspreis zu vermitteln. Wir stehen insgesamt vor überfüllten Märkten. Wir stehen vor einer Entwicklung, wo es notwendig sein wird, weniger damit zu rechnen, durch Mehrerzeugen zu einem höheren Einkommen zu kommen, sondern daß man durch Einsparung der Betriebsmittel höhere Erlöse erzielen kann. Wir müssen insgesamt den Markt als solches viel stärker noch als bisher beachten und die Produktion in den Erzeugerringen in den Erzeugergemeinschaften auf den Markt abstimmen. Es wird also schwierig sein, in Zukunft grenzenlos zu produzieren. Wir haben ja leider Gottes viele Tendenzen und Entwicklungen am österreichischen Markt, die besorgniserregend sind. Für uns als Veredelungsbetriebe ist besorgniserregend, daß der Getreidemarkt sehr, sehr belastet ist, daß 800.000 Tonnen Getreide exportiert werden müssen und daß wir letztendlich einen dauernden Druck auf dem Veredelungsmarkt haben und daß es auch hier kaum möglich ist, noch mehr zu produzieren. Es muß also hier sehr viel Information an die Bauern kommen und es müssen auch neue Konzepte entwickelt werden, die die Bauern in die Lage versetzen, letztendlich nur so viel zu produzieren, wie der österreichische Markt braucht.

Als Erfolg insgesamt für die Erzeugergemeinschaften kann gewertet werden, daß sie in den letzten Jahren sich marktrichtig verhalten haben. Sie haben dem Konsumenten nach dem, er das magere Schweinefleisch wollte, auch das magere Schweinefleisch auf

den Tisch gestellt. Wir müssen aber hier im besonderen auch in der Zukunft auf die Qualität des Fleisches besonderes Augenmerk lenken und wir dürfen nicht nur die Fleischfülle beachten, sondern auch die Qualität des Fleisches, damit dem Konsumenten auch das Fleisch schmackhaft bleibt.

Als letztes noch ein Wort zum Verhältnis Genossenschaften — Ringe. Es ist ja so, daß es hier von Zeit zu Zeit gewisse Spannungen gibt. Die will ich hier bewußt nicht verschweigen. Insgesamt aber hat die Entwicklung doch bestätigt, daß beide, sowohl die Genossenschaften die wir sehr befürworten, als auch die Erzeugerringe, ein positives Miteinander erreicht haben. Wir haben einige Kritik von Seiten der Genossenschaften, weil wir in den Erzeugerringen auf einen niedrigen Einkaufspreis aus sind und weil wir auf einen hohen Verkaufspreis bedacht nehmen. Aber das ist halt überall in der Wirtschaft so, wo zwei Partner sich gegenüber stehen, daß der eine das lieber hätte und der andere das. Insgesamt meine ich, befürchtet diese Entwicklung und sie fördert den Wettbewerb und sie fördert letztendlich auch die Anstrengungen aller Beteiligten. Ich möchte es auch selbstkritisch sagen, daß das auch für die Erzeugergemeinschaften ein Vorteil ist, weil ohne Druck von Seiten der Mitglieder und ohne den Druck von Seiten des Marktes, würde auch die Erzeugergemeinschaft schön langsam einschlummern. Dieser Wettbewerb am Markt fördert auch die Intension und fördert auch die Anstrengung der Funktionäre.

Insgesamt ist die Ringtätigkeit für die Steiermark eine sehr positive Entwicklung. Ich bitte alle Partner der Bauern daher, daß sie das ihre zu dieser Weiterentwicklung beitragen und bedanke mich herzlich.

Josef Tropper: Am Beispiel Selbstvermarktung

In meinem Referat möchte ich zum Thema „Selbstvermarktung“ sprechen und dabei im speziellen auf die Vermarktung von Schweinefleisch und Gemüse eingehen.

1. Zuerst einige Angaben über meinen Betrieb:

In Hof bei Straden im Bezirk Radkersburg besitze ich eine Landwirtschaft im Ausmaße von 7,8 ha. Davon wurden 6,1 ha landwirtschaftlich genutzt. Der Rest von 1,7 ha ist Wald. Direkt um das Wohn- und Wirtschaftsgebäude befinden sich 3,5 ha, der übrige Teil des Besitzes ist 9 km vom Wohnort entfernt.

Diese Gegebenheiten führen zu Schwierigkeiten in der Bewirtschaftung.

Die Anbauflächen des 9 km entfernten Besitzes haben eine Größe von ca. 3 ha und werden zur Gänze für den Mais-, Getreide- und Kürbsanbau verwendet. Hier ist auch eine maschinelle Bearbeitung möglich.

Unmittelbar um den Betrieb liegen etwa 70 a nutzbares Ackerland. Der Besitz wird von meiner Gattin und mir bearbeitet. Am Hof leben noch unsere drei Kinder im Alter von 8, 5 und 2 Jahren sowie meine 64jährige Schwiegermutter.

In unserem Betrieb halten wir derzeit fünf Rinder, 15 Schweine und 20 Legehennen.

Sowohl Wohn- als auch Wirtschaftsgebäude sind alte Bauten. Der Neubau eines Wohnhauses ist dringend erforderlich, da derzeit für sechs Personen nur drei Wohnräume zur Verfügung stehen. Da das Ausmaß des Grundbesitzes nicht die erforderliche Größe hat, die den Haupterwerb aus der Landwirtschaft ermöglicht, stellte sich 2. für mich die **Frage des Zuerwerbs**. Sollte ich

a) einen Beruf als Nebenerwerbslandwirt ausüben? Wobei sich die Frage stellte, wo ein geeigneter Arbeitsplatz zu finden sei. Sollte ich eventuell Pendler werden? Oder

b) sollte ich meinen Betrieb auf Spezial- und Sonderkulturen umstellen oder

c) sollte ich zur Direkt- bzw. Selbstvermarktung übergehen?

zu a) Die Möglichkeit, Nebenerwerbslandwirt zu werden, habe ich bald ausgeschlossen, da ich vor Jahren an beiden Armen komplizierte Brüche erlitten hatte. Deshalb bin ich nicht in der Lage, jede schwere Arbeit auszuführen.

Außerdem fallen im Betrieb immer wieder verschiedene Arbeiten an, die von meiner Gattin allein schwer oder gar nicht bewältigt werden können. Alle übrigen Probleme, die sich mit dem Pendeln ergeben, sind Ihnen sicher hinlänglich bekannt.

zu b) Zur Umstellung meines Betriebes auf Spezial- und Sonderkulturen traf ich folgende Überlegungen:

Wir hatten in der Vergangenheit auf einer Grundstücksfäche bis zu 40 a Paprika gepflanzt. Dabei haben wir folgende Erfahrungen gesammelt: In der Haupterntezeit kann die Arbeit ohne Fremdarbeitskräfte nicht bewältigt werden. Dadurch ist auch das Einkommen geringer. Besondere Schwierigkeiten haben sich auch in der Fruchtfolge ergeben.

zu c) Die beste Möglichkeit sah und sehe ich in der Kombination des Anbaus von Sonderkulturen, damit meine ich verschiedene Gemüsesorten, und der Selbstvermarktung dieser Produkte. Frisches Gemüse, Bauernbrot, Schafsfleisch, Wurstwaren, Kernöl und Eier bieten wir auf dem Bauernmarkt an.

Wir haben die Möglichkeit, diese Produkte aus unserem Betrieb direkt an den Konsumenten abzugeben. Für uns ist dies eine zusätzliche Erwerbsquelle, der Konsument hat frische, hausgemachte Qualität.

Dies waren die Überlegungen, warum wir uns für den Bauernmarkt entschieden haben.

3. Nun sind wir in der Woche zwei Mal am Bauernmarkt. Donnerstag nachmittag in Bad Radkersburg, Samstag vormittag in Mureck.

Zu den Grundvoraussetzungen, daß wir überhaupt unsere Produkte am Bauernmarkt anbieten können, gehört neben verschiedenen Auflagen ein Mindestmaß an Einrichtungen.

- 1) Arbeitsraum
- 2) Geräte für die Fleischverarbeitung
- 3) Selch
- 4) Kühlgeräte
- 5) Aufbewahrungsräum
- 6) Geeichte Waage
- 7) Bewässerungsanlage
- 8) Fräse (für die Bearbeitung des Bodens)

Da aber von vornherein nicht abzusehen war, wie der Konsument den Bauernmarkt annimmt und welche Produkte gut ankommen, waren wir am Anfang mit den Investitionen vorsichtig und es fehlt noch einiges.

4. Nach etwa **einjähriger Erfahrung** mit dem Bauernmarkt kann ich folgendes feststellen:

Da wir regelmäßig auf den Bauernmarkt fahren, können wir auch mit einem regelmäßigen Einkommen rechnen, womit eine sichere Existenzgrundlage gegeben ist. Um die gegebene Nachfrage das ganze Jahr hindurch befriedigen zu können, sind einige **Investitionen** notwendig geworden.

a) Der Schweinstall muß vergrößert werden, so daß wir das ganze Jahr hindurch Fleisch anbieten können. Bisher war das nicht immer möglich, ist aber notwendig, damit der Kundenstock erhalten bleibt.

b) Bessere Arbeitsräume und speziell

ein Kühlraum sind notwendig.

Nur so kann auch beste Qualität in den Sommermonaten angeboten werden. Bessere Arbeitsräume sind erforderlich, da das Brotbacken, das Rexen von Gemüse und andere Vorbereitungsarbeiten in der kleinen Küche des Wohnhauses durchgeführt werden müssen, wodurch die Familie sehr beeinträchtigt ist.

Diese Räume werden in Zukunft im Kellergeschöß des neuen Wohnhauses, welches wir heuer zu bauen beginnen, untergebracht werden.

Durch die Selbstvermarktung auf dem Bauernmarkt haben wir einen Zuverdienst, der es uns ermöglicht, den Bau des neuen Wohnhauses schon heuer in Angriff zu nehmen.

Ohne Arbeit auf dem Bauernmarkt hätten wir sicher erst in späteren Jahren an ein neues Wohnhaus denken können, obwohl der Neubau unumgänglich notwendig ist.

5. Für **dieses Jahr** haben wir folgendes geplant:

Erfahrungswerte am Bauernmarkt haben gezeigt, daß es besser ist, für 1984 weniger Paprika, dafür aber mehr Gemüse, speziell frühere Sorten, zu pflanzen. Dazu ist aber eine sehr genaue Planungsarbeit notwendig, um das Ackerland intensiv zu nutzen. Dabei muß natürlich auch die Fruchtfolge sowie die unterschiedliche Vegetationszeit beachtet werden, damit kein Engpaß entsteht.

Auf Grund der bisherigen Erfahrung im Verkauf von Schweinefleisch ist es auch notwendig, daß der Schweinebestand in unserem Betrieb aufgestockt und der Rinderbestand reduziert wird.

6. **Zusammenfassend** kann ich folgendes sagen:

a) Die Selbstvermarktung der eigenen Produkte am Bauernmarkt ist für uns ein wesentlicher Bestandteil unseres bürgerlichen Einkommens. Dieses ist höher als wir es bei Nutzung derselben Fläche durch Monokulturen erzielen könnten.

b) Diese Art der Bewirtschaftung ist sehr arbeitsintensiv, manchmal 14 bis 18 Stunden am Tag; geerntet muß bei jeder Witterung werden. Bis die künstliche Bewässerungsanlage installiert ist, muß das Grundstück händisch bewässert werden.

Sehr praktisch wäre ein Folientunnel, die Anschaffungskosten dafür sind jedoch vorerst noch zu hoch.

c) Auf dem Bauernmarkt, glaube ich, erhalten wir für unsere Waren den bestmöglichen Preis.

Einige Schwierigkeiten ergeben sich jedoch bei der Festsetzung des Marktpreises, da Vergleichsmöglichkeiten fehlen und da während der Marktzeit der Preis nicht mehr geändert werden darf.

d) Die Nachfrage auf dem Bauernmarkt ist zufriedenstellend, es sind ja auch die Vorteile für den Konsumenten

ten nicht zu übersehen.

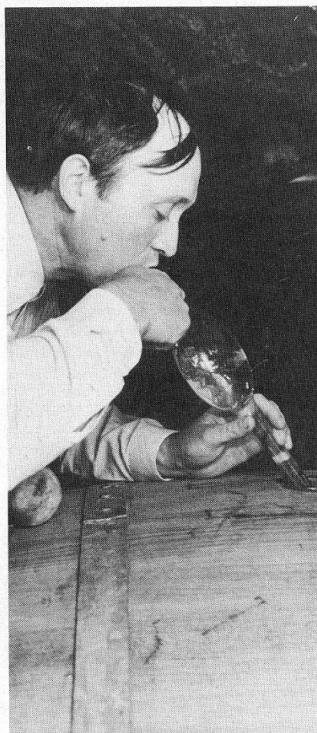
● In Mureck bieten wir verschiedene Wurstarten (Selchwurst, Streichwurst), sowie Selchfleisch an. Auch frisches Bauernbrot wird sehr geschätzt und fast zur Gänze vorbestellt. Der Kontakt mit den Kunden ist in Mureck recht gut.

● In Bad Radkersburg bieten wir neben den oben erwähnten Produkten ausgereiftes, erntefrisches Gemüse an, je nach Jahreszeit auch konserviertes Gemüse. Auch frisches Bauernbrot wird sehr geschätzt und fast zur Gänze vorbestellt.

Die Kunden sind mit den angebotenen Waren durchwegs zufrieden, manchmal wird wegen der Preise diskutiert. Mit einem fixen Kundenstock besteht auch hier ein guter Kontakt.

e) Für mich und meine Familie war und ist das Einkommen auf dem Bauernmarkt jener Grundstock, der es uns ermöglicht, schon dieses Jahr mit dem Wohnhausneubau zu beginnen.

Damit ist mir und meiner Familie wesentlich mehr Lebensqualität zugesichert.



Es ist zum Wein-en...

In unserer schönen Steiermark wachsen herrliche Weine — Raritäten aller Art — der Sonne am nächsten...

Wer ins Weinland fährt, kann diese Spezialitäten direkt genießen oder auch in der „Tragtasche“ mitnehmen.

Kritisch wird es für den Liebhaber steirischer Weine, wenn er den edlen Tropfen in Graz oder gar in den Wintersportgebieten der Oberssteiermark erwerben möchte. In der steirischen Landeshauptstadt haben zwar die Winzergenossenschaft Krems und die „Wachauer“ ihre Auslieferungslager — die verschlungenen Pfade zum Steirerwein, den es dort und da versteckt gibt, kennen hingegen nur ein paar Insider...

Und über's ganze Land ziehen sich kleine Verkaufsstellen aus dem Burgenland...

Der junge Weinbauer Leibnitz bietet Steirerwein beim Bauernmarkt in Leibnitz an. Der „Fall Graz“ wird geprüft.

Wie halten es eigentlich die steirischen Genossenschaften mit dem steirischen Wein?

Es ist zum Wein-en...

D.R.

MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN AUS GENOSSENSCHAFTLICHER SICHT

Erwin Walasek

Seit Jahren füllen die Schlagzeilen der Tageszeitungen Forderungen an den Staat. Forderungen kleiner, mittlerer und großer Gruppen nach Forderung, nach Hilfestellungen, nach Leistungsübernahme, kurz: nach Geld aus dem Bundesdepot. Jeder möchte zwar ein Höchstmaß an Freiheit und Unabhängigkeit, aber immer mehr rufen nach immer mehr Staat. Und plötzlich findet sich hier eine Gruppe österr. Bürger, die über Wege der Selbsthilfe nachdenkt, diskutiert, vorhandene praktizierte Formen darstellt und miteinander vergleicht. Als Staatsbürger hoffe ich, daß dieses Beispiel Schule macht. Daß die Beispieldynamik gerade von der Bauernschaft ausgeht, die allerdings schon immer traditionell ihre eigenen Wege in dieser Richtung gesucht, gefunden und mit Mut und Risikobereitschaft beschriften hat, nötigt zweifellos zum Respekt.

Im heutigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Dunst-

kreis kommt der Stärke der höhere Stellenwert vor der persönlichen Tüchtigkeit zu, weshalb der Gedanke der Selbsthilfe zwangsläufig auch im bürgerlichen Bereich zu einer Gemeinschaftsbildung Gleichgesinnter führt, die ein gemeinsame Ziel auf gleichem Weg unter Anwendung demokratischer Mittel erreichen wollen. Damit möchte ich keineswegs zum Ausdruck bringen, daß Selbsthilfe ohne Gemeinschaftsbildung nicht denkbar ist, sie wird aber sicher auf Dauer immer nur für eine verhältnismäßig kleine Anzahl einzelner bedeutsam sein. Aber allen Selbsthilfeformen ist eines gemeinsam: die allgemeine Zielvorstellung. Diese liegt entweder in der Erzielung eines höheren Einkommens, eines geringeren Arbeitsaufwandes, einer Einsparung von Zeit bzw. Kapital, oder einer Kombination zweier oder mehrerer der genannten Faktoren. Folgende vier Bedingungen sind Voraussetzung für eine Erfolgschance einer Selbsthilfegemeinschaft:

1. Es muß sich um eine Gruppe Gleichgesinnter handeln.

2. Es muß sich um eine freiwillige Gemeinschaftsbildung handeln. Damit ist die Anwendung demokratischer Mitteln unabdingbar verbunden.

3. Es muß eine gemeinsame, sehr konkrete definierte und möglichst spezialisierte Zielvorstellung vorhanden sein und

4. Es muß absolute Einigkeit über den zu beschreitenden Weg herrschen.

Die ersten drei Punkte stellen an sich keine üppige Diskussionsquelle dar, die Zielvorstellung ist vorgegeben, die Freiwilligkeit und damit die demokratische Organisationsform ist außer Streit zu stellen, verbleibt also die Bedingung, daß ein Zusammenschluß Gleichgesinnter vorliegen muß und hier ist es wie in jeder anderen Gemeinschaft, die Homogenität ist umgekehrt proportional zur Mitgliederzahl. Je größer die Zahl der Angehörigen einer Gemeinschaft, desto schwieriger ist die Gleichsinnigkeit zu erreichen, desto

höher wird die Anforderung zur Betriebschaft an Anpassung und Einordnung.

Der vierte Punkt ist für mich das einzige wirkliche Unterscheidungsmerkmal der verschiedenen Selbsthilfeformen, nämlich der zu beschreitende Weg und einige dieser Wege sind ja dargestellt worden. Mich stört in diesem Zusammenhang eigentlich nur die Formulierung des Veranstalters: Neue Wege der Selbsthilfe, denn es sind, wie uns die Geschichte lehrt, keine neuen Wege, sondern Wege, die allenfalls wieder neu beschriften werden, und wenn man sie zum genossenschaftlichen Weg schon unbedingt in Gegensatz bringen möchte, bestenfalls andere Wege, die zum gleichen oder vergleichbaren Ziel führen sollen. Wir können also allgemein davon ausgehen, daß Selbsthilfe im bürgerlichen Bereich seit langem geübt wird, mit einem wirtschaftlichen Grundziel in vielen unterschiedlichen, produktionsbedingten Zielspezifikationen, aber auf verschiedenen Wegen. Wenn ich heute dazu eingeladen bin, Möglichkeiten und Grenzen anderer Wege der Selbsthilfe aus genossenschaftlicher Sicht zu beurteilen, dann möchte ich vorweg feststellen, daß ich keine genossenschaftliche Meinung zum Ausdruck bringen kann, sondern nur eine sehr persönliche. Diese stützt sich allerdings auf einen bereits fast 30-jährigen Beobachtungszeitraum. Worin unterscheiden sich nun also die Wege? Von einer weitgehend identen Startposition, in einem früher natürlich völlig anderen marktwirtschaftlichen Umfeld, haben die Genossenschaftsmitglieder sehr bald begonnen, gemeinschaftliches Eigentum zu begründen in Form von Anlagen und Einrichtungen und haben daneben ebenso versucht, das dazu notwendige Kapital aufzubringen. Es haben, mit anderen Worten, eine Anzahl bürgerlicher Betriebsinhaber gemeinsam im genossenschaftlichen Verbund, einen Betrieb geschaffen, der gemeinsam betrieben wird und dessen Aufgabe darin besteht, die Arbeiten oder Tätigkeiten für die einzelnen Betriebe durchzuführen, die diese nur sehr schwer, sehr unwirtschaftlich oder allein gar nicht durchführen können, im genossenschaftlichen Sprachgebrauch als Subsidiarität bezeichnet. Als Beispiele dafür möchte ich anführen: Kellereien, Brennereien, E-Werke, Mühlen, Trockungsanlagen, Silos, Lagerräume, Werkstätten und vieles andere mehr. Durch den dabei notwendigen Einsatz von Kapital und, weil die Einsatzmöglichkeit von Eigenkapital immer schon begrenzt war, vor allem von Fremdkapital in längerfristigen Investitionen, wie ich sie vorhin beispielhaft erwähnt habe, ist ein Zwang zur Kontinuität der Tätigkeit vorgegeben, das heißt, die genossenschaftliche Tätigkeit muß auf unbestimmte Zeit ausgerichtet

sein, sie muß nachhaltig sein. Zweifellos eine Belastung für das Mitglied, das, aus welchen Gründen auch immer, plötzlich vom Gemeinschaftseigentum keinen Nutzen mehr zieht, aber oftmals eine Existenznotwendigkeit für die Mitglieder, die ihre Produktion und ihren Betrieb auf diese Funktion — Arbeitsteilung, ausgerichtet haben. Die Verbesserung der Verkehrswiege, der Kommunikationsmöglichkeiten, der Einfluß der freien Marktwirtschaft, die Notwendigkeit in der Landwirtschaft praktisch ausschließlich für den Markt zu produzieren, für immer anspruchsvollere Konsumenten, hat bei den Genossenschaften von einer ursprünglich sehr engen, produktbezogenen Zielvorstellung, zu einer sehr starken Verbreiterung geführt. Anders ausgedrückt, die notwendig gewordene Spezialisierung der landw. Betriebe hat auch spiegelbildlich Auswirkungen auf die Genossenschaft gezeigt und in der Aufsplittung der Aufgabenstellung Niederschlag gefunden. Dieser Umstand, die Markt-, Wirtschafts- und Steuergegebenheiten sowie letztlich auch die Einbindung der Genossenschaften in die Gewerbeordnung, hat den Trend zu größeren Einheiten verstärkt. Zum Leidwesen mancher dominiert hier der wirtschaftliche Zwang über persönlichen Wertvorstellungen. Da wird auch der Gedanke an die vielen Gemeindezusammenlegungen, denen nicht viel Popularität beschieden war, kaum nennenswerten Trost bieten. Ein Faktor verdient es nicht nur erwähnt zu werden, sondern erscheint auch sehr wesentlich und das ist die Solidarität, die vielleicht für das Einzelmitglied weniger deutlich ist, aber mittelbar durch den horizontalen und vertikalen Verbund wirksam wird. Man kann das aber auch anders darstellen: Die vielen auf dem gleichen Weg befindlichen Selbsthilfegruppen der landw. Genossenschaften fühlen sich horizontal verbunden und nutzen eine selbstgeschaffene vertikale Gliederung zur Erreichung ihrer Ziele. Damit ist nicht nur eine breite Basis Stütze, sondern vor allem eine Risikoverteilung im optimalen Ausmaß gegeben, das sonst voll und ganz vom einzelnen getragen werden müßte. Ich glaube, die wesentlichsten Merkmale der Unterschiedlichkeit zwischen den heute tätigen Genossenschaften und den anderen Wegen der Selbsthilfe zumindest kurz umrissen zu haben. Aber aus meiner Sicht stellt sich weniger die Frage nach dem Weg oder gar nach dem richtigen Weg, sondern es geht mir vielmehr um das Bemühen, daß auf dem Weg zu gleichen Zielen keine gegenseitige Behinderung eintritt, daß sich die Gleichgesinnten nicht gegenseitig auf die Zehen treten, daß sich nicht elitäre Gruppen innerhalb der Gemeinschaft bilden und diese mißbrauchen, daß nicht einzelne oder kleine Gruppen der

Mehrheit ihren Willen aufzwingen, sondern daß dem Gedanken des Mit-einander Priorität eingeräumt wird, gegenüber der Alternative des Nebeneinander. Damit meine ich natürlich in erster Linie das bürgerliche Einzelmitglied und erst in zweiter Linie seine Selbsthilfeform.

Unter diesem Aspekt stellen sich die Möglichkeiten der anderen Wege wie folgt dar: Unter der Voraussetzung eines möglichst enggefaßten wirtschaftlichen Endziels, weitgehendem Verzicht auf Gemeinschaftseigentum und damit Gemeinschaftskapital, des Verzichtes auf den Zwang zur Nachhaltigkeit, der Solidarität, des umfassenden Verbundgedankens, und so lange sich Freiwilligkeit und wirtschaftlicher Vorteil nicht gegenseitig ausschließen, sind die anderen Selbsthilfeformen nicht nur alternativ denkbar, sondern können auch Teil eines gemeinsamen Weges sein. Ihre Grenzen finden diese Möglichkeiten in der selbstgewollten Beschränkung der Mittel, worin sie sich von den Genossenschaften der heutigen Prägung unterscheiden. Mit anderen Worten: je rigoroser die Beschränkung der Mittel, desto enger die Grenzen, je umfassender der Mitteleinsatz, umso weiter werden die Grenzen, umso mehr aber auch die Annäherung an die genossenschaftliche Selbsthilfeform, die sie letztlich ja, wenn auch zeitverschoben, erreichen können.

Josef Pichler

Nach den so grundsätzlichen Ausführungen meines Freundes Erwin Walasek, möchte ich auch ein paar Gedanken zu dem Thema „Möglichkeiten und Grenzen aus genossenschaftlicher Sicht“, zu den neuen Wegen der Selbsthilfe skizzieren.

Die Tätigkeit der Maschinenringe stellt ebenso wie die genossenschaftliche Tätigkeit eine Förderung der Mitglieder dar. Die Ringe setzen Maschinenkapazitäten gegen Kostenvergütung rational ein. Die Vorstellungen des Herrn Schriebl zeigen, daß es zur Kostensenkung der diversen Arbeitsprozesse gekommen ist. Was gut ist, bewährt sich. Der vermehrte Einsatz der Maschinenringe beweist diese These.

Zur sozialen Betriebshilfe. Das ist bitte ein Gebiet, der sich auch die Genossenschaften aus der Sicht des Förderungsauftrages hätten annehmen können. Ich kann mich daran erinnern, daß wir etwa vor 15 Jahren dieses Thema in einer bestimmten Genossenschaft eingehend behandelt haben. Diese Betriebshilfe einzuführen, war jedoch nicht durchführbar, weil das Arbeitsrecht und der Kollektivvertrag in der Genossenschaft auf alle Beschäftigten auszudehnen ist und sie einschließt. Damit stehen wir in einer Kostenwirtschaftlichkeit, die den Einsatz nicht mehr gewährleistet. Außerdem waren wir zu

dieser Zeit zu Beginn dieser Ringbildung, die ja sehr massiv vom Bund und auch vom Land gefördert wurden. Insgesamt sehe ich in dieser gesamten Tätigkeit nichts anderes, als die, der Genossenschaft, dem Mitglied, nach dem Förderungsauftrag zu dienen.

Zur Styriabrid möchte ich auch ganz grundsätzlich sagen, daß die Agrosserta im Absatz der Schweine für alle Schweineproduzenten in der Steiermark zuständig ist und sich verpflichtet fühlt. In der genossenschaftlichen Verwertungstätigkeit verstehen wir die Preisbildung ausschließlich bezogen auf die Qualität. Ich möchte aber mit Freude hier sagen, daß die Styriabrid im Jahre 1972 mit Unterstützung der Agrosserta gegründet worden ist, weil ja viele Schlachter auf dem Markte in der Styriabridbildung durch die Anbotzusammenfassung für sich eine schlechte Entwicklung gesehen haben. Ziel der Styriabrid ist die organisierte Produktion, die in folgenden Ansätzen klar dargestellt worden ist. Es umfaßt die Zucht, die gemeinsame Futterbeschaffung, das gemeinsame Angebot und den Erfahrungsaustausch. Zum betriebswirtschaftlich kommerziellen Selbstverständnis dieses Ringes, und darin sehe ich seine Rolle, gehört die kompromißlose Optimierung des Erfolges. Im Außenverhältnis zeigt sich dies im Billigsteinkauf der Produktionsmittel und in der ebensolchen Maximierung des Verkaufserlöses. Eine Positionierung die dem Ringmitglied vorbehaltlos dient. Im Bezug auf die Genossenschaft haben wir hier völlig gleiche Ziele. Die Genossenschaft steht aber in einem Förderungsauftrag, der wesentlich umfassender ist als der Förderungsauftrag des Ringes. Das bedingt die Vielseitigkeit unserer Tätigkeit. Daraus ergeben sich aus dem breiteren bäuerlichen Gesamtinteresse, das wir zu vertreten haben, Kompromisse gegenüber den Einzelgruppeninteressen, z. B. fühlen wir uns selbstverständlich verantwortlich für die Entsorgung der Einstellermärkte hier besonders für die Bergbauern, für die Rinderversteigerung, für die Züchter und die Mastrinderverwertung. Daher ist genossenschaftlich die wirtschaftliche Solidarität breiter angelegt, für alle bäuerlichen Produktionsgruppen. In der genossenschaftlichen Praxis ergibt sich daraus ein Spannungsfeld, ich würde sagen, ein sehr natürliches Spannungsfeld, bei der Überbetonung von Einzelgruppeninteressen gegenüber den breiten Interessen der Produzenten der Bauern in der Steiermark. Voraussetzung ist die Wettbewerbsgleichheit, unter denen Schweine angeboten werden, eine Wettbewerbsgleichheit, die wir nicht in allen Fällen gewährleistet sehen, insgesamt sind wir, das möchte ich besonders betonen, nicht nebeneinander angesiedelt, sondern miteinander angesiedelt, um

den Förderungsauftrag gegenüber unseren Bauern zu erfüllen.

Zum nächsten Thema, das betrifft die Selbstvermarktung. Die Selbstvermarktung ist eine selbstverständliche Eigentümlichkeit, die seit Jahrzehnten praktiziert wird. Sie ist gesetzlich genehmigt, gesetzlich zugelassen. Wir haben also gehört, welchen Voraussetzungen sich der Selbstvermarkter unterziehen muß. Es ist interessant, daß nunmehr auch in unseren Bezirkshauptstädten die Selbstvermarktung Eingang gefunden hat und daß sich diese Selbstvermarktung auch eines regen Zuspruchs bestimmter Käuferkreise erfreut. Die Selbstvermarktung ist nicht generell organisiert. Die Einrichtung dazu muß sich der einzelne bäuerliche Unternehmer schaffen und ich glaube sicher sagen zu können, daß das nicht nur Erfolgslehrnisse bringt, sondern, daß es hier auch ganz große Rückschläge in bestimmten Zeiten bei dieser Selbstvermarktung gibt. Ich glaube aber, daß es richtig ist, daß diese Form der Selbsthilfe und der Eigenhilfe auch in der Zukunft aufrecht erhalten wird und wenn das Käuferinteresse vorhanden ist, daß diese Selbstvermarktung gepflegt wird. Ich möchte allerdings eine Einschränkung machen, das betrifft also die Selbstvermarktung der Milch auf den bäuerlichen Märkten in unseren Bezirkshauptstädten.

Das Problem der Selbstvermarktung der Milch ist ja ein weit über dieses Thema hinausgehendes. Ich möchte dazu nicht Stellung nehmen. Die Frage der Selbstvermarktung der Milch wird sicherlich mit einer zentralen Frage der Marktordnungsverhandlungen sein. Und was schließlich die jüngste Aktivität unseres Weinbaus betrifft, so haben wir mit großem Interesse die Ziele, die hier verfolgt werden, gesehen. Ich glaube, nur eines mit auf diesen Weg zu geben: daß jeder Erfolg auf diesem Gebiet selbstverständlich die Solidarität der Bauern und die Disziplin der Bauern voraussetzt. Wenn das im Weinbau nicht erreicht wird, dann glaube ich, werden viele Voraussetzungen, die hier geäußert werden, in der Konsolidierung gerade dieses Marktes eine Illusion bleiben.

Ich möchte zusammenfassen und feststellen, daß ich zwischen der genossenschaftlichen Tätigkeit und der Selbsthilfeeinrichtungstätigkeit im Dienst am Bauern überhaupt keinen Widerspruch sehe. Wir sind also Selbsthilfeeinrichtungen insgesamt, wir sollten aus den Positionen, in denen wir auch stehen, den Kontakt in all diesen Fragen zueinander suchen, um auf diese Weise die besten Voraussetzungen zu schaffen, den Interessen unserer Bauern, für die wir da sind, zu dienen.





Gen. Zentralbank AG	Waren-zentrale Österr. Verbände WÖV	Österr. Molkerei- und Käserei-verband OEMOLK	Verband österr. Viehverwertungs-genossensch.			13 Zentrale Genossenschaftseinrichtungen	Informat. Stelle für gen. Holzverwertung	Verband Österr. Imkerge-nossensch.
4 Zentralkassen	4 Waren-verbände	5 Molkerei-verbände	7 Zentralge-nossensch.	8 Revisions-verbände	2 Winzerver-bände	16 Zentrale Genossenschaftseinrichtungen		
1002 Raiffeisen-kassen	173 Raiffeisen-Lagerhäuser	78 Molkereien, 792 Sonst. Milch-verwert.- und Milchsammel-genossensch.	188 Viehabsatz-, Zucht- und Viehverwert. Genossensch.	225 Sonstige Genossensch.	47 Winzergenossensch.	17 Obst- und Gemüsever-wert. Genossensch.	20 Holzverwert. Genossensch.	6 Imkerge-nossensch.
1.506.586	204.940	188.058	49.882	105.374	14.104	10.801	2.694	4.622

Gesamtmitgliederstand: 2.087.061

Stand 1. 1. 1982

30

RAIFFEISEN IN DER STEIERMARK

Sekundärstufe	Raiffeisen-Zentralkasse	Steirischer Landwirteverband	Agrarverwertungs-verband Agrosserta	Raiffeisenverband Steiermark (Revision und Anwaltschaft)
	Kredit-	Waren-	Verwertungs-	Nutzungs-
Primärstufe	Genossenschaften			
	105 Raiffeisen-kassen 376 Bankstellen insgesamt	13 Landwirt. Waren-genoss. 8 Waren-führende Molkereigenosss. 207 Lagerhäuser insgesamt	15 Molkereien. 14 verschiedene Verwertungs-gen. (Wein-, Obst-, Holz-, Gemüse-Genossenschaften)	91 Viehzucht- genossenschaft. 19 Weidegenoss. 9 sonstige Gen. (Maschinen-, E-Werksgenoss. usw.) 21 sonstige (Einförstungs-, Bürgschafts-, Pachtgenoss., Reisebüros usw.)
474.688 Mitglieder insgesamt				

Stand 1. 1. 1984

Im steirischen Raiffeisenwesen sind rund 7000 Menschen beschäftigt. Raiffeisengenossenschaften sichern jedoch im gesamten Geflecht der Wirtschaft weitere tausende Arbeitsplätze.

HANDEL UND GENOSSENSCHAFT - KONKURRENZ ODER NOTWENDIGE ERGÄNZUNG?

Ich habe mein Kommen aus der Überlegung heraus zugesagt, daß gerade im Handel über die Genossenschaftsfrage viel diskutiert wird und es bei dieser Tagung die Möglichkeit gäbe, einander die gegenseitigen Standpunkte näherzubringen.

Auf die mir selbst gestellte Frage, warum wird so eine Veranstaltung durchgeführt, komme ich persönlich zu 3 möglichen Gründen:

1. eventuell Gemeinsames zu finden,
2. Aufkt zu neuen Aktivitäten der Genossenschaften,
3. oder eine Standortbestimmung dieser Institution zu geben.

Handel und Genossenschaften — ein ständiges Thema, und erst bei meiner letzten Bezirksveranstaltung des Handels in Leibnitz hat dieses Thema einen breiten Diskussionsraum eingenommen.

Man hört hier Kritik, auch Kritik über die Einsatzfähigkeit von Geld und Einfluß, und man spürt auch Besorgnis über einen Verdrängungswettbewerb. Vorerst erlauben Sie mir, die Frage zu erörtern, wer und was ist der Handel? Ich möchte es vorwegnehmen, daß nach der Gewerbeordnung auch die Genossenschaften zum Handel dazugehören.

Österreichweit wird im Handel ein **Umsatz von 790 Mrd. Schilling** getätigt, wovon auf den **Einzelhandel 270 Mrd.** und auf den **Großhandel 520 Mrd. Schilling** entfallen.

Beschäftigt werden im **österreichischen Handel 420.000 Personen**, wobei interessant zu vermerken ist, daß in den Jahren 1973 — 1981 eine **Beschäftigtzunahme von 7,3%** erfolgte, in der übrigen Wirtschaft eine Zunahme von **1,3%**.

Aus diesen Zahlen ist zu entnehmen, daß der Handel gerade in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit zunehmend Arbeitskräfte beschäftigt.

Als Vergleich ganz interessant, glaube ich, ist die Beschäftigtenzahl der Steiermark aus dem

Jahr 1983 mit 35.000 Beschäftigten.

Dies besagt, daß **14,5% aller Unselbständigen** im Handel tätig sind.

Unter dem Giebelkreuz werden in Österreich **100 Mrd. S umgesetzt**. Die österr. **Raiffeisenwarengruppe** setzt in ihren Lagerhäusern **27 Mrd. S** um,

in den Zentralen und Landeshauptstädten **25 Mrd. S**.

Der **steirische Landwirteverband** hat einen Umsatz von **3,1 Mrd. S** und einen **Beschäftigtenstand von 384 Personen**.

Demgegenüber vielleicht ein Umsatzvergleich von **Konsum Österreich**, der rund **28 Mrd. S** im vergangenen Jahr umgesetzt hat.

Im Maschinenzeitalter beherrschten der Liberalismus und Kapitalismus die Wirtschaft.

Raiffeisen erkannte diese Situation und hat im Jahre 1886 die 1. Raiffeiseniederlassung gegründet.

Es war damals eine

bäuerliche Selbsthilfeorganisation

mit dem Auftrag, bäuerlichen Mitgliedern Agrarerzeugnisse zu besten Preisen zu verkaufen und andererseits die Landwirte mit Düngemittel, Saatgut und Futtermittel und ähnlichem zu versorgen.

Erlauben Sie mir, gerade bei diesem Punkt einen Abstecher in die Gegenwart und aus den Landwirtschaftlichen Mitteilungen des Jahres 1982 eine Interview-Aussage des damals neu gewählten Obmannes des Landwirteverbandes, ÖR. Pitzer, zu zitieren:

Er meinte:

„Heute ist landauf landab ein Einheitspreis und man weiß, daß man nicht übers Ohr gehauen wird und daß man sämtliche Waren, die man braucht, preiswürdig überall kaufen kann.“

Eine Aussage, die, wie ich glaube, auf die Gründungszeit der Lagerhausgenossenschaften zurückzuführen ist.

Dieses Interview von ÖR. Pitzer hat in unseren Reihen für Aufregung gesorgt und ich bin in diesem Zusammenhang oft gerade mit der vorhin zitierten Aussage konfrontiert worden, da man sie auf heute bezogen hat.

Aus dieser Selbsthilfeorganisation ist eine Wirtschafts- und Handelsmacht entstanden — „Der grüne Riese“.

Ich weiß, ein Ausdruck, der Ihnen vielleicht nicht sehr gut gefällt, aber ich glaube, gerade gemessen an den Umsätzen und an der Potenz dieses Unternehmens ist die Größe richtig ausgedrückt.

Unter dem „Grünen Riesen“ werden heute u. a. folgende Unternehmen geführt:

Haus, Hof und Garten, ein Betrieb, der von Tee über Kosmetika bis zu Kinderartikeln alles vertreibt; ein Maschinen- und Treibstoffring; Bauernland, das mit der Meini-Gruppe gemeinsam betrieben wird; Maxi-Märkte; Nahversorgungsbetriebe und Supermärkte vor den Toren großer Städte.

Wobei beim Begriff „Nahversorgung“ insbesondere die Lagerhäuser verstanden werden, die sich nicht so sehr konkurrieren etwa mit dem Konsum, sondern wesentlich mehr mit den etablierten Gewerbetreibenden.

Gerade der Ausdruck „Nah — für alle da“, den Sie in Ihrer Werbung oft gebrauchen, zeigt, daß diese von der Gründung her gedachte Selbsthilfeorganisation zu einem Unternehmen jedermanns geworden ist.

Man trifft mit dieser Struktur nicht etwa den Hofer, Billa oder andere Anbieter, sondern gerade im ländlichen Raum, den, wie ich schon vorhin ausgedrückt habe, etablierten Nahversorger.

Diese neue Form des Handels, die nicht verstaatlicht und nicht privat ist, wurde vielleicht als Gegengewicht zum Konsum gegründet, wobei uns sehr wohl bekannt ist, daß es gerade für den Konsum eine Sonderregelung der Warenrückvergütung gibt, die sonst keinem anderen Unternehmen des Handels offensteht.

Diese von mir eben beschriebene Entwicklung der „Grünen Genossenschaften“ bezieht sich auf ganz Österreich, wobei besonders anzumerken wäre, daß man in der Steiermark nicht so weit gegangen ist, ich meine hier besonders die Bauern- und Maxi-Märkte. Wenn wir uns die Frage des Wettbewerbsvorteiles der ländlichen Genossenschaften zuwenden, so fällt besonders die Finanzstärke auf — Eigenmittel, die von den Mitgliedern aufgebracht werden — und einen wesentlichen handelspolitischen Vorteil darstellen.

Etwa bei der Industrie, die durch die Lagerhausorganisation noch nie Geld verloren hat und für diesen Partner ein interessanter Vertriebskanal ist, durch die Lagermöglichkeiten und das große Vertriebsnetz.

Ein Monopol gibt es mit **90%** bei der Milchvermarktung und zu **75%** bei der Getreidevermarktung.

Hier muß erwähnt werden, daß gerade der bargeldlose Einkauf im Zuge der Gegenverrechnung — wertneutral gesehen — ein wesentlicher Vorteil ist. In der Genossenschaftsstruktur finden sich 2 Äste:

Der eine im Wettbewerb und der andere im wettbewerbsfreien Raum,

wobei die Genossenschaften in der glücklichen Lage sind, Mittel des einen Sektors im anderen Sektor einzusetzen.

Nicht ganz unproblematisch ist auch der Umstand, daß Erzeugung, Veredelung, Verkauf sich in einer Hand befinden, in der sogenannten Familie der Genossenschaften.

Um nicht einen falschen Eindruck zu erwecken, möchte ich ganz besonders betonen, daß uns selbstverständlich bewußt ist, welchen wichtigen Faktor die landwirtschaftlichen Genossenschaften für die Beschaffung der Vertriebsmittel und die Vermarktung der Produkte für die Landwirtschaft und für ganz Österreich darstellen.

Konkurrenz oder Ergänzung — Genossenschaft und Handel

Zum Interessenausgleich:

Erlauben Sie mir, hier mit einem Kompliment an Sie zu beginnen. Es ist Ihnen gelungen, die Frage der Bergbauern und des Landschaftshüters in weitesten Kreisen der Bevölkerung bewußt zu machen.

Für uns ist der Nahversorger der Greiflär, wie für Sie der Bergbauer. Ist doch der Nahversorger jener, über den der größte Teil an preisgeregelten Waren abgesetzt wird.

Er ist auch jener Handelszweig, der gerade Ihre landwirtschaftlichen Produkte wie Milch, Butter, Eier, Käse, Mehl, Obst und Fleisch für Sie verkauft, und der sich im Konkurrenzkampf mit Ihnen sieht. Wie sich das beim Verkauf der preisgeregelten Waren verhält, haben Sie ja selbst in Ihren Milchsondergeschäften erkannt.

Der Nahversorger trägt ganz wesentlich zur Lebensqualität im ländlichen Raum bei.

Und ich könnte mir einen Fremdenverkehr gerade bei uns in der Steiermark ohne diese Lebensqualität, die der Nahversorger zu vermitteln in der Lage ist, nicht vorstellen.

Wobei ich in den Begriff des Nahversorgers den Bäcker, Landmaschinenhändler, aber auch die Reparaturwerkstätten einschließen möchte.

Für diese eben vorhin beschriebenen Nahversorger ist eine ganz andere Situation gegeben als etwa für den städtischen Bereich. Ist im ländlichen Raum eine geringe Kundenfrequenz, eine genau einzuschätzende Käuferersicht, so findet man in der Stadt einen wesentlich größeren Anteil an Laufkunden

und eine ganz andere Wettbewerbssituation.

Im Einzugsgebiet einer landwirtschaftlichen Genossenschaft finden sich heute nicht mehr sehr viele Händler. Denn gerade das breite Angebot der ländlichen Genossenschaften, beginnend beim Traktor über Saat- und Düngemittel bis zur Eisenhandlung, Tankstelle und vieles andere, prägt die Konkurrenzsituation.

Ich kann als Unternehmer vollkommen verstehen, daß Sie oft eine Mischkalkulation vornehmen.

Erlauben Sie mir einen handgreiflichen Vergleich mit den Treibstoffen.

Sie bieten oft Benzin auf oder unter den Gestehungskosten Ihrer Mitanbieter an.

Sie machen das deswegen, um eine dementsprechende Kundenfrequenz in Ihren Lagerhäusern zu erreichen.

Der mitanbietende Nahversorger, der einen großen Anteil seines Umsatzes mit preisgeregelten Waren tätigt, vor allem auch mit Ihren landwirtschaftlichen Produkten, könnte oftmals auch aus den Umsätzen der Tankstelle jenen Gewinn erwirtschaften, der ihm das Überleben ermöglichen könnte, wenn Sie ihm nicht diese Möglichkeit durch Ihre Diskontpreise nehmen würden.

In den Lagerhäusern agieren Manager mit Organen autonom, wobei die nachgelagerte Stufe der vorgelagerten zu dienen hat.

In einem Einzugsgebiet hängt das Klima meistens von den Direktoren ab. Und es wird von unseren Mitgliedern oft über allzu persönliche Entscheidungen berichtet.

Weniger glücklich agierende Genossenschaften werden von anderen Genossenschaften übernommen.

Ein Vorgang, der in der übrigen Wirtschaft in dieser Form unmöglich wäre. **Generaldirektor Lunacek** hat in einem Interview am 27. Juli 1983 folgendes gesagt:

„Da die Raiffeisenlagerhäuser ihren Förderungsauftrag mit den Erträgen aus dem landwirtschaftlichen Geschäft allein nicht mehr decken können und die für die Landwirtschaft geschaffenen Kapazitäten auszulasten sind, werden Zuerwerbsbereiche forciert, die befriedigende Ergebnisse zeigen. So könnte im Bereich Haus — Hof — Garten eine Steigerung von 29% verzeichnet werden.“

Eine Meinung, die die Frage aufwirft: Was heißt geschaffene Kapazität? Sind sie zu groß geschaffen worden? Mit Absicht?

Wären sie bei normaler Unternehmerentscheidung auch so groß angelegt worden?

Und unter dem Begriff Zuerwerbsbereiche sollen hier neue Wege eingeschlagen werden, mit einem Wort: Wächst der Riese weiter?? Schmälern die Überkapazitäten nicht auch die Gewinne der Mitglieder?

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang die Frage zu stellen: Ist der Gewinn der Genossenschaft ein Gewinn des Mitgliedes?

Dies zu beantworten würde das Thema meines Vortrages überschreiten.

„**Das Schicksal des Menschen ist nicht die Wirtschaft, sondern die Politik**“ meinte **Professor Krejci**, Generalsekretär der Industriellenvereinigung bei seinem Vortrag vor einer Woche. Und damit wäre ich bei der **politischen Thematik** angelangt.

Hohe Politiker meinten ganz offiziell: „**Die Genossenschaft schlagen und die ÖVP treffen**“.

Minister Haiden meinte, „die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben in weiten regionalen Bereichen eine Monopolstellung und haben mit brutaler Gewalt die gewerbliche Konkurrenz ausgeschaltet“.

In Oberösterreich wurde ein Schutzverband gegen die Lagerhausgenossenschaften gegründet, ebenso in Niederösterreich eine Bürgerinitiative.

Und wie ich schon eingangs gemeint habe, gibt es keine Zusammenkunft von Händlern, bei der nicht die Genossenschaftsfrage eine wesentliche Rolle spielt.

Und ich höre so oft die Frage: „Wollen uns denn unsere Gesinnungsfreunde vernichten oder umbringen?“

Und bei diesem Gedanken erlauben Sie mir, daß ich nochmals **ÖR. Pitzer** zitiere, der gemeint hat, „ich werde doch lieber dort einkaufen, wo meine Gesinnung im Unternehmen vertreten ist“.

Und deshalb glaube ich, daß das auch eine **Frage der Gesinnung** ist. Genossenschaft und gewerbliche Wirtschaft ergänzen sich.

Es gibt einige Bereiche, wo das der Fall ist. Ich denke z. B. an die Verwertung von Obst und Fleisch.

Sehr positiv haben unsere Mitglieder auch vermerkt, daß sich Präsident Buchberger und NR. Lafer gerade in diesen beiden Bereichen für einen Ausgleich eingesetzt haben.

Und dies ist eine Marktgemeinschaft mit freiem Wettbewerb.

Ein gemeinsames Vorgehen in der Frage der Krisenbevorratung könnte der Wirtschaft viele Vorteile bieten und der Bevölkerung Sicherheit beschaffen.

Ich glaube, daß diese Krisenbevorratung ein Thema wäre, wo wir gemeinsam viel Positives bewirken könnten. Eine Ergänzung zwischen Raiffeisen und Handel sehe ich auch darin, daß, wie schon aufgezeigt, wir landwirtschaftliche Produkte verkaufen und auch oftmals Kreditnehmer bei den Raiffeisenbanken sind.

Zum Schluß komme, erlauben Sie mir nochmals **Generaldirektor Lunacek** zu zitieren, der in einem Interview am 25. Jänner 1984 meinte:

„Auch wir fühlen uns einer Wirt-

schaftspolitik verpflichtet, die die Bedeutung eines breiten Mittelstandes erkennt und den ökonomischen Pluralismus, also die Lebensfähigkeit, möglichst vieler, auch kleinerer und mittlerer Unternehmen in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellt.“

Es ist verständlich, daß ich hier die gleiche Meinung vertrete wie Ihr Generaldirektor und glaube, daß das Gedanken der Partnerschaft sind und Gedanken, die eine Gesprächsbereitschaft bekunden könnten.

Wir würden uns vorstellen, im Zuge des Interessenausgleiches Gemeinsames zu fördern, Trennendes auf ein Niveau zu bringen, welches für jeden noch tragbar erscheinen könnte.

Ich weiß, daß es Groß und Klein gibt und immer geben wird. Dieser Unterschied sollte unter Gesinnungsfreunden nichts Beherrschendes, sondern Partnerschaftliches beinhalten.

Ich bitte Sie, keine Verdrängungsstrategie zu verfolgen und um eine bewußte Selbstbeschränkung.

LR. Riegler hat den Begriff des ländlichen Raumes wesentlich geprägt. Und ich bin der Meinung, daß der Nahversorger in alle Überlegungen des ländlichen Raumes einzubeziehen wäre.



Wenn das Wetter paßt, gehen viele Geschäftsleute neuerdings auch auf den Platz vor dem Laden — dem Kunden entgegen. Gutes Service und Charme sind das Um und Auf für den angestrebten Erfolg.



33

Viele Handelspartner wissen es längst: „Ja zu A“ bedeutet auch heimisches Obst und österreichischen Käse anzubieten. Das Defizit in der Agrarhandelsbilanz verlangt dringend ein Umdenken.

Nahversorgung spart Zeit und Geld

Was Nahversorgung bedeutet, spürt man erst dann, wenn in einer ländlichen Region oder in einem städtischen Gebiet der „Kaufmann um die Ecke“ sein Geschäft aufgibt. Die Nähe zu den wichtigsten Gütern des Lebens ist auch ein bedeutsamer Kostenfaktor geworden. Wer viele Kilometer fahren muß, um beispielsweise Brot zu kaufen, der gibt für den Transport viel mehr aus, als die Ware kostet.



Der Bauer ist darauf angewiesen, daß er seinen Bedarf im engeren Umkreis decken kann. Das spart Zeit und Geld. In den Tagen der Ernte kommt es auch auf rasche Dienstleistungen an.

DIE STELLUNG DER GENOSSENSCHAFTEN IN DER MODERNNEN AGRARPOLITIK

Zur Situation der Agrarpolitik:

In der Agrarpolitik stehen die Genossenschaften und die Bauern vor großen Problemen. Sie sind gemeinsam in Bedrängnis

- durch die Krise im Absatz- und Preisbereich
- durch die Eigentums-, Steuer- und Sozialpolitik
- durch die Wirtschafts-, Budget- und Arbeitsmarktpolitik.

Die österreichische Agrarpolitik stagniert seit Jahren. Wir stehen daher vor schwersten Aufgaben.

Die grundsätzliche Frage ist

- zentrale Gängelung der Land- und Forstwirtschaft oder
 - Entwicklung im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft.
- Das bedeutet besondere Anforderungen
- an die Bauern
 - an die bürgerliche Interessenvertretung
 - an die wirtschaftlichen Organisationen der Bauernschaft.

Es geht vor allem

- um die Gestaltung der **Handelspolitik**.
- Absicherung der inländischen Produktion
- keine einseitige Liberalität
- um die Gestaltung der **Strukturpolitik**
- den kleinen und mittleren Betrieben Überlebenschancen sichern.

Die Bedeutung der Genossenschaften für die Land- und Forstwirtschaft

Zur Bedeutung im allgemeinen:

Im Österreichischen Raiffeisenverband als Dachverband der Raiffeisen-Organisationen sind rund 2.440 autonome, nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten geführte Einzelgenossenschaften mit ihren rund 2.500 Filialen zusammengefaßt.

- Diese 2.440 Raiffeisen-Genossenschaften haben insgesamt 2.101.000 Mitglieder, sie beschäftigen 47.500 Mitarbeiter und werden von 32.000 demokratisch gewählten Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern geführt.
- Mit Investitionen in der Höhe von rund 4 Mrd. Schilling (im Jahre 1982) ist Raiffeisen ein wichtiger Auftraggeber für die österreichische Wirtschaft.
- Raiffeisen-Betriebsstätten sind in vielen Fällen in strukturschwachen Gebieten angesiedelt, wo Arbeitsplätzen ein besonderer hoher Stellenwert kommt.

Zur Bedeutung für die Land- und Forstwirtschaft:

Von den rund 1.330 Waren- und Verwertungsgenossenschaften werden 90% der von den Bauern angelieferten Milch übernommen / verarbeitet; 65% der Brot- und Industriegetreideernte und

70% der Futtergetreideernte sowie 25% der Traubenernte vermarktet; 70% der Mischfutternachfrage gedeckt; 35% der inländischen Vermarktung von Schlachtrindern und Schweinen, aber auch 40% des Exportes von Schlachtvieh und Fleisch abgewickelt; 75% des Düngemittelabsatzes und 60% des Absatzes von Saatgut und Sämereien besorgt.

In der Finanzierung der Land- und Forstwirtschaft ist Raiffeisen mit einem Marktanteil von über 67% vertreten.

Aber auch in der Finanzierung der anderen wichtigen Wirtschaftsbereiche des ländlichen Raumes (Fremdenverkehr, Gewerbe) ist Raiffeisen mit einem Marktanteil von rund 30% führend.

Problematik Landwirtschaft: Markt

1. Der Anteil der Bauern an den Ernährungsausgaben sinkt

Im Jahre 1980 kamen von S 100,—, welche die österreichischen Hausfrauen für den Ankauf von Lebensmitteln ausgaben, nur mehr rund S 37,— über dem Erzeugerpreis den Bauern zugute. S 63,— entfielen auf die Marktpanne.

• Der Weg vom Bauern als Erzeuger von Nahrungsmitteln zum Verbraucher ist im Laufe der Zeit länger geworden.

• Zwischen Landwirtschaft und Konsumenten schob sich Schritt für Schritt eine expandierende Nahrungs- und Getreidemittelindustrie.

• Der Bauer wandelte sich vom Erzeuger von Nahrungsmitteln zum Rohstofflieferanten.

Diese Entwicklung ist bisher weltweit ähnlich verlaufen:

• Je höher der Lebensstandard, umso mehr industriell „veredelte“ Nahrungsmittel werden konsumiert.



2. Viele kleine Anbieter — konzentrierte Nachfrage

Die Erzeugnisse der rund 300.000 Bauern Österreichs werden zum Großteil von marktbeherrschenden Händlerorganisationen (Handelsketten) angekauft. Diese sind an der Produktion des einzelnen Bauern nicht interessiert. Die Bauernschaft muß daher ihr Angebot bündeln; sie muß sich verstärkt um Zusammenarbeit bemühen.

Neue Herausforderungen — neue Antworten

- Die Entwicklung des Marktes läuft also zu ungünsten der Landwirtschaft.
- Die Kosten für die landwirtschaftlichen Betriebsmittel steigen viel rascher als die Preise für die Erzeugnisse der Bauernschaft.
- Die „Ein-Mann-Betriebe“ überwiegend; viele Bäuerinnen sind überlastet. Ergänzend zu den Genossenschaften brauchen wir daher weitere Formen von Zusammenschlüssen:

Zum Beispiel Maschinen- und Betriebshilferinge:

• Den 40 Maschinen- und Betriebshilferingen der Steiermark gehörten 1983 6.775 Betriebe an; der Förderungserfolg liegt in der Senkung der Mechanisierungskosten; in gut geführten Ringen können bis zu S 1000,—/Hektar und Jahr an Maschinenkosten eingespart werden.

Zum Beispiel Erzeugergemeinschaften:

• In der Steiermark haben wir 18 Schweineerzeuger — auf Landesebene in der „Styriabrid“ zusammengefaßt und 9 Rindermastring — auf Landesebene lose zusammengeschlossen.

Vorteile:

- in der Züchtung und Fütterung,
- in der Beratung und tierärztlichen Betreuung,
- in der Angebotssteuerung,
- in dem die Produktion in bäuerlicher Hand bleibt.

Das heißt, auf die neuen Herausforderungen von Seiten des Marktes und der

Preis- und Kostenentwicklung geben wir Antwort

- durch verstärkte Zusammenarbeit mit den Genossenschaften;
- durch die Schaffung neuer Gemeinschaften.

Der Sinn ist nicht zusätzliche Konkurrenz, sondern Arbeitsteilung und Funktionsergänzung.

Das Genossenschaftswesen und die Zukunft der Bauernschaft

Wenn die Trends ihre Richtung beibehalten, dann

- weiterhin Probleme im wirtschaftlichen Bereich:

- steigende Kosten für Betriebsmittel
- Belastungen durch Steuerpolitik
- Belastungen durch die Sozialpolitik
- weiterhin Auseinandersetzung um die Anerkennung der Leistungen der Land- und Forstwirtschaft:
- keine Zuerkennung kostendeckender Preise
- keine Abgeltung der außerökonomischen Leistungen der Bergbauern.

Das Bemühen um die volle wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und der Bauernschaft in die Wirtschaft und Gesellschaft unseres Landes wird daher auch in Zukunft eine bedeutende Aufgabe der Agrarpolitik sein.

Und es muß uns vor allem auch darum gehen, der Land- und Forstwirtschaft ihren Stellenwert in einem Marktgeschehen zu sichern, in dem die Konzentration immer stärker wird:

In Deutschland ist die Konzentration im Lebensmittelhandel soweit,

- daß 1 Promille der Geschäfte 42% des gesamten Lebensmittelhandels in der Hand hat und
- daß 20 Einkäufer des Handels über 80% des Einkaufsvolumens für 40 Handelsgruppen durchführen.

In Österreich sind

- 90% des Lebensmittelhandels in der Hand von 8 Konzernen bzw. Kettenor-

ganisationen und

- 50% des gesamten Handelsumsatzes in Österreich werden von ausländischen Firmen (Quelle: Hofer) gemacht.

Der Konsum Österreich hat mit Jahresbeginn 1984 die GERNGROSS-Kaufhäuser aufgekauft (einige davon gingen an die SPAR-Organisation) und konnte damit seinen Marktanteil im Lebensmittelhandel auf nahezu 30% aufstocken.

Im Handel sind also die Dinosaurier im Vormarsch.

Wenn wir nicht an die Wand gedrückt werden wollen, muß uns klar sein:

- Wer heute auf dem Markt etwas erreichen will oder Anbieter für den konzentrierten Lebensmittelhandel sein will, muß große einheitliche Mengen bester Qualität anbieten können.

In Österreich tritt seit vielen Jahren der einzelne Bauer kaum noch direkt als Anbieter auf den Markt, sondern über seine ihm eigenen Einrichtungen: die Genossenschaften. Natürlich soll der einzelne Bauer Markttchancen nutzen, wo immer sie sich bieten, aber die allgemeine Lösung ist das nicht.

Den Genossenschaften, dem Gewerbe, dem Handel und der privaten Industrie stellt sich eine neue Aufgabe:

- Es gilt Ergänzungen und Zusammensetzungsmöglichkeiten zu suchen und nicht in Gegensatz zu verfallen; beide Bereiche der privaten Wirtschaft haben die gleichen geistigen Wurzeln.

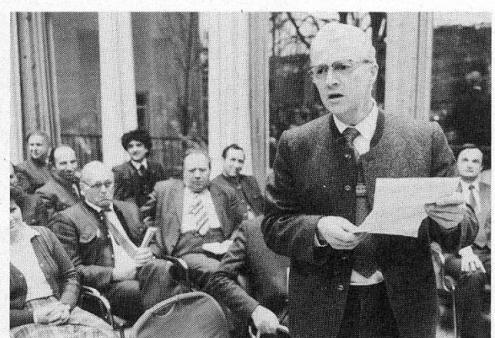
• Ich bin dabei für Augenmaß und gegen überallergische Reaktionen. Unsere gesellschaftliche Stellung, den Stellenwert der Land- und Forstwirtschaft auf dem Markt, können wir in Zukunft nur halten, wenn die Bauernschaft und das Genossenschaftswesen weiterhin eng zusammenarbeiten; sich als Familie sehen und danach handeln:

- sich offen aussprechen

— füreinander eintreten.

Die Säulen der Bauernschaft sind:

die bäuerliche Interessenvertretung, die politische Standesvertretung und die landwirtschaftlichen Genossenschaften.



Zu den Vorwürfen an die Genossenschaften:

Genossenschaften können ihren Mitgliedern nur dienen, wenn sie erfolgreich arbeiten. Dabei geht es nicht um den Tagesvorteil, sondern um die Sicherung des Angebotes und des Absatzes über Jahrzehnte hinweg. Das wird oft zuwenig bedacht, weil nicht genug Einsicht in das Funktionieren der Genossenschaften da ist.

• Neben einer starken zielführenden Werbung nach außen muß daher das Gespräch im inneren (mit den Mitgliedern, den Kunden, zwischen den Genossenschaften) verstärkt gesucht werden.

Seit einigen Jahren sind die Raiffeisen-Genossenschaften verstärkter Kritik ausgesetzt. Diese Kritik entspringt aus einer vorübergehenden, leicht durchschaubaren Motivation und ist häufig eine doppelzüngige:

• Von der SPÖ-Zentrale gibt es eine gezielte Kampagne gegen das bäuerliche Genossenschaftswesen. Zum Beispiel wird der Vorwurf erhoben, daß die Genossenschaften die Anteile der Bauern nicht verzinsen und daß es keine Rückvergütung gibt. Dabei hat aber gerade die SPÖ mit ihrer Mehrheit im Nationalrat diese Möglichkeit für die landwirtschaftlichen Genossenschaften mehrmals abgelehnt.

• Die Genossenschaften sind als eigenständige unabhängige private Unternehmen wirtschaftlich erfolgreich. Sie brauchen keine Staatshilfe und sind daher in keiner Weise von der SPÖ-Bundesregierung abhängig.

• Neben ideologischen und politischen Gründen spielt auch der Neidkomplex eine Rolle: „Die schlechten Früchte sind es nicht, an denen die Wespen nagen!“

• Das setzt sich fort in einer innerbetrieblichen aktuellen Information von unten nach oben aber auch in umgekehrter Richtung.

• Ein notwendiges Tätigkeitsfeld für Funktionäre und Manager ist auch der enge Kontakt mit den Mitgliedern und

Kunden. Die Bauern informieren sich am liebsten in der Form eines Gespräches; das heißt auf Kritik und Argumente eingehen und gegensätzliche Meinungen nicht „abschmettern“. Der Funktionär ist die Brücke vom Genossenschaftsmitglied zur Genossenschaft.

• Wichtig ist die Einbeziehung der Jugend und der Frauen in die Genossenschaften. Nur dann ist die Identifikation der gesamten bäuerlichen Familie mit den Genossenschaften möglich. Zuwenig ist es darüber zu reden, da müssen Taten gesetzt werden.

Ich bin zuversichtlich, daß sich das Genossenschaftswesen und die Bauernschaft gemeinsam gut entwickeln:

— auf der Basis eines gemeinsamen christlichen Menschenbildes und der gleichen geistigen Grundlage;

— aus dem Wissen um die Leistungsbereitschaft und das Verantwortungsbewußtsein aller in den Genossenschaften und

— aus der breiten und tiefen Verwurzelung der Genossenschaftsidee in der Bauernschaft.

Ich bin mir sicher:

Für die Zukunft der Bauernschaft sind die Raiffeisen-Genossenschaften ein unverzichtbarer Partner, miteinander lassen sich die Probleme besser lösen.

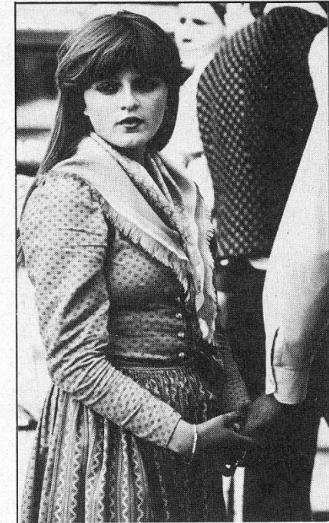
In diesem Zusammenhang ein Anliegen:

Kritik soll nicht auf die leichte Schulter genommen werden, von welcher Seite sie immer kommen mag, sondern soll als Herausforderung angenommen werden:

— das Bestmögliche für die Mitglieder zu leisten,

— das bestmögliche Verhältnis zu den Mitgliedern und Kunden zu haben,

— durch eine aktive Informationspolitik nach innen und außen für die Ausräumung von Mißverständnissen zu sorgen.



Bei allen Diskussionen der „Agrarpolitischen Tage“ war deutlich spürbar: Man soll die Frauen nicht nur in die Ehe mitnehmen, sondern auch in die Genossenschaften!

Kritik als Herausforderung im Sinne der Themenstellung:

Im wirtschaftlichen Bereich geht es um das Bestehen im harten Konkurrenz- kampf auf den Märkten.

• Marktstellung und Marktanteile sind laufend in Bewegung; im Agrarhandel kann sich niemand leisten, nicht aktuell zu sein.

• Wir bejahen daher auch den Wettbewerb;

ihm verdankt schließlich der Verbraucher günstige Angebote.

Es ist eine große unternehmerische Leistung, wenn sich die Genossenschaften gut entwickeln und das nicht auf Kosten der Steuerzahler, sondern durch die unternehmerische Initiativkraft der Genossenschaftsorgane.

Im ideologisch-psychologischen Bereich geht es um das Verständnis zwischen den Bauern und den Genossenschaften.

Eine aktive Informationspolitik im weitesten Sinne ist dafür die beste Voraussetzung.

• Das fängt damit an, daß man neue Entwicklungen und Möglichkeiten frühzeitig erkennt, darauf reagiert und darüber informiert.



Hans Meister, Alois Kowald und Heinz Lanzer griffen mehrmals in die Debatte ein

Peter Rosegger: Pionier der Genossen- schaftsidee

Die Bilder vom „Woazschäl'n“ und von der Kürbisernte könnten uns leicht in eine Nostalgie versetzen, die uns die alte Agrargesellschaft nur als „gute, alte Zeit“ erscheinen läßt. Von den Sorgen der damaligen Bauern erzählt uns „Der andere Peter Rosegger“, den Charlotte Anderle im L. Staackmann Verlag KG bzw. im Agrarverlag, Wien, herausgegeben hat: Rosegger im „Heimgarten“ — ein Vorkämpfer für die Genossenschaftsidee.

In dem viel beachteten Artikel „Bauernstand retten!“ (1897/XXI/939) warnte Rosegger vor billigen Kreditangeboten, die dem Bauern das Schuldenmachen allzu sehr erleichtern, ihn Spekulanten und Geldinstituten ausliefern und schließlich um Haus und Hof bringen könnten. Auf dem Prinzip der gemeinsamen Interessen beruhe die Macht der Stände. Körperschaften, Parteien und Staaten. Also müßten sich auch die Bauern in Genossenschaften zusammenschließen, sich beim Absatz ihrer Produkte unabhängig von Händlern und Zwischenhändlern machen, um so weit größere Erlöse zu erzielen.

„Die Bauerngenossenschaften werden, wenn einmal im Gange, eine größere Tragweite haben, als mancher heute ahnt. Es wird nicht immer so bleiben, daß der Zwischenhändler, der Spekulant, die Preise der Lebensmittel macht und Millionär wird, während der Bauer, der mit Fleiß und unendlicher Mühe die Sachen baut und schafft, als armer, mißachteter Schelm seine Tage verkümmern muß! — Man sagt zwar, der Bauernstand bei uns sei unabwendbar dem Verderben geweiht, weil es die Zeitumstände mit sich brächten. Ich glaube es nicht. Aber es wird auf den Bauern selbst ankommen, es wird auf die alte Tüchtigkeit und auf die neue Gemeinsamkeit ankommen. Arbeiten, sparen und zusammenhalten — auf das wird's ankommen!“ (1897/XXI/939)

„Jedes Gewerbe hat seine Schule, nur der bedeutsamste und mannigfältigste Beruf hat daran Mangel. Es sollte keiner einen Bauernhof übernehmen dürfen, der nicht die landwirtschaftliche Schule seines Bereiches hinter sich hat. — Dann im Berufe selbst, die Genossenschaften! Besonders die Gemeinsamkeit in der Bereitung, in dem Vertriebe der zu verkauften Nahrungsmittel. Daran fehlt es in unseren Ländern grob. (1918/XLII/461).



LIEBE GENOSSENSCHAFTER!

Dieser Brief richtet sich an Euch! Weniger an die Organisation Raiffeisen, sondern direkt an Euch, die ihr dieser Organisation vorsteht.

Jugend, Genossenschaften und Zukunft. Diese drei Begriffe werden auch von Euch bei Diskussionen immer häufiger verwendet.

Ich spreche Euch dafür mein ehrliches Lob aus, denn diese Einstellung zeugt von Weitsicht.

Das Interesse der Jugend an Raiffeisen ist sehr geteilt. Es reicht vom engagierten Handeln bis zur völligen Ablehnung. Wahrscheinlich ist dies nicht nur bei der Jugend der Fall. Ich frage mich des öfteren, ob Ihr in Zeiten eines schrumpfenden Bauernstandes auf die jungen Menschen verzichten könnt?

Könnt Ihr mir sagen, woran es liegt, daß Ihr so schrecklich unhandlich seid?

Warum müßt Ihr Euch so anstrengen Eure Bedeutung zu verkaufen, anstatt, daß wir Bauern uns um Euch bemühten?

Was ist die Ursache dafür, daß die Genossenschaften bei fast jeder Bauerndiskussion zur Sprache kommen?

Liegt es daran, daß sich so mancher beim Studium Eurer Organisationsform überfordert fühlt?

Oder ist es bedeutsam, daß Bauern ein gesundes Gespür für Gerechtigkeit, sprich Demokratie, haben und diese bei Euren Generalversammlungen nicht immer vorfinden?

Oder liegt den Bauern noch das Fachchinesisch im Magen, das der redegewandte Herr Direktor dem etwas zögernden Fragesteller als Antwort lieferte?

Eine pauschale Antwort darauf gibt es nicht!

Liebe Genossenschafter, macht Eure Anliegen erfaßbar.

Überschaubare Einheiten, hinter denen der Bauer steht, sind nicht minder konkurrenzfähig als Riesengebilde, die nur von einem Management am Leben erhalten werden.

Brecht eine Lanze für die Demokratie!

Macht den schriftlichen Abstimmungsvorgang zum Regelfall und verzichtet auf das Pressefoto, das die Delegierten bei der Stimmabgabe mittels Handzeichen zeigt.

Eine Bitte hätte ich noch. Sprecht möglichst viel mit uns, damit wir immer am laufenden sind. Kein ausgefeiltes Hochdeutsch, ganz einfach unsere Sprache, mit der wir uns sonst so gut verständigen. Und sagt das auch den Geschäftsführern weiter.

Einseitige Lösungen bei offenen Fragen sind zuwenig. Wir müssen gemeinsam ehrliches Bemühen zeigen.

Gelingt uns das, dann erlaube ich mir in meinem nächsten Brief an Euch, die beiden Wörter „Ihr“ und „Euer“ durch „WIR“ und „UNSER“ zu ersetzen.

Euer

Hans Strohmeier

Jungbauer in Dollrath,
St. Stefan im Rosental

WÜNSCHE DER LANDJUGEND

Künftige Hofübernehmer sind an einer guten Entwicklung des Genossenschaftswesens sehr interessiert. Das zeigten auch die „Agrarpolitischen Tage“ im Josef-Krainer-Haus. Was sich das Führungsteam des Bundes Steirischer Landjugend von den Genossenschaften — und für die Genossenschaften — wünscht, zeigen die folgenden Aussagen.

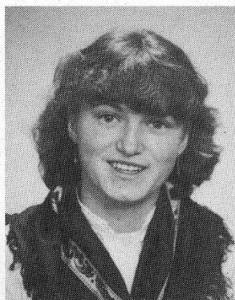


Andrea Nievoll, Bundesleiterin der Österreichischen Landjugend

Meine Stellungnahme betrifft nicht so sehr die Genossenschaft als Verein, sondern ihre Funktionäre. Ich müßte leider schon öfter die traurige Feststellung machen, daß Funktionäre bei Veranstaltungen zum Thema Genossenschaften sehr wohl bei den Referenten anwesend sind, bei der anschließenden Diskussion jedoch das „Weite“ suchen. Dies führt zu Unstimmigkeiten bei den Teilnehmern und Mitgliedern. Meiner Meinung nach erfahren die Funktionäre gerade bei der Diskussion die Probleme und Anliegen ihrer Mitglieder aus der Praxis.

Als Jugendlicher könnte ich mir eine exakte Information vor allem bei Versammlungen im örtlichen Bereich vorstellen. Die Mitglieder werden bei vielen Veranstaltungen nur mit Zahlenmaterial überhäuft, mit dem sie oft wenig anfangen können. Es wäre besser über die Auf-

gaben der Genossenschaften aber auch über die Verantwortung der Mitglieder aufzuklären.



Angela Großschädl, Landesleiterin

Ich glaube, daß es auch in Zukunft Genossenschaften geben muß. Damit wieder eine entsprechende Lebendigkeit innerhalb der Organisation erreicht wird, sollten die demokratischen Möglichkeiten der Mitbestimmung von Seiten der Mitglieder besser genutzt werden.

Außerdem wäre es gut, mehr Jugendliche und Bäuerinnen in die Arbeit zu integrieren.



Landesobmann Dipl.-Ing. Johann Guggi

Ich erwarte mit von den Genossenschaften verstärkte Information und Öffentlichkeitsarbeit, mehr Demokratie und intensivere Schulung der Funktionäre. Weiters glaube ich, daß für eine positive Entwicklung unserer Genossenschaften die Einbeziehung jüngerer Menschen unumgänglich ist.

Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus erwarte ich mir in Zukunft mehr Flexibilität und größere Wettbewerbsfähigkeit. Die Erweiterung des Dienstleistungsangebotes brachte verstärkte Konkurrenzfähigkeit mit sich, doch der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Produktionsgütern muß der Hauptsektor in unseren Genossenschaften bleiben.

Weiters erwarte ich mir auch in Zukunft die Nahversorgung entlegener Gebiete

und benachteiligter Regionen sowie eine verstärkte soziale Funktion der Genossenschaften bei Katastrophenfällen und Absatzschwierigkeiten.

All das wird notwendig sein, damit sich der Bauer auch in Zukunft mit seinen Genossenschaften identifizieren kann und der gemeinsame Vorteil auch der Vorteil des einzelnen Bauern ist.



Landjugendreferentin Fachlehrerin Maria Gölls

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind zweifellos sehr wichtige und wertvolle Einrichtungen für den ländlichen Raum. Die einzelnen Mitglieder müßten jedoch noch mehr miteinbezogen werden, z. B. durch die Schaffung von mehr Mitsprachemöglichkeiten und durch stärkere Motivation.

Außerdem erwarte ich mir mehr Mitarbeit und mehr Information der jungen Leute, durch Jugendvertreter in den Bezirken. Auch in den Schulen (Polytechnischer Lehrgang, Fachschulen und landwirtschaftliche Mittelschulen) wäre eine bessere Aufklärung über das vielschichtige Genossenschaftswesen notwendig.

Landessekretär Dipl.-Ing. Sepp Pusterhofer

Ich erwarte mir: Eine starke Hinwendung zum Mitglied; wirtschaftliche Besserstellung, Erfahrungsaustausch, Information.

von innen her wachsen

Lieber Waldner!

Wenn Heimat etwas ist, was Geborgenheit schenkt, dann ist für mich meine Vergangenheit die Heimat: meine Kindheit, all die Jahre danach, in denen ich in Stunden und Tagen der inneren Ziellosigkeit immerhin im Gedanken Trost und Halt finden konnte, heimzukehren und schließlich denn auch die ersten Jahre nach der Heimkehr. Meine Zukunft verleiht mir nichts mehr von diesem Geschenk der Heimat. Meine Zukunft ist wie ein Tagebuch, in dem man Tag für Tag weiterblättert, ohne eine Eintragung, einen Vermerk zu machen. Meine Zukunft ist ein langer Acker, doch die Erde unter meinen Füßen ist tot und leer.

Vertrieben zu werden aus der Geborgenheit des Verweilens, voranschreiten zu müssen, ohne auch nur ein Pflänzchen aus dem Boden unter seinen Füßen hervorbringen zu können, und weitergetrieben zu werden, ohne ein klares Ziel zu sehen: ist das nicht schon eine Art Verdammnis?

Ich weiß nicht, ob Du das verstehen kannst, lieber Waldner. Aber ich hoffe sehr, Du kannst es erahnen, und ich hoffe, Du bist dabei, wenn nach einer inneren Einkehr bei Deinen Leuten die Heimkehr stattfindet. Nichts anderes habe ich vor vier Jahren gewollt, als am Heil und Glück eures genügsamen, armen Lebens Anteil zu nehmen. Nichts anderes! Dann aber habe ich mich täuschen lassen von dem Gedanken: Wenn es nur die Botschaft einer überlieferten Phantasiegestalt ist, welche ihre Ansprüche und Sehnsüchte unterdrückt, dann leben die Leute doch in Unfreiheit. Wage also den Versuch, sie in Freiheit für den Fortschritt entscheiden 40 zu lassen. Sie haben sich dafür entschieden, lieber Waldner – gar schnell! Und was sie dabei in kurzer Zeit preisgegeben haben, ist für immer verloren. Die Armutseligkeit zu verlieren, ist in diesem Dasein wohl der folgenschwerste Verlust einer Seligkeit. So habe ich an meinem Zufluchtsort in einer zerbrockelnden heiligen Umgebung in eine Zukunft geschaut, die sich mir nicht anders darbot als jene Vergangenheit, der ich entflohen war. Ich bin schuldig geworden, aber ich habe eure Welt nicht verändern wollen, um Unruhe anzuzünden. Und weil ich mir sagen mußte, nichts mehr retten zu können, bin ich wieder fort. Fortgeschlichen bin ich wie ein Dieb, der eine Kostbarkeit gestohlen und doch keine Beute gemacht hat. Aber eine Erkenntnis habe ich gewonnen, wenn auch zu spät:

Der Fortschritt ist ein ganz wesentliches Merkmal des Menschseins. Aber er soll von innen her wachsen und sich den Bedürfnissen und Möglichkeiten des Menschen entsprechend entfalten; der Einfluß von außen her, der künstlich, wenn nicht gar gewaltsam in Gang gesetzte Fortschritt, der niemals den vorgegebenen Fähigkeiten und der Reife gerecht werden kann, ist verderblich. Und man achte auch die geringen Ziele! Wer in seinen Wünschen und Erwartungen bescheiden bleibt, wird nie bis zum Erbrechen sattwerden. So soll der Fortschritt von der wahrhaft glückserfüllenden Einfachheit des Lebens niemals so weit fortführen, daß ein Zurückfallen einen tödlichen Schmerz bereitet.

In die Phantasiegestalt eures „Königs von Kühneck“ haben die Vorfahren viel Weisheit gelegt, die wohl der uralten Erfahrung entsprungen war: Reichtum und Zufriedenheit sind zwei verschiedene Dinge, die nicht gemeinsam wachsen. Doch Traumgestalten sind dem Denken und Fühlen von Menschen, ihren Schwächen und Neigungen ausgeliefert. Jene mögen Weises, Kluges lehren, doch so wie die Menschen Traumgestalten erfinden, bestimmen sie auch, der Laune der Entwicklung folgend, was weise und klug ist.

Vielelleicht sage ich das alles mit der Anspielung darauf, daß das alles auch ohne mich so gekommen wäre, um mein Gewissen zu entlasten. Aber wenn ich Schuld habe, so wird sie durch die bittere Strafe gelöscht: Je reifer das Wissen um die Zerstörung, desto größer der Schmerz; und für mich ist eine Welt zerstört.

Ich kann nur hoffen, mein letzter Auftritt unter dem in der folgenden Nacht gestürzten Birnbaum und mehr noch mein plötzliches Verschwinden bewirken bei den Kühneckern, daß sie mich verachten: indem sie nur vorbehaltlos zu erkennen meinen, ich hätte sie bloß zum Narren gehalten, in all den Jahren, und ich hätte mich eigentlich bis zuletzt über sie nur lustig gemacht. Vielleicht löst das die Einkehr und die Heimkehr aus, und dann bin ich überzeugt, daß sie ihr ganzes Vertrauen wieder Dir zuwenden.

Ich sitze hier in meiner Wohnung und schaue in den Schreibpausen zwischen halb zugezogenen Vorhängen hindurch in ein lebloses Fenstergemäuer jenseits der Straße. Die Jahre, die ich in Kühneck zugebracht habe, umlauern mich. Und doch sind sie schon so weit von mir gewichen, daß sie für mich unwirklich zu werden drohen, daß ich sie in meinem Gehirn nur als bunten, wirren, unglücklichen Traum fortschleppe. Aber nein: Sie sind in meinem Leben wahr gewesen, und sie machen es, daß mich die gegenwärtige Wirklichkeit düster umlauert. Mir ist in diesen Tagen erst richtig bewußt geworden, wie entsetzlich groß mein Verlies im siebten Stockwerk eines Wohnhauses ist. Und wie erbärmlich klein meine Welt ist, lieber Waldner! Ich werde bald fünfzig, das ist ein Alter, in dem es einen mehr denn je dazu drängt, die Weite dieser Erde zu erfahren. Ich habe längst eine Vorstellung davon bekommen, aber ich fürchte, ich werde sie von diesem Verlies aus trotzdem neu erwandern müssen. Doch eines weiß ich sicher: Die Welt jedes einzelnen wird nur dann weit und groß, wenn er von der Vergangenheit so viel er nur kann in seine Zeit holt und seinem Leben dadurch Tiefe gibt. So war meine Welt in den letzten vier Jahren auch größer als in der ganzen Zeit zuvor. Ich habe viel von ihr als inwendige Bilder mitgenommen, wenn das alles auch die schmerzende sinnlose Sehnsucht in mir ausmacht: Buckliges, weißgestrichenes Gemäuer, das von uralten Zeiten her Geborgenheit verheißt; ein dunkler, abgewetzter Tisch, der an ein helles Kornfeld und an dicke Brotlaibe erinnert; ein moosgrünes Dach, das für mich Simbild für ein von der Natur angenommenes Hausen ist; das braune Netzwerk der Weinreben, in das einmal die Sonne hell schimmerndes Laub und süße Früchte zaubert und einmal der Nebel graue Schleier hängt; eine kleine blühende Wiese, die vor lauter weißer, blauer, gelber Schmetterlinge in Bewegung zu sein scheint. Ach, es sind noch viele, viele andere Bilder, bei denen ich trotz des Schmerzes auch gerne verweile.

Verzeihe, daß ich keinem von euch für diese für mich so kostbaren Jahre danken kann, obgleich ich von allen gut aufgenommen worden bin: Wie soll mich dieses Geschenk freuen, wenn dafür vielen so viel genommen wurde? Dieser Gruß ist mein Abschied.

Peter Rosch



Bauernbunddirektor Alois Puntigam mit Chefredakteur Fred Strohmeier: Vitamine zur Jausenzeit...

